D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 32
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

13. August 1982
Preis 1,80 DM

Ernst Jünger und der Goethepreis
An der Renaissance von Ernst Jünger wird heftig gebastelt. Die CDU will ihn zum Preisträger machen, manche Linke geben sich „aufgeschlossen" . . S. 3



Machtverfall und Wählerbasis der SPD
30-35% der Wählerstimmen werden der SPD derzeit noch zugerechnet. 1976 schon gingen 42% der Arbeiterstimmen an die CDU . . . . S. 6

Sowjetische Außenpolitik zunehmend in Bedrängnis
Im jetzigen Nahost-Krieg übt der sowjetische Imperialismus Zurückhaltung. Die Möglichkeiten einer Großmachtpolitik scheinen versperrt . . S. 8

Startschuß zur Beschneidung der Betriebsrenten
Nach den Sparbeschlüssen in Bonn steht auch die Kappung der Betriebsrenten an. Sie müssen Teil der allgemeinen Altersversorgung werden S. 11

Der Fall AEG-Telefunken

Nun die Sanierung mit Vergleichsantrag im Rücken

frb. So 12000 Arbeitsplätze seien durch den Vergleichsantrag zusätzlich bedroht, orakelte Heinz Dürr im Fernsehen. In der Wirtschaftspresse war von 20 – 30000 die Rede. Auf die Frage, wieviel denn die Gläubiger abzuschreiben hätten, spricht er: „Einiges". Und Dr. Hans Friderichs, vormals Wirtschaftsminister auf der Pressekonferenz auf die Frage, ob der Dresdner Bank-Chef und Vorsitzender des Aufsichtsrats von AEG was zu den Verlusten der Dresdner Bank sagen könne, antwortet: „Könnte er, aber tut er nicht."

So läuft das schon die ganze Zeit, der Vorstand denkt, die Bank lenkt, und die, die an den rund 90 verschiedenen Betriebsorten von AEG arbeiten, dürfen warten, was über sie entschieden wird. Auf diese Weise haben die Bankspekulanten AEG seit Ende der 60er Jahre in die Krise hineinfinanziert und auf diese Weise wollen sie jetzt retten, was für sie zu retten ist.

Das Handelsblatt wußte bereits in seiner Montagsausgabe, was bevorstand. AEG-Chef Dürr dürfte an diesem Tag der Gang zum Amtsrichter nicht erspart bleiben, war dort zu lesen. Und Chefredakteur Bernhardt forderte: „Diese AEG-Telefunken Aktiengesellschaft ist nach unverzichtbaren Grundsätzen solider Kaufmannschaft, nach den Regeln unserer Wirtschaftsordnung und gemäß den einschlägigen Bestimmungen unserer Rechtsordnung nicht länger ohne drastische Maßnahmen überlebensfähig."

Eben: Die jetzt anvisierte Lösung ist die einzige, die „unsere Wirtschafts- und Rechtsordnung" noch kennt. In der BRD sollen bei den 6000 Insolvenzen dieses Jahres bereits 200000 die Stelle verloren haben, eine weitere halbe Million in den Jahren 1980/81.

Die Gläubiger, d.h. jene, die Kapital an die AEG verliehen haben, sollen nun auf die Rückzahlung dieses Kapitals zu 60% verzichten. Zuviel Kapital war bei AEG akkumuliert worden, jetzt muß es vernichtet werden. Heinz Dürr hat darauf hingewiesen, man dürfe nicht nur auf die finanziellen Vorgänge starren, man müsse die Tätigkeit des Unternehmens dahinter sehen. Recht hat er, wenngleich er mit diesem Realismus mehr von den verantwortlichen Finanziers des verantwortungslosen Irrwegs der AEG ablenken will.

Was in der Pleite des Riesenkonzerns AEG zum Vorschein kommt, ist nichts anderes als die gigantische Verschwendung, die die Privatmacht des Kapitals mit den Produktionsmitteln und Produktivkräften der Gesellschaft betreibt. Das Kapital kennt nichts als die Verwertung des Werts, Produktion um des Profits willen ist der Motor dieser Ordnung, leitet Bankiers wie Geschäftsführer. Also wird akkumuliert und investiert was das Zeug hält, während gleichzeitig, was dem einzelnen Unternehmen erst nachträglich erscheint, die Konsumtionskraft der Gesellschaft untergraben wird.

Es zeige sich, daß die Belastung der westdeutschen Wirtschaft in den letzten Jahren bereits zu weit getrieben sei, heißt es jetzt. Die Wirtschaft müsse zusammenbrechen, wenn sie ihre Wettbewerbsfähigkeit verliere. Nein, nicht diese Illusion ist geplatzt. Geplatzt ist die Illusion, das Kapital könne die Produktion gemäß den gesellschaftlichen Bedürfnissen organisieren. Schließlich haben wir nicht Überfluß an Gebrauchswerten und gesellschaftlichem Reichtum, sondern Überfluß an Kapital, das die Kräfte in der falschen Form gebunden hat.

Wie es zur Krise bei AEG gekommen ist? Fast schon pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß das Verhängnis begründet wurde mit den Aufkauf-Feldzug Ende der 60er Jahre. Namentlich Haushaltsgeräte-Hersteller wurden einer nach dem anderen einkassiert, 50 Firmen und Beteiligungen insgesamt waren es in den Jahren 1967 – 71. Die kleinere Konkurrenz war verschluckt, das Feld scheinbar frei für größere Schlachten.

Finanziert wurde die Fusionswelle durch Bankkredit, und von diesen Krediten kam die AEG nicht mehr herunter, zumal sich gerade für Haushaltsgeräte bald nicht mehr genug zahlungskräftige Nachfrage fand. Andererseits stieg AEG in alles ein, was irgendwie mit Elektro zu tun hatte. Fressen, um mehr zu fressen, war die Leitlinie.

Unausweichlich war die Krise dann mit der Spekulation in Sachen Kernkraft geworden. Natürlich haben die Hausbanken auch dieses Abenteuer vorangetrieben. Am Ende stand ein ausgewiesener Verlust von 1,7 Mrd. DM, die KWU mußte ganz Siemens überlassen werden.

Das war jene Zeit, in der die Bankiers aus dem Hintergrund hervortreten mußten. Sie übernahmen die Aktienmehrheit, wurden vom Finanzier zum Eigentümer. Die Dresdner Bank übernahm den Vorsitz im Aufsichtsrat. Der Fortbestand der AEG hing bloß noch von der Gunst der Banken ab, und nachdem jene nun in krisenhaften Zeiten ihr eigenes Wohlergehen gefährdet sehen, haben sie den Geldhahn zugedreht. Der Vergleichsantrag war unumgänglich geworden.

Für die Belegschaft der AEG ist es dadurch noch schwerer geworden. Das Vergleichsverfahren stellt die herrschenden Verhältnisse klar: Über die Zukunft des Konzerns entscheiden alle an ihm beteiligten Kapitalisten, die Beschäftigten sind dabei bloße Manövriermasse, zum Zuschauer verdammt. Vielleicht ist dies überhaupt der Hauptgrund dafür, daß das Bankenkonsortium jetzt die Zahlungsunfähigkeit herbeigeführt hat. Auch hier ist das Handelsblatt deutlich: „Der Gang zum Amtsgericht muß nicht im Anschlußkonkurs enden, wenn unter dem Druck des Insolvenzrechts jener Mut und jene Entschlossenheit auch zu höchst unpopulären und bedauernswerten tiefen Einschnitten gezeigt wird, den man bisher zu sehr vermissen mußte."

AEG ist in der Tat nur die Spitze eines Eisbergs, andererseits geht es hier um ein Exempel. Allein ist die AEG-Belegschaft da verloren.

Weitere Artikel auf Seite 14

Schluß mit dem Vernichtungskrieg gegen Palästinenser und Libanesen!

Demonstration
Samstag, 21.8.82, 11 Uhr
Frankfurt, Günthersburgpark

Weitere Informationen dazu Seite 15



Am 6. August 1945, die erste Atombombe vernichtete Hiroshima und kostete in der Folge weit über 200000 Menschen das Leben. Anlaß für viele Friedensmärsche und örtliche Aktionen wie der Schweigemarsch in Frankfurt *(kleines Bild)*. Im März demonstrierten über 200000 Menschen vor dem Mahnmal in Hiroshima *(großes Bild)*.

Es gibt ihn schon, den israelisch-amerikanischen Gegensatz

Seine Wirkung hält sich allerdings in Grenzen

thm. Seitdem die Israelis vor 2 Monaten mit dem Einmarsch in den Libanon begannen, haben die USA keinerlei ernsthafte Schritte unternommen, durch Druck einen israelischen Rückzug zu erzwingen. Dennoch redet alle Welt vom wachsenden israelisch-amerikanischen Gegensatz. Wie weit ist es damit her?

Mit den heftigen Angriffen der letzten Woche legten die Israelis die Grundlage für eine Salamitaktik, nämlich die PLO-Kämpfer in Westbeirut aufzusplittern und sie aufgesplittert Schritt für Schritt durch hohen Materialeinsatz aufzureiben. Die Aufforderung des Sicherheitsrates, sich hinter die Linien vom 1. August zurückzuziehen, haben die Israelis ignoriert. Die USA hatten sich bei der besagten UNO-Sicherheitsrats-Resolution der Stimme enthalten, so daß der Beschluß gefaßt werden konnte. Die Begründung der USA lautete, die Resolution enthalte einen „tödlichen Mangel", nämlich daß die Aufforderung an die PLO fehle, aus dem Libanon abzuziehen. Der Vorgang ist insofern immerhin bemerkenswert, als die USA bisher derartige Resolutionen mit ihrem Veto blockiert hatten.

Klar ist schon seit einiger Zeit, daß die USA nicht bereit sind, irgendwelche Sanktionen zu verhängen. Durchaus glaubhaft ist die Behauptung der USA, ein Waffenembargo würde überhaupt keinen Einfluß auf Israel ausüben. Israel ist bis über die Ohren ausgerüstet. Würden die USA aber ihre jährlichen Wirtschaftshilfen von 2,5 Mrd. Dollar streichen, die immerhin 56% des Zahlungsbilanz-Defizits von 4,4 Mrd. Dollar stopfen, so hätte dies auch kurzfristige Auswirkungen. Denn von der US-Hilfe hängt die Kreditfähigkeit Israels ab. Und von den Krediten sowie der amerikanischen Wirtschaftshilfe hängt es ab, ob Israel die laufenden notwendigen Importe tätigen kann. Die Devisenreserven hierfür reichen allenfalls für 6 Wochen. Die Wirkung würde aber schon vorher eintreten.

Angesichts der Weigerung, Sanktionen zu verhängen, scheinen die Nöte der USA mit dem israelischen Krieg keineswegs sehr groß zu sein. Andererseits wirken schon Widersprüche, und die verbalen Kritiken der USA an Israel sind auch ein Druck, wenn man die speziellen Beziehungen zwischen Israel und den USA berücksichtigt. Daß laut einer Umfrage in den USA im letzten Monat 37% der Amerikaner ihre Meinung über Israel zum negativen hin verändert haben und 57% meinen, die USA müsse stärkeren Druck auf Israel ausüben, ist für die israelische Regierung schon Anlaß zur Beunruhigung.

Israel spielt seit seiner Gründung eine zentrale Rolle in der US-Nahostpolitik. Aber mit dem Krieg von 1967 wurde diese Rolle um einiges verstärkt, als mit den besetzten Gebieten den USA ein Faustpfand zur Verfügung stand, mit dem über Verhandlungen die Sowjetunion zurückgedrängt, der US-Einfluß gestärkt und die arabischen Regierungen in die US-Strategie eingebunden werden konnten. Hier liegen die Grundlagen für den späteren Camp David Prozeß. Sobald aber Israel damit begann, in den besetzten Gebieten vollendete Tatsachen zu schaffen, um zu annektieren, geriet der amerikanische Wunsch nach einer Gesamtregelung in Gefahr. Mit einer Annektierung der besetzten Gebiete würde die andere Seite der Gesamtregelung, die arabischen Staaten, sich von den USA distanzieren, die dann kaum noch Chancen auf eine strategische Allianz mit Israel und den meisten arabischen Staaten gegen die SU hätte. Die schrittweise Aufbrechung der exklusiven Stellung Israels für die amerikanische Nahost-Politik war notwendig die Folge einer Politik, die die gesamte Region beherrschen wollte.

Der Einmarsch in Afghanistan und die iranische Revolution haben die Tendenzen der USA hin zu den gemäßigten arabischen Regimen beschleunigt, auch wenn Israel weiterhin der Hauptverbündete bleibt. Mit dieser Politik mußten die USA diesen Ländern aber auch etwas bieten, und hier hat die palästinensische Frage entscheidende Bedeutung. So wird 1975 in den USA zum ersten Mal offiziell vom Palästina-Problem als Kern des israelisch-arabischen Konflikts gesprochen, während vorher die Palästinenser immer nur als Flüchtlinge erwähnt wurden. 1977 benutzt zum ersten Mal ein Präsident, Carter, den Begriff Homeland, das den Palästinensern geschaffen werden müsse. Dieser Begriff hat nichts zu tun mit einem unabhängigen Staat, er soll zwar autonom sein, allerdings unter jordanischer oder israelischer Kontrolle. Aber schon hierin ist bei der israelischen Position zu diesem Problem ein Widerspruch zwischen den USA und Israel angelegt.

Sobald die USA in ihrer Interpretation der Autonomie von der Israels abweicht, und das wird sie zwangsläufig müssen, wenn sie arabische Regimes für die Fortsetzung von Camp David gewinnen will, wird sich der Widerspruch zwischen Israel und den USA verschärfen. Eine günstige Verhandlungslösung im Libanon, wie jetzt doch in Aussicht zu stehen scheint, wird den USA direkt diesen Weg bereiten. Deswegen ist die amerikanische Verärgerung über Israel durchaus echt. Bezeichnend war, daß Israel immer dann, wenn Reagan oder Habib laut über ein kurz vor dem Abschluß stehendes Verhandlungsergebnis jubelten, zu neuen Angriffen überging. Offensichtlich will Israel soweit es geht den USA ein solch günstiges Verhandlungsergebnis versalzen und eine Lage schaffen, in der die arabischen Staaten am weitestgehenden über die USA verärgert sind. Die äußerste Option hierbei wäre eine Stürmung Westbeiruts.

Da hiermit Israel aber die amerikanischen Pläne vollends zerstören würde, ist sie für Israel nicht gangbar, ohne eine scharfe negative Wendung in den Beziehungen zu den USA hervorzurufen.

Vertuschungsversuche – und kein Ende

Von Günther Kruse

Niedersachsen hat sich nun nach langem Hin und Her doch bereit erklärt, eine Tagung zum Thema NS-Justiz an der Richterakademie in Trier durchzuführen. Es ist gerade drei Wochen her, da hatte das Land Niedersachsen diese schon länger für 1983 geplante Veranstaltung abgesagt. Von der Fachgruppe Richter und Staatsanwälte in der ÖTV, über die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen bis zu Justizminister Schmude war diese Entscheidung auf heftigste Kritik gestoßen. Hat sich Remmers bekehren lassen? Das ganze mutet eher als Vertuschungs- denn als Klärungsversuch an.

Zwei Tagungen habe Niedersachsen auf Landesebene mittlerweile durchgeführt, daher gäbe es nun genügend Erfahrung, um eine bundesweite Tagung im kommenden Jahr durchzuführen. So wußte es der Ministerialrat Endler vom niedersächsischen Justizministerium zu berichten. Durch geeignete Referenten sei es gelungen, die geschichtlichen Fakten „ideologisch abzusichern“, das System, in das die Juristen damals eingebunden gewesen seien, plastisch erscheinen zu lassen und eine präzise Vorstellung von den Pressionen der Nationalsozialisten auf die Justiz zu vermitteln. Glänzend aufgebaute Entschuldigungen werden da herauskommen. Schwerlich aber eine Überprüfung der Ursachen, warum die Justiz doch recht willfährig im Faschismus mitgespielt hat.

In Berlin wurden jetzt die ersten von 61 Angehörigen des nationalsozialistischen Volksgerichtshofs (VGH) vernommen, 3 Jahre, nachdem ein Ermittlungsverfahren gegen sie *wiederaufgenommen* wurde. Wenn sie überhaupt angeklagt werden sollten, dann nur über den Nachweis, daß der VGH kein „ordentliches Gericht“ war, sondern direkt Teil des faschistischen Unterdrückungsapparates. Denn ansonsten gilt das „Richterprivileg“, vom Bundesgerichtshof sanktioniert: Kein Richter kann verurteilt werden, wenn er sich an die damaligen Gesetze gehalten hat. Es *ist* bisher auch kein Richter der NS-Zeit verurteilt worden. Endler hatte eine noch viel trivialere Ausrede parat dafür, daß diese Frage auch bei den Tagungen nicht zur Sprache kam: „Das ist Geschichte. Das Thema ist erledigt. Die Herren sind inzwischen alle so alt geworden, daß sie sich jetzt im Ruhestand befinden.“

Friedrich Karl Fromme, Mitherausgeber der FAZ, ging in einem Leitartikel seiner Zeitung in der Vertuschung sogar noch weiter: Nun sei es endlich an der Zeit, die *positiven* Taten der Richter, die unter schwierigsten Bedingungen noch milde Urteile gesprochen hätten, herauszustellen. Und im übrigen: „schlimmstes Unrechtssystem der Weltgeschichte“, wie es die ÖTV genannt hatte? Da sei immer noch schlimmer Stalin, oder die DDR heute oder ... „Während die Nationalsozialisten den Richtern einen Rest von Unabhängigkeit ließen, ist sie im kommunistischen System ausgelöscht.“ Das ist der klassische Fall von Ablenkungsversuchen. Doch dabei bleibt Herr Fromme nicht. Er führt einen Gegenangriff:

„Manche mächtigen Gruppen heute verlangen vom Richter Entscheidungen nach ihrem Gusto (und wen anders als die ÖTV, auf deren Kritik er zuvor eingegangen ist, kann er hier meinen?). Diese Gruppen haben den geringsten Grund, die Justiz wegen ihres Verhalten im NS-Staat in Bausch und Bogen zu verdammen.“

Recht ist Recht, und danach muß geurteilt werden, und Druck ausüben bleibt Druck ausüben, egal von wem (wobei ja nun auch ein Herr Fromme zugeben mußte, daß die ÖTV keine Konzentrationslager hat). Aber im Kern trifft Fromme natürlich damit die bürgerliche Ideologie und das, worauf dieses Rechtssystem beruht. Aber wer setzt das Recht, für wen, zu wessen Nutzen, das wird nicht hinterfragt. Das wird bei einer solchen Tagung über NS-Justiz wohl auch kaum gleich herauskommen, obwohl es notwenig ist. Aber immerhin könnte die beständige Unterdrückung dieser Frage dadurch auch etwas aufgebrochen werden. Vielleicht schon alleine durch solche Erkenntnisse, wie sie Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen nennt: Palandt und Becher, führende Kommentatoren von BGB und Strafgesetzbuch schon im Nationalsozialismus wie auch heute noch. Wie geht das, wie konnten ihre Kommentare fast unverändert übernommen werden?

„Der Cäsarenmord findet nicht statt“

DGB und Bundesregierung / öffentliche Aktionen / intakte Achse Kanzler – DGB

geh. Der Mord des Römers findet nicht statt, wenn das Handelsblatt recht hat. Cäsar, das ist Helmut Schmidt, das ist die sozial-liberale Bundesregierung. Brutus, der ihn ausnahmsweise nicht mordet, das sind die Gewerkschaften. Inhalt des Dramas: die Auseinandersetzungen um den Bundeshaushalt '83.

1. Akt: Der DGB-Vorsitzende schreibt am 20.7. einen Brief an alle Bundestagsabgeordneten, um ihnen die Stellung des DGB zum Haushalt '83 darzulegen.

„Was die Bundesregierung mit ihren Beschlüssen, den Kranken, den Rentnern, den Schwerbeschädigten, den Arbeitslosen und den abhängig Beschäftigten an materiellen Belastungen aufbürden will, entspricht nach unserer Auffassung nicht den bisher maßgeblichen Prinzipien eines sozialen Rechtsstaates und läßt die zu fordernde soziale Ausgewogenheit außer Acht. (...) Der DGB und seine Gewerkschaften haben (...) zu erkennen gegeben, daß sie um dieses Zieles (Wiedererlangung der Vollbeschäftigung) willen in vertretbar erscheinendem Ausmaß zu akzeptieren bereit sind, daß auch Arbeitnehmer von Maßnahmen nicht ausgeschlossen sein können (...)

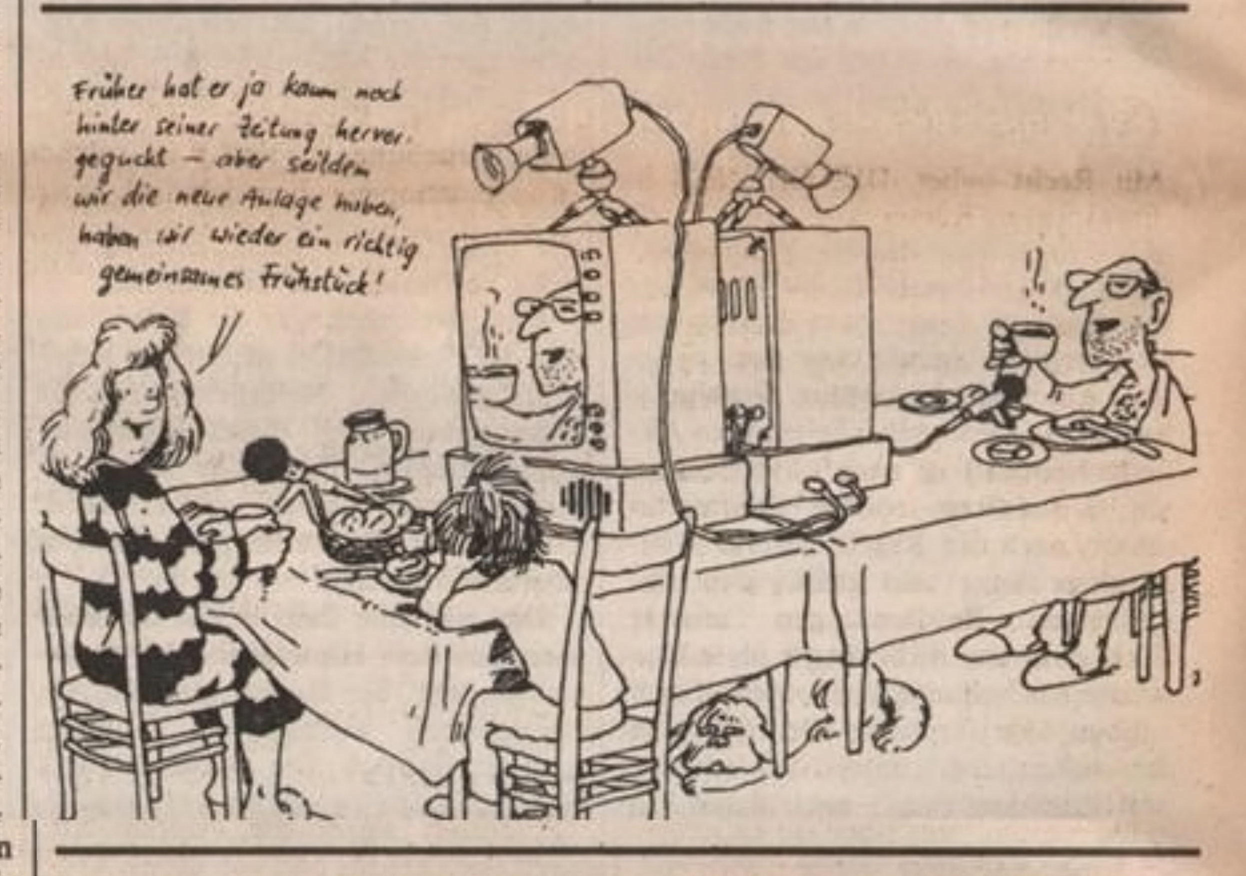
Wenn aber die Konsequenz der jetzt vorliegenden Regierungsbeschlüsse die ist, daß von den rund 9,5 Mrd. DM, die zur Einsparung anstehen, ca. 8 Mrd. DM zu Lasten von Arbeitslosen, Rentnern, Schwerbeschädigten, Kranken und den übrigen Arbeitnehmern gehen sollen, kann der DGB eine solche Politik nur als Herausforderung an die gesamte Gruppe der Arbeitnehmer werten.“

Diesem 1. Akt war eine Bundesausschußsitzung des DGB, des höchsten beschlußfassenden Gremiums zwischen den Bundeskongressen, vorausgegangen. Was sollte gegen die Operation '83 unternommen werden, nachdem der gewerkschaftliche Widerstand gegen die Operation '82 schwach gewesen war? Sollte die Regierung mit großen Aktionen unter Druck gesetzt werden und so eine Änderung ihrer Haushaltspläne erzwungen werden? Oder war eine solche Strategie zu verwerfen, weil dies die Regierung in Bonn stürzen würde? Der Bundesausschuß kritisierte den Haushaltsplan '83 als „beschäftigungspolitisch verfehlt und sozial unausgewogen“. Hervorgehoben wird die Ablehnung der Rentenkürzung für die Dauer der Arbeitslosigkeit und die vorgesehene Selbstbeteiligung in der sozialen Kranken- und Rentenversicherung. Positiv vermerkt er die Steueränderungspläne, insbesondere die Begrenzung des Ehegatten-Splittings. Der Streit um Aktionen wurde durch Briefaktion an die Bundestagsabgeordneten erstmal auf die Zeit nach den Sommerferien verschoben. In einem kurzen Zwischenspiel mußte der CDU-Vorsitzende Kohl aus der Arena genommen werden. Er teile die DGB-Kritik am Haushalt, das war zu plump. Der DGB sei weder Schutzengel für die Regierung – aber schon gar nicht der Weihnachtsmann, der der Union die Macht am Rhein beschere, bürstete DGB-Vorstandsmitglied Bleicher Kohl ab.

Der nächste Akt spielte in Bonn. Der Kanzler schickte seinerseits einen Brief an den DGB-Vorsitzenden. Unverblümt legt er hier nochmal die Linie der Regierungspolitik dar: Der Teil des Bruttosozialprodukts, der für investive Zwecke eingesetzt wird, sei seit 1970 um 4 %-Punkte gefallen, er müsse aber steigen. Der Anteil der sozialen Transferleistungen am Bruttosozialprodukt sei in dieser Zeit um 5 %-Punkte gestiegen. Um mit den Problemen des Arbeitsmarkts fertig zu werden, müsse dies geändert werden. Schmidt zeigt sich überzeugt, „daß das soziale Sicherungssystem durch die Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung im Kern unberührt geblieben ist“. Unverfroren Schmidt: „Wir haben uns bemüht, die Lasten so weit wie möglich auf alle Bevölkerungsgruppen zu verteilen“, um dann den Köder auszulegen, den DGB und die Gewerkschaften zu bitten, seine Steueränderungspläne im Bundesrat durchzusetzen.

Im bislang letzten Akt wird die Debatte in den Gewerkschaften, welche Stellung gegenüber der Bundesregierung und ihrer Politik einzunehmen ist, offen geführt. NGG-Döding sieht nach dem Schmidt-Brief die „Achse“ DGB – Gewerkschaften intakt. Die IG Bergbau-Zeitung „einheit“: „Wer aktuelle und zweifellos auch unangenehme Einzelmaßnahmen im Sozialhaushalt zum Maßstab für das ganze machen will, gerät leicht in Gefahr, sich und andere über die Qualität unseres Sozialstaats zu täuschen.“ Kurz und gut, keine Aktionen dürften unternommen werden, da sie die Regierung gefährden, weil man die Erfolge der sozialliberalen Politik seit 1970 sehen müsse. Einer der Kandidaten für den ÖTV-Vorsitz, Mertens, hat vollmundig im Fernsehen verlauten lassen: alles, was im Haushalt '83 den Arbeitern genommen werde, würde in den Tarifkämpfen wieder zurückgeholt werden. So was nach der letzten Tarifrunde und bitte, wie soll das den Arbeitslosen genommene Rentengeld reingestreikt werden?

Verschiedene Anzeichen sprechen allerdings dafür, daß es nach den Ferien zu Aktionen kommen wird. Mag sein, daß das Handelsblatt diesmal recht hat, wenn es schreibt, es werde harte Pressionen auf Regierung und Parlament geben, aber das Mittel des politischen Streiks zur Erreichung dieses Ziels werde nicht eingesetzt. Sicher, der neue DGB-Vorsitzende Breit hat sich in seiner Antrittsrede auch davon distanziert. Aber zum ersten Mal wird die Notwendigkeit politischer Streikaktionen zur Durchsetzung der nächsten Aufgaben der Arbeiterklasse diskutiert. Der jetzt offen geführte Streit in den Gewerkschaften fördert dies nur.



In Berlin wurden jetzt die ersten von 61 Angehörigen des nationalsozialistischen Volksgerichtshofs (VGH) vernommen, 3 Jahre, nachdem ein Ermittlungsverfahren gegen sie *wiederaufgenommen* wurde. Wenn sie überhaupt angeklagt werden sollten, dann nur über den Nachweis, daß der VGH kein „ordentliches Gericht“ war, sondern direkt Teil des faschistischen Unterdrückungsapparates. Denn ansonsten gilt das „Richterprivileg“, vom Bundesgerichtshof sanktioniert: Kein Richter kann verurteilt werden, wenn er sich an die damaligen Gesetze gehalten hat. Es *ist* bisher auch kein Richter der NS-Zeit verurteilt worden. Endler hatte eine noch viel trivialere Ausrede parat dafür, daß diese Frage auch bei den Tagungen

natürlich damit die bürgerliche Ideologie und das, worauf dieses Rechtssystem beruht. Aber wer setzt das Recht, für wen, zu wessen Nutzen, das wird nicht hinterfragt. Das wird bei einer solchen Tagung über NS-Justiz wohl auch kaum gleich herauskommen, obwohl es notwenig ist. Aber immerhin könnte die beständige Unterdrückung dieser Frage dadurch auch etwas aufgebrochen werden. Vielleicht schon alleine durch solche Erkenntnisse, wie sie Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen nennt: Palandt und Becher, führende Kommentatoren von BGB und Strafgesetzbuch schon im Nationalsozialismus wie auch heute noch. Wie geht das, wie konnten ihre Kommentare fast unverändert übernommen werden?

schußsitzung des DGB, des höchsten beschlußfassenden Gremiums zwischen den Bundeskongressen, vorausgegangen. Was sollte gegen die Operation '83 unternommen werden, nachdem der gewerkschaftliche Widerstand gegen die Operation '82 schwach gewesen war? Sollte die Regierung mit großen Aktionen unter Druck gesetzt werden und so eine Änderung ihrer Haushaltspläne erzwungen werden? Oder war eine solche Strategie zu verwerfen, weil dies die Regierung in Bonn stürzen würde? Der Bundesausschuß kritisierte den Haushaltsplan '83 als „beschäftigungspolitisch verfehlt und sozial unausgewogen“. Hervorgehoben wird die Ablehnung der Rentenkürzung für die Dauer der Arbeitslosigkeit und die vorgesehene Selbstbeteiligung in der sozialen Kranken- und Rentenversicherung. Positiv vermerkt er die Steueränderungspläne, insbesondere die Begren-



Asylberechtigung für Türken wegen Verfolgungsgefahr

kvz. Das Verwaltungsgericht Stade hat dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf eine Abfuhr erteilt. Das Bundesamt hatte, wie immer in solchen Fällen, behauptet, das türkische Militärregime sei dem Recht verpflichtet und deswegen hätten auch frühere Aktivisten linker Organisationen bei ihrer Rückkehr in die Türkei nichts zu befürchten. Die Stader Richter, die schwerpunktmäßig für Norddeutschland über Asylangelegenheiten von Türken entscheiden, waren anderer Ansicht. In der Türkei müsse jeder, der bei den Behörden dafür bekannt sei oder im Verdacht stehe, aktiv für eine marxistisch geprägte Gesellschaftsordnung einzutreten, eine politische Strafverfolgung befürchten, die regelmäßig von erheblichen Menschenrechtsverletzungen begleitet ist. Massenweise Folterung politischer Häftlinge sei durch eine Vielzahl glaubwürdiger Einzelfallberichte belegt. Aus diesem Grund sahen sie auch bei dem Türken, über den verhandelt wurde, einen Anspruch auf Asylrecht. Man wird damit rechnen können, daß die nächste Instanz – das Bundesamt hat Berufung eingelegt – eher den Lügen des Bundesamtes folgen wird.

1000 DM pro Besetzer – billig davongekommen?

kvz. Je 1000 DM sollen 41 Menschen bezahlen, die an der Besetzung des Bohrplatzes 1004 bei Gorleben teilgenommen hatten. Am 4. Juni 1980 hatte die Polizei das Gelände geräumt und von diesen 41 teilweise im Nachhinein die Personalien festgestellt. Daß einzelne gar nicht da gewesen sein konnten, störte wenig. Nun sollen sie anteilig für die 2,5 Mio. DM aufkommen, die der damalige Polizeieinsatz nach Berechnungen der Polizei kostete. Ca. zweieinhalbtausend Besetzer seien es gewesen, mache für jeden 1000 DM. Die Bezirksregierung Lüneburg will demnächst die Leistungsbescheide verschicken. Nun ist die Praxis westdeutscher Gerichtsbarkeit bekannt, Kosten für Polizeieinsätze oder „Demonstrationsfolgekosten“ den Festgenommenen aufzuhalsen, wobei teilweise sogar einzelne für die *gesamten* Kosten haftbar gemacht werden. Das Demonstrationsrecht soll so auch von der finanziellen Seite her angegriffen werden. Vergleichsweise zurückhaltend mutet das Vorgehen der Lüneburger Bezirksregierung da an, wo sie ja, entsprechend anderer Urteile, auch die gesamten 2,5 Mio. DM hätte in Rechnung stellen können. Die Gründe werden weniger in Gerechtigkeitssinn oder ähnlichen humanem Gedusel zu suchen sein, als in einem ganz handfesten Grund: Der Kampf gegen die Nutzung von Gorleben als Zwischenlager ist noch lange nicht ausgestanden, Anfang September finden in Gorleben drei Tage „Tanz auf dem Vulkan“, Aktionen gegen Zwischenlager sowie gegen Wiederaufbereitungsanlagen statt. Da ist die Ankündigung schon eher als Kampfansage und als Abschreckungsversuch zu verstehen: Kein Jota will die Staatsgewalt von ihrer Machtposition abrücken.

Die Vernichtung des Asylrechts durch Hunger

ws.Heidelberg. Lothar Späth und seine baden-württembergische Landesregierung sind im Kampf gegen die politischen Flüchtlinge wieder mal vorn. Jetzt hat sie mit der Ausnutzung der Möglichkeiten, die das zweite Haushaltsstrukturgesetz vom 29.12.1981 bietet, begonnen. Dort ist nämlich in den § 120 des Bundessozialhilfegesetzes ein Absatz 2 eingefügt worden, der festlegt, daß noch nicht anerkannten Flüchtlingen Sozialhilfe nur noch als Sachleistung gewährt werden soll und daß bereits laufenden Geldleistungen „auf das zum Lebensunterhalt Unerläßliche eingeschränkt werden“ können. Die Landesregierung hat jetzt zum 1.8. offenbar die entsprechenden Richtlinien erlassen. Ab sofort erhalten die noch nicht anerkannten Flüchtlinge, soweit sie nicht ohnehin im Lager sind und dort „Sachleistungen“ bekommen (also nur die, die ihren Asylantrag vor dem 15.9.1980 gestellt haben), im Monat statt bisher 340 DM, zuzüglich Miete, nur noch 270 DM. Das sind 9 DM pro Tag für alle Lebensbedürfnisse mit Ausnahme der Wohnung. – Eine Politik des Hungers. Für die im Lager lebenden Flüchtlinge ist das Taschengeld, von dem alles bezahlt werden muß, was über Schlafen und Essen hinausgeht, von bisher 86 DM um 20% gekürzt worden. Für Kinder zwischen zwei und sieben Jahren wird überhaupt nichts mehr ausbezahlt – also Essen – Schlafen – aus! Säuglinge müssen fortan von den Müttern von 122 DM monatlich ernährt und versorgt werden (bisher 153 DM). Das ist jetzt durch eine Erklärung des Caritasverbandes für Württemberg bekanntgeworden, deren Sozialarbeiter in den Lagern nach der ersten Kürzung im August bestürmt werden. Und zur Zwangsarbeit, während jegliche Lohnarbeit verboten ist, am Beispiel Heidelberg: Die Sozialhilfeempfänger und hier auch bereits anerkannte Flüchtlinge werden verpflichtet, beim städtischen Betriebs- und Beschaffungsamt genau 99 Stunden zu arbeiten, nicht weniger und nicht mehr. In der Stunde erhalten sie 5 DM zuzüglich einer Aufwandsentschädigung von 10%, also im Monat 544,50 DM. Dieser Betrag wird auf die Sozialhilfe angerechnet, d.h. sie bekommen gar nichts mehr, auch keine Miete. Verweigern sie diese Arbeit, etwa im städtischen Kompostwerk oder als Straßenkehrer, so wird die Sozialhilfe gestrichen.

Gesundheitsschutz verwässert

kvz. Verwässert im wahrsten Sinne des Wortes werden die Grenzwerte für die Nitratbelastung des Trinkwassers. Rund 800 Wasserwerke in der Bundesrepublik (rund 10%) können den neuen EG-Grenzwert von 50 Milligramm pro Liter nicht einhalten, der noch in diesem Jahr Gesetz werden soll. Das Bundesgesundheitsamt bereitet deshalb eine Verordnung vor, wonach den Wasserwerken für die nächsten 10 bis 15 Jahre die Überschreitung des Grenzwertes erlaubt werden soll. An die Verursacher – die Düngemittelindustrie und die Landwirtschaft – traut sich dagegen niemand heran, wie der BBU feststellte. Nitrathaltiges Trinkwasser kann bei Säuglingen zu innerer Erstickung führen und erhöht das Krebsrisiko für die Allgemeinheit.

ine · Termine · Tern

August

- **14. Nürnberg.** Regionaltreffen der Bayrischen Bürgerinitiativen
- **18. Bonn.** Kabinett will die Gesetzentwürfe zum Haushalt '83 und zu den Sparmaßnahmen verabschieden
- **21. Kassel.** Arbeitstreffen zur „Bundesweiten Hauswurfsendung Energiebroschüre“, bis 22.
- **24. Hagen.** Vorbereitungstreffen für Aktionen zur Bundeswehr-Kommandeurtagung im Oktober
- **26. Freiburg.** Ausstellung „Energiesparen, Sonnenenergie und Umweltschutz“, BUND, LV Bd.-Württ., bis 29.8.
- **28. Offenbach.** Beginn der 72. Internationalen Lederwarenmesse, bis 31.8.
  Frankfurt. Beginn der Internationalen Frankfurter Messe, bis 1.9.
  Hamburg. Treffen von „Frauen gegen Krieg und Militarismus“, um über Aktionen gegen Frauen in der Bundeswehr zu beraten.

Ernst Jünger und der Goethepreis

F.G. Der siebenundachtzigjährige Ernst Jünger soll am 28. August dieses Jahres den Goethepreis erhalten. Zu dem Wahlgremium gehörten u.a. Frankfurts OB Wallmann, aber auch Kulturdezernent Hilmar Hoffmann (SPD), Fest, Mitherausgeber der FAZ, und Hirsch, Emigrant und Jude, Herausgeber der Gesammelten Werke Hugo von Hofmannsthals im Freien Deutschen Hochstift.

Mit Recht nimmt man an, es müsse wohl etwas zu bedeuten haben, daß ausgerechnet Ernst Jünger nach Thomas Mann, Arno Schmidt, Georg Lukács Goethepreisträger werden soll. Man glaubt, einen Signalton aus bekannten Fanfaren zu hören.

Leutnant Jünger – Idol der im Felde Unbesiegten

Denn wer war (und ist) Ernst Jünger? Der 1895 geborene Niedersachse, der der heimischen Langeweile schon schnell mal in die Fremdenlegion entweichen wollte, war als Kriegsfreiwilliger 1914 von Anfang an dabei und immer vornedran. Sechsmal verwundet, erhielt er als jüngster Offizier den preußischen Orden „pour le mérite"; das bedeutet heute nichts mehr, damals machte es sogar einen leibhaften Generalfeldmarschall wie Hindenburg neidisch.

Nach dem Krieg verarbeitete Jünger die Kriegserfahrung in Büchern, deren Titel für sich selber sprechen: „In Stahlgewittern" – „Der Kampf als inneres Erlebnis". Denen, die die Niederlage nicht akzeptieren konnten, weil sie doch „im Felde unbesiegt" geblieben waren, sollte nachträglich Krieg und Kriegertum als Modell auch des zivilen Lebens angeboten werden, mit dem Ziel, die gesamte Politik so umzugestalten, daß beim nächsten Mal die Scharte siegreich ausgewetzt würde.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Jünger damals ganz entscheidend dazu beitrug, den Militarismus zu fördern und die Demokratie – als prinzipiell undemokratische Lebensform – abzulehnen.

Der Einspruch der GRÜNEN

Mit Recht haben DIE GRÜNEN im Frankfurter Römer auf diese Quelle des Jüngerschen Ruhms hingewiesen. Eine Dokumentation, die sie veröffentlichten, dient der Unterstützung ihres Antrags an den Magistrat, Jünger die ihm zugedachte Ehrung nicht zu verleihen.

Es kommt jetzt entscheidend darauf an, den Antrag der GRÜNEN zu unterstützen und die bisher aufgetretenen Kritiker einer Preisverleihung an Jünger zu sammeln. Der Kommentator des Lokalteils der FAZ vom 5.8.1982 hat
Lokalteils der FAZ vom 5.8.1982 hat
seinerseits schon Gegen- (bzw. Entlastungs-)angriffe durch „Kenner" angekündigt, die den GRÜNEN und der Öffentlichkeit einen ganz anderen Jünger vorstellen wollen.

Jünger hat sich niemals von seinen Schriften aus den 20er Jahren losgesagt. „Wer sich selbst kommentiert, begibt sich unter sein Niveau." Mit diesem lapidaren Satz entzog er sich zeitlebens allen Auseinandersetzungen über sein Werk. Er hat auch alle Kriegsschriften (sachte überarbeitet) in die Gesamtausgabe seiner Werke übernommen. Insofern ist es vollkommen gerechtfertigt, ihn auf diese Bücher festzunageln.

Wie Jünger heute – über 50 Jahre später – im Innern denkt, ist uns verborgen. Darauf kann es aber auch nicht ankommen. Wichtig ist für uns die Frage, wozu ihn die Bourgeoisie verwenden will. Welches Signal will sie mit ihm setzen? Daraus lassen sich dann Schlüsse ziehen, *welche* Seiten seines Werks sie ins Licht setzen wird – und mit welchen Attacken sie die Kritiker der Preisverleihung zu überraschen gedenkt.

Erhabene Kälte

Daß man im Ausland vor allem Jüngers „sang-froid" zu schätzen wisse, also das Harte und Kalte seines Stils, hebt der Kommentator des Streits um Jünger verräterisch in der FAZ (5.8.1982) hervor.

Dieser kleine Wink läßt uns die in der offiziellen Begründung der Preisverleihung versteckten Hinweise vielleicht besser verstehen.

Jünger, „dessen Werk durch Engagement und *geistigen Abstand* gleichermaßen gekennzeichnet ist und der durch alle Zeitläufte bei leidenschaftlicher Anteilnahme immer die *Unabhängigkeit der Wahrnehmung* bewahrt hat". (nach FR, 21.5.1982)

Engagement mit Abstand – nach gemeiner Logik ein hölzernes Eisen. Wer engagiert ist, steckt in seiner Sache gerade drin, nicht weit weg davon. So dürfen wir den Doppelausdruck aber nicht deuten. „Engagement" und „leidenschaftliche Anteilnahme" stehen als formeller Rückblick auf bisher anerkannte Schriftstellertugenden: die eines Grass, Walser, Frisch, die, wie lau auch immer, sich in die Tagespolitik mischten und Fortschrittliches (gut abgelagert) von sich gaben, meist als freundlich-kritische Begleiter einer sozialdemokratischen Regierung. Dieser Typus soll jetzt abgelöst werden. Die *Gleich*setzung von Abstand und Engagement ist also verbaler Schein; es geht in Wirklichkeit um die *Er*setzung des einen durch das andre.

Bei solchen Absichten dürften die Jüngerverwender und -propagandisten dann aber nicht ausschließlich auf den Leutnant Jünger setzen, der sich in der Beschreibung von Bluträuschen gefällt und des Abstands oft außerordentlich ermangelt. Die Prophezeiung darf gewagt werden, daß der Essayist und Tagebuchschreiber Jünger hervortreten wird, wie er nach 1945 bekanntgeworden ist.

Zwei Beispiele aus Tagebüchern, die fast 25 Jahre auseinanderliegen, mögen die neue Kälte Jüngers illustrieren und zeigen, wozu sie Jünger und seinen Verehrern in ihrem Seelenhaushalt dient.

„Der Widerstand der Juden im Warschauer Ghetto scheint mit ihrer Vernichtung beendet zu sein. Zum ersten Male haben sie hier wie gegen Titus gekämpft oder wie während der Verfolgungen der Kreuzzüge. *Wie immer* (Hervorhebung v. Verf.) in solchen Konstellationen sollen sich auch einige hundert Deutsche auf ihre Seite gestellt haben.'' (Strahlungen II, S. 73, 4. Juni 1943)

(Rom) „Wie ich vom Botschafter hörte, gab es in diesen Tagen Unruhen anläßlich eines Attentats, das auf den Berliner Studenten Dutschke verübt wurde. Fensterscheiben von deutschen Büros und Firmen wurden eingeworfen: natürlich hatten die Betroffenen nichts mit dem Anschlag zu schaffen, mißbilligten ihn vermutlich sogar. Der Rückgriff auf die Unschuldigen ist eine der unausbleiblichen Folgen solcher Untaten.

Da ich mich gerade mit der Geschichte Heinrichs VII. beschäftigt habe, fielen mir dazu die Umstände seines Todes ein ... es verbreitete sich das Gerücht, daß er ‚in der Hostie' (also bei der Kommunion, d. Verf.) vergiftet worden sei, worauf sein deutsches Gefolge ein Dominikanerkloster stürmte und die Mönche umbrachte." (Siebzig verweht I, S. 434, Eintragung 16.4.1968)

Jahrhunderte bietet der Gewaltige auf, um die Ereignisse unerschüttert zu ertragen. Ob die Fakten stimmen, spielt keine Rolle, wird dann auch nicht mehr korrigiert. Die zitierte Vergangenheit immunisiert dann das Mitgefühl. Alles „hatte man schon", wie früher in der Schule.

So läßt sich das Entsetzliche als Ausdruck eines Gesetzes zunächst verstehen, dann akzeptieren, schließlich tun. Moral hat ihren Einfluß auf die Handlungen verloren.



Woher die eisige Ruhe des Konstatierens? Sie entspringt dem globalen Blick: erdumspannend sind grundsätzlich die Sichtweisen des späten Jünger – und nach Beginn der Raumfahrt weitet sein Gesichtsfeld sich kosmisch. Der Eindruck von Kühnheit und eherner Unerschrockenheit, der sich dem Leser mitteilt, ist brauchbar zu machen von einer Bourgeoisie, die die Vertröstungen, Ausreden und mißvergnügten Halbheiten der SPD nicht mehr nötig zu haben glaubt.

Hatte die SPD immer verschämt und quengelnd von Sachzwängen gemurmelt, die ihr besseres Wollen leider augenblicklich behinderten, so hatte sie am Schluß nur noch ermüdet.

Die Haltung eines Jünger, der das Gesetz, das er erkennt, zugleich *will*, erscheint dagegen raumgreifend, entschlossen und sieghaft. Hat der Leser mit dem Autor zusammen erst einmal diese Grundhaltung eingenommen, steht ihm die Welt zur Aneignung der geistigen Erscheinungen offen. Dazu vorerst nur ein Beispiel.

Jünger – der Ökologe

Nach dem Buch „Der Arbeiter" (1932), in welchem Jünger die totale Mobilmachung aller verfügbaren Kräfte voraussieht und proklamiert, veröffentlichte er erst wieder 1959 ein geschlossenes theoretisches Werk:

"An der Zeitmauer." In diesem Buch nimmt er Abschied von seinen vaterrechtlich geprägten Vorstellungen von Gott und vom Helden. Das überrascht beim alten Hohepriester des Kults der Männlichkeit, erlaubt ihm aber, auf das unpersönliche Gesetz umzuschalten, nachdem die großen Führerpersonen diskreditiert waren.

Im neuen Buch wird die Erde ihm die große Mutter, die Nährerin – und, überraschend genug – die Milch, mit der sie ihre ungeduldigen Kinder stillt, ist nichts anderes als die friedlich zu nutzende Atomenergie. Laut Jünger „kann diese ebensowenig erschöpft werden, wie einst das Wild, die Pflanzenwelt, die Gaben einer von Fruchtbarkeit überströmenden Natur; Jagd, Fischfang und Ernte nach freiem Zuwachs – so darf man sich die Nutzung des freien Überflusses vorstellen" – am Abend der Zeiten wird es durch die Atomenergie wieder so werden. (zit. n. Plard: Ernst Jüngers Wende, Festschrift zum 70. Geburtstag, S. 213)

Hier nimmt Jüngers Stimme geradezu schmelzende Töne an: die heute gebräuchlichen Rechtfertigungen der Atomindustrie treten zurück zugunsten indianischer Stimmungen. In das kosmische Gefühl dieses späten Jünger paßt dann auch Astrologie. Wer nach den Sternen sich richtet, der zeigt ein Gefühl von Allverbundenheit.

Auch die Idee des Friedens hat Jünger sich – getragen vom Gefühl eigener Unbetroffenheit und Sicherheit – schon 1941 unterworfen. Sein Frieden lebt freilich von der Vernichtung dessen, was er „Nihilismus" nennt: in seiner Friedensordnung sieht Jünger denn auch konsequent Berufsverbot für alle Nichtreligiösen vor. – Die moderne Neugier, die nach Drogen und den durch sie bewirkten Bewußtseinsveränderungen fragt, weiß der Unerschütterliche sich ebenfalls zu eigen zu machen. Ein dickes Buch „Annäherungen" zeugt von Bekanntschaft mit allen modernen und alten Rauschmitteln. Nicht Bewußtseinserweiterung im Sinne Marcuses, sondern Bewährung des metallischen Selbst beim Durchwandern der Flammentäler des Innern ist dabei freilich Jüngers Anliegen.

Hier scheint das Gefährliche in Jüngers Ideologie zu liegen: hat erst einmal die primäre Unterwerfung unter das *Gesetz*, das Notwendige stattgefunden, so ist die Assimilierung aller möglichen gestohlenen Anschauungen möglich. Die vollzogene Immunisierung macht aus „Giften" Genußmittel.

Jüngers Aussichten

In einer Zeit, da Enzensberger (im letzten Kursbuch) das ruhige Hinnehmen des Normalen schon fast als politische Tugend preist, kann die offizielle schreibende Linke, die bisher auch Teilen der Bourgeoisie ein anständiges Daseinsgefühl anlieferte, nur noch essigliches Lächeln hervorrufen. Das ist nicht viel. Es ist schon denkbar, daß angesichts dieser Lage mancher den Rückgriff auf Jünger da strahlender und auch lustvoller findet.

Jünger – dann nicht so sehr als Soldat, als Wegbereiter des Faschismus, sondern als der super-coole Verherrlicher dessen, was ist – und was sich sprachlos zu vollziehen hat.

Es wird wichtig sein, sich auch zum Angriff auf *diesen* Jünger vorzubereiten, um nicht, fixiert auf den Leutnant der 20er Jahre, unversehens dem Steinernen Gast der 80er zu erliegen.

Zuwachs – so darf | nernen Gast der 80er zu erliegen.

Ein Stück Frankfurter Kultur- und Preispolitik

„Die Entscheidung, Ernst Jünger in Frankfurt zu ehren, ist von bundespolitischer Bedeutung, weil sie nicht der Wille eines zufälligen Kreises rechtsradikaler Männer ist, sondern einer Gruppe rechts- bis linksliberal geltender (oder gelten wollender) Menschen aus Politik, Kultur und Publizistik in Frankfurt. Der ‚so liberale' Wallmann und der ‚so kritische' Fest setzen sich mit dem ‚so linken' Hoffmann zusammen und beschließen, einen Wegbereiter des Nationalsozialismus zu ehren. Wie ist das möglich? Kann es sein, daß der Kulturpolitiker Hoffmann und der scheinbar gebildete Wallmann einen ‚faux pas' begangen haben, weil sie Jünger nicht gelesen haben? Wohl kaum! ...

Sind wir so weit, daß Kulturpolitiker im Magistrat und anderswo meinen, seit 1945 sei so viel Wasser den Main hinunter geflossen, daß man sich ein bißchen militaristisches Denken ruhig leisten kann, ja, daß diese Beschreibungen und Forderungen einer Techno-Diktatur eigentlich wieder ganz modern sind?

DIE GRÜNEN IM RÖMER halten es für unbedingt notwendig, daß öffentlich über die Ursachen und Konsequenzen der beabsichtigten Preisverleihung diskutiert wird. Deshalb beantragen wir, daß die Stadtverordnetenversammlung eine Veranstaltung mit dem Thema durchführt: ‚Goethepreis – für Ernst Jünger?'

DIE GRÜNEN IM RÖMER sind der Meinung, daß der Beschluß des Magistrates, Jünger den Goethepreis zu verleihen, von der Stadtverordnetenversammlung rückgängig gemacht werden muß, falls der Magistrat nicht von alleine auf die beabsichtigte Preisverleihung verzichtet."

(Aus dem Antrag der GRÜNEN IM RÖMER an die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung)

Inzwischen hat dieser Antrag zu Recht einige, nicht nur lokalpolitische, Turbulenz hervorgerufen. Die SPD-Fraktion, deren Kulturdezernent Hilmar Hoffmann im Kuratorium für die Preisverleihung an Jünger gestimmt und aus dem Urlaub, so Wallmann, seine Entscheidung bekräftigt hat, hatte nach dem Vorstoß der GRÜNEN im Kulturausschuß die Entscheidung für den auserkorenen Preisträger Jünger als „Fehlgriff" bezeichnet und sich dem Antrag der GRÜNEN angeschlossen. Nachdem klar war, daß durch den Antrag an die Stadtverordnetenversammlung die Preisverleihung nicht so einfach als Routineangelegenheit über die Bühne gehen konnte, stellte Wallmann fest, daß zwar die Einladungen für den Festakt in der Paulskirche schon verschickt waren, aber überhaupt noch kein Beschluß des Magistrats vorlag, der die Entscheidung des Kuratoriums bestätigte. Eine nachträgliche Bestätigung im Magistrat scheiterte am Einspruch der GRÜNEN und der SPD, darüber Beschluß zu fassen. Jetzt liegt der Antrag bei der nächsten Stadtverordnetenversammlung (19.8.), die den Magistrat beauftragen kann, den Vorschlag des Kuratoriums abzulehnen.

Hier verfügt die CDU über die absolute Mehrheit und sie kann die Preisverleihung an Jünger durchsetzen, auch wenn die SPD geschlossen für den Antrag der GRÜNEN stimmen würde. Aber auch wenn dies eintritt, kann man jetzt schon feststellen, daß der kulturpolitische Vorstoß der GRÜNEN in verschiedener Hinsicht von Nutzen war.

Eine seit Jahren relativ im Stillen, aber mit großer Effektivität in den Medien betriebene Renaissance von Ernst Jünger ist mit dem Streit um die Preisverleihung in die öffentliche Diskussion gezogen worden. Im Fernsehen, in den Feuilletons der FAZ und der ZEIT wurde in den vergangenen Jahren immer wieder anläßlich des Erscheinens der einzelnen Bände von Jüngers „Sämtlichen Werken" der sonore ältere Herr vorgestellt, der ein wichtiges Stück deutscher Literatur repräsentiere, der aufrecht zu seiner Meinung steht und dem man seine Parteinahme für den Nationalsozialismus nachsehen muß, der aber Werte verkörpere, die es heute wieder zu vertreten gelte.

Die CDU sprach in ihrer Verteidigung von Jünger nicht nur von einer „falschen Interpretation" durch DIE GRÜNEN, von der mangelnden Berücksichtigung des Zeitgeistes, von einseitiger Auswahl der Zitate und bezichtigte DIE GRÜNEN und die SPD mangelnder Liberalität und einer „Hexenjagd ohne Ende", sondern CDU-Stadtrat Brück konnte aus den antisemitischen Äußerungen Jüngers auch noch Nutzanwendungen ziehen für die „Gastarbeiterproblematik".

Publizistische Schützenhilfe bekommt die CDU nicht nur von der FAZ, deren Herausgeber und Hitlerbiograph Joachim Fest im Preisverleiherkuratorium sitzt, sondern auch von der Frankfurter Rundschau, wo der leitende Redakteur für Kulturpolitik Horst Köpke sich für die Preisentscheidung in einem Kommentar in die Bresche warf. Politik wird von Politikern gemacht, über Kulturpreise entscheiden die Kuratorien, so war es und so hat es zu bleiben, und wer in kommunalpolitischen Gremien über Preisträger diskutieren will, rührt an dieser Trennung von Kultur und Politik – so die Quintessenz seiner Argumentation. Und weil er einmal am Zug ist, wird Jünger nicht nur zum „unbequemen Außenseiter" hochstilisiert, sondern gleich der Wahlkampf gegen DIE GRÜNEN auf kulturpolitischem Gebiet eröffnet. „DIE GRÜNEN haben es da verhältnismäßig leicht, indem sie eine leicht eingängige Massenkultur favorisieren, was übrigens gar nicht so weit von der Operettenseligkeit der älteren Generation entfernt ist. Kultur hat aber nun mal auch eine elitäre Seite. Wer neue, unbequeme Wege beschreiten will, kann sich nicht zuerst einmal des Beifalls der Mehrheit versichern. Das zunächst verkannte Genie wird in Kunst und Wissenschaft stets eine große Rolle spielen müssen. Nicht die Repräsentanten des bequemen Mittelmaßes treiben die Entwicklung voran, sondern die Außenseiter mit vielen Ecken und Kanten. Irrwege sind nicht auszuschließen."

Dieser Versuch einer Ehrenrettung Jüngers dreht die wirkliche Bedeutung Jüngers gerade auf den Kopf, er war nicht der „unbequeme Außenseiter", sondern der geistige Wegbereiter einer „Massenkultur", die mehr Elend im 20. Jahrhundert hervor gebracht hat, als alle anderen „Kulturen" zusammen, und er geht auch heute durchaus konform mit einer politischen Richtung, die zu einer „geistigen Erneuerung" führen soll, die anknüpft an Werte, die Jünger nach dem II. Weltkrieg vertrat und noch heute vertritt.

Bernd Wagner

Lage und Aufgaben in den USA

Eine Debatte innerhalb der amerikanischen „ML-Bewegung“

ans.Berkeley, USA. Ende 1981 haben die League of Revolutionary Struggle / ML (LRS), die Revolutionary Workers Headquarters (RWH) und die Communist Party / ML (CP/ML) eine Debatte über verschiedene Fragen initiiert, um „im Hinblick auf größere Einheit unter den Marxisten-Leninisten Positionen innerhalb der ML-Bewegung zu klären und eine korrekte Linie für die amerikanische Revolution zu erarbeiten“. Der Themenkomplex umfaßt: Die gegenwärtige Lage in den USA und die Aufgaben der Kommunisten; die nationale Frage; Arbeiterbewegung; Frauenfrage; internationale Lage; Parteiaufbau. Zu dem ersten Punkt liegen seit Ende 1981 ausführliche Stellungnahmen von der LRS und der RWH vor; ansonsten solche von Individuen und lokalen Zirkeln. Nach Aussage der LRS existiert die CP/ML nur noch in Form von einzelnen Genossen und örtlichen Gruppen; die RWH gibt es zwar noch als Organisation, aber ohne funktionierende nationale Leitung, die Herausgabe ihrer Zeitung „Call“ ist eingestellt; die LRS arbeitet als nationale Organisation mit Gruppen in allen größeren Städten, sie gibt die 14tägige Zeitung „Unity“ heraus. Im folgenden sollen die Stellungnahmen von LRS und RWH zum ersten Thema zusammengefaßt werden.

Zur gegenwärtigen Lage in den USA

Die LRS konstatiert in allgemeiner Form den „unwiderruflichen Abstieg
Die LRS konstatiert in allgemeiner Form den „unwiderruflichen Abstieg
und Verfall“ des „monopolkapitalistischen Systems“ in den USA, einen „ständigen Machtverlust auf allen Ebenen“ aufgrund „internationaler und innenpolitischer Widersprüche“. Die ungelösten ökonomischen Probleme hätten zur Erschütterung der politischen Szene, zur Wahl Reagans, zum Zusammenbruch des Liberalismus und zum Entstehen einer neuen rechten Bewegung geführt. „Die reaktionäre Bewegung wird noch stärker werden; es ist möglich, daß die Bourgeoisie noch entschiedener zum offenen Terror, zur Gewalt greift, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten; offener Faschismus ist nicht auszuschließen.“ Zur internationalen Lage: „Die US-Bourgeoisie kämpft mit den Sozialimperialisten um Welthegemonie, dieser Kampf droht die Welt in einen III. Weltkrieg zu stürzen.“ Die SU wird als die aggressivere Macht, als die größere Kriegsgefahr bezeichnet.

Die RWH gehen ausführlicher auf die Erschütterung des traditionell herrschenden Bündnisses der Bourgeoisie ein. In dem „Vakuum, das durch die politische und ökonomische Erschütterung“ entstanden sei, entwickle sich eine neue rivalisierende Gruppierung innerhalb der Bourgeoisie, sie umfasse u.a. unabhängige Ölgesellschaften, größere Militärlieferanten, Grundeigentum- und Anlagekapital-Interessen im „Sonnengürtel“ (dem US-amerikanischen Süden). Sie vertrete neo-konservative Wirtschaftsvorstellungen und Chauvinismus in der Außenpolitik. Die Auswirkungen auf das amerikanische Volk seien bereits spürbar. „Die Kapitalgruppe, die die US-Regierung seit der Rossevelt-Ära kontrollierte, umfaßte als Junior-Partner in dem herrschenden Konsensus andere soziale Kräfte. Eine der wichtigsten organisierten Gruppen war darunter die AFL-CIO-Führung“, die für ihre „Makler-Dienste“, die Fesselung der Arbeiterklasse an das System, „Macht, Reichtum und Privilegien“ erhielt. In den letzten Jahren wurde die AFL-CIO-Führung jedoch aus dem herrschenden Konsensus herausgedrängt. Eine ähnliche Entwicklung sei bezüglich der schwarzen Mittelklasse zu beobachten. In der „Reagan-Kampagne zeigte sich eine unsichere Allianz zwischen seinen Unterstützern aus der neuen rivalisierenden Gruppe innerhalb der Bourgeoisie und den mächtigen Kräften des alten herrschenden Konsensus ... Heute (ist) Reagans wacklige Koalition weit entfernt von einer grundlegenden Umgruppierung der herrschenden Klasse und anderer Kräfte um ein gemeinsames Programm herum.“

Zum „Widerstand gegen das US-Monopolkapital“ schreibt die LRS, er sei „im wesentlichen örtlich und sporadisch gewesen“, verglichen mit den 60er und frühen 70er Jahren nicht „sehr kraftvoll“. Gleichzeitig habe die Unzufriedenheit weite Sektoren der Arbeiter- und Mittelklasse erfaßt, wenn auch der „Stand der Aktivität und des Bewußtseins (der Arbeiterklasse) noch nicht sehr weit entwickelt“ sei. Die traditionelle Gewerkschaftsführung habe „der Offensive der herrschenden Klasse wenig Widerstand entgegengesetzt“. Negativ sei auch der Einfluß einer „starken Arbeiteraristokratie“. „Die Bewegungen der unterdrückten Nationalitäten sind vergleichsweise entwickelter als die Arbeiterbewegung, und es gibt Anzeichen, die auf ein Wiederaufleben des Massenwiderstands auf breiter Stufenleiter hinweisen.“ Genannt werden außerdem die Frauenbewegung, die Anti-Kriegs- und Anti-Atombombe-Bewegung, die Bewegung gegen die Zerstörung der Umwelt.

Einschätzung der „ML-Bewegung“

Die RWH konzentrierten sich auf die Darstellung der Schwäche der ML-Bewegung. „Ihr Überleben als eine weltverändernde Kraft – nicht nur als demoralisierte Ansammlung von Sekten und Individuen – steht auf dem Spiel.“ Als Gründe für die Schwäche sehen die RWH hauptsächlich die „Unerfahrenheit und politische Un-
sehen die RWH hauptsächlich die „Unerfahrenheit und politische Un-
kenntnis der jungen, vor allem kleinbürgerlichen Bewegung“, was zu „Ungestüm, Dogmatismus, Subjektivismus“ und zu einer falschen Einschätzung der Lage führte. „Die Marxisten-Leninisten neigten dazu, sich einseitig auf die Probleme des Systems zu konzentrieren ..., um zu zeigen, daß sich der Imperialismus auf dem Totenbett befinde, die Bedingungen für einen revolutionären Kampf gut seien.“ Daraus resultierten vor allem linke Fehler: Sektierertum gegenüber anderen linken Strömungen, Vorhutsanspruch, Negierung des nationalen Charakters des schwarzen Befreiungskampfes. Demoralisierung bei Hunderten sei die Folge gewesen: bei denen, die geblieben seien, hätte der Versuch einer Neuorientierung „reformistische und liquidatorische Tendenzen befördert“. „Zweifel existieren bezüglich des bewaffneten Kampfes, der Diktatur des Proletariats, des demokratischen Zentralismus. Für andere sind diese Fragen weitgehend irrelevant, lohnend erscheinen ihnen nur die unmittelbaren Alltagskämpfe des Volkes. Ein Großteil der jüngsten Schwierigkeiten der US-ML-Bewegung liegt in der nationalen Krise des Marxismus.“ Diese wird festgemacht an den Folgen der Entwicklung in Vietnam, in Kuba und vor allem der Volksrepublik China (Kritik an der Kulturrevolution). Daher rühre eine „Verunsicherung der ML-Bewegung über zwei entscheidende Fragen: Was ist Sozialismus? Was ist Revisionismus?“ Der „Ausweg“: ein „amerikanischer Marxismus“, der die „nationalen Besonderheiten der gegenwärtigen Bedingungen in den USA voll berücksichtigt“.

Die LRS konstatiert zwar ähnliche Schwierigkeiten und Schwächen der kommunistischen Bewegung, insgesamt beurteilt sie jedoch die Entwicklung der letzten zehn Jahre positiv; die kommunistische Bewegung habe „wichtigen Einfluß in den verschiedenen Bereichen der Massenbewegung“, sie sei dabei, „den Sozialismus mit der Arbeiterbewegung zu verbinden“.

Aufgaben der Marxisten-Leninisten heute

Während die RWH gegenüber dem Versuch, eine Antwort auf die momentanen Anforderungen der Klassenkampfsituation zu finden, das Endziel zu vergessen scheint, den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie, den Aufbau des Sozialismus, modelt die LRS die augenblickliche Lage nach den abstrakt propagierten Anforderungen der proletarischen Revolution. „Die Arbeiterbewegung in den USA ist noch ohne echte kommunistische Partei, es gab Versuche während des letzten Jahrzehnts, sie zu bilden, sie existiert aber noch nicht.“ Warum nicht? Das wird
zehnts, sie zu bilden, sie existiert aber noch nicht.“ Warum nicht? Das wird
nicht untersucht. Klar ist, „sie muß eine leninistische sein, eine militante ... Keine andere Partei ist in der Lage, den Kampf in den USA zu überleben, die soziale Revolution durchzuführen.“ Alles andere wird dem Parteiaufbau untergeordnet: „... die Art unserer Massenarbeit, unsere Propaganda, theoretische Arbeit und alle anderen Aufgaben der Kommunisten müssen von unseren Anstrengungen, die Partei aufzubauen, bestimmt sein.“ Als Hauptstützpunkt in der Arbeiterklasse werden die „relativ schlechtbezahlten, schlechter ausgebildeten und unterdrückten Sektoren der Arbeiterklasse“ und die „unterdrückten Nationalitäten“ gesehen. Aufgrund ihrer schwierigen Lebensbedingungen seien sie „kampfbereiter“.

Die „bürgerlichen Wahlen“ könnten durch „Aufstellen von Kommunisten als unabhängige Kandidaten, durch Bildung von Wahlbündnissen mit anderen progressiven Kräften“ genutzt werden. „Wahlarbeit kann nützlich sein, um den Kampf für unmittelbare Forderungen der Massen zu fördern und eine vereinigte, progressive Front aufzubauen.“

Die RWH sehen den Aufbau einer „Anti-Reagan-Regierung-Front“ als augenblickliche Hauptaufgabe. Die Erschütterung der gesamten, gesellschaftlichen Verhältnisse habe nicht automatisch eine Linksentwicklung, eine Radikalisierung des Volkes zur Folge. Sofern es in den nächsten Jahren ein Zusammenfassen der Kämpfe gäbe, so unter einem „Anti-Reagan-Banner“. Ein solchermaßen ausgerichtetes lockeres Bündnis formiere sich bereits. „Offensichtlich ist diese Front nicht revolutionär. Sie wird viele Elemente – sogar Teile der Bourgeoisie und viele demokratische Politiker – einschließen.“ Die Marxisten-Leninisten müßten diese „linke Alternative“ aufbauen und führen; „Inhalte einbringen, die die Menschen erziehen und aufrütteln“, mit der Zeit ein „Volksprogramm“ ausarbeiten. Dazu seien Positionen zu Fragen wie Nationalisierung, Steuern, Kriminalität, Außenpolitik und des Verhältnisses von Reform und Revolution zu entwickeln. Im Kontext dieser Anti-Reagan-Front werde sich „der Klassenkampf in den USA im wesentlichen in den nächsten Jahren abspielen“; andere – nicht weiter ausgeführte Fronten – werden dem untergeordnet. „Der Widerspruch zwischen Reagan-Regierung und Anti-Reagan-Koalition wird der dominierende Faktor der politischen Szene bis mindestens 1984, eventuell 1988 sein. Das macht diesen Widerspruch zum entscheidenden (key) in dieser Periode der ökonomischen und politischen Auflösung ...“

Als „wichtige Arena“, wo die „Marxisten-Leninisten noch viel lernen müssen“, wird die „Wahlpolitik“ genannt. „Es sollte keine Illusion darüber bestehen, daß die Lage für eine nationale dritte Partei günstig sei. Vielmehr sollte besondere Aufmerksamkeit auf unabhängige lokale Kampagnen gerichtet werden. Unsere Bewegung braucht mehr Analyse, mehr Erfahrung, mehr Kampf, um Fragen wie die Unterstützung von Kandidaten links vom demokratischen Hauptfahrwasser aufzuarbeiten ...“

Am Ziel des Parteiaufbaus wird festgehalten, auch wenn er nicht „vor der Tür steht“. Als Schritt dahin müsse an der marxistisch-leninistischen Einheit gearbeitet werden. Eng damit verbunden sei auch die engere Verbindung mit anderen revolutionären Kräften. „Revolutionäre Sozialdemokraten, Leute aus dem ‚anti-revisionistischen und anti-linken (?) Trend‘ und andere können umgruppiert werden, sogar in einer ML-Organisation, basierend auf gemeinsamer Arbeit und politischer Debatte.“

Leserbrief

Keine jüdisch-israelische Nation, aber mehr als Religionsgemeinschaft

Zu dem Artikel „Enthält die Strategie der PLO Fehler“ von Theo Mehlen in KVZ 30/1982

Am Ende des Artikels heißt es: „Aus den Taten des zionistischen Staates ließe sich jedenfalls nicht die Leugnung eines nationalen Existenzrechts des jüdisch-israelischen Volkes ableiten. Diese Trennung fiel der PLO schwer und wird ihr weiterhin schwer fallen. Mir erscheint sie plausibel.“ Mir nicht. Denn hier wird mit Begriffen wie Nation und nationales Existenzrecht Feigenblätter geschaffen, die der zionistischen Siedlungspolitik, beruhend auf der Vertreibung und rassistischen Unterdrückung der Palästinenser, nur willkommen sein kann.

M.E. muß man sich schon mal etwas Klarheit über den Begriff Nation verschaffen. Historisch haben sich zuerst Nationen mit der Entwicklung des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft herausgebildet. Keineswegs waren dabei bloß gemeinsame Sprache und Kultur ausschlaggebend. Die naturwüchsige Herausbildung der europäischen Nationen beruhte im wesentlichen auf der Notwendigkeit, mittels nationalem Zusammenschluß eines geeigneten Territoriums mit entsprechender Entwicklungsfähigkeit eine Entwicklung der Industrie auf kapitalistischer Basis durch Schutzmaßnahmen gegen außen und die Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur im Innern zu ermöglichen. Historische Gemeinsamkeiten haben das erleichtert, aber nicht immer, schaut man sich z.B. Deutschland und Österreich an.

Charakteristisch und fortschrittlich für die kapitalistischen Nationen war wohl, daß rassenmäßige oder durch verschiedene Volksstämme bedingte Spaltungen überwunden wurden. Das ging nicht überall reibungslos, und dort, wo dies am schwersten ging, war auch die Herausbildung der Nation stets am gefährdetsten (unsere eigene Geschichte beweist dies zur Genüge).

Die Herausbildung der Nationen in der Dritten Welt gelingt offensichtlich auch nur dort, wo solche Schranken überwunden werden können. Die Eindämmung des Einflusses fremder imperialistischer Mächte und die Absicht, eine entwicklungsfähige Industrie aufzubauen, sind hier wohl die ausschlaggebenden Triebfedern. Und auch hier gilt offensichtlich, daß dies dort am ehesten gelingt, wo die Überwindung dieser Schranken auf friedlichem Wege unter Respektierung kultureller Besonderheiten und der Förderung gleichmäßiger Entwicklung gelingt.

Die Auffassung von einer jüdisch-israelischen Nation ist deshalb m.E. irreführend. Israel beruht auf rassenmäßiger Unterdrückung und Vertreibung. Die Palästinenser haben gezeigt, daß sie dies nicht hinnehmen werden. Die Vertreibung ruft in den angrenzenden Ländern ständig Widersprüche hervor, zugleich ist immer wieder eine Solidarität der Volksmassen in anderen arabischen Ländern festzustellen, die, bei entsprechendem Druck auf ihre Regierungen, zur Unterstützung der Palästinenser führte. Die Aggression Israels macht deshalb vor diesen Ländern nicht halt, erschwert zugleich die nationale Entwicklung in den arabischen Ländern und schafft den Supermächten immer wieder Vorwände, sich eigennützig einzumischen.

Subjektive Vorstellungen bestimmter Leute, Angsttraumata usw. können keine Rechtfertigung für die Politik Israels sein und auch keine Begründung für eine jüdisch-israelische Nation. Im Gegensatz zu den Zionisten, die für die Herausbildung einer Nation in Palästina von rassistischen Gesichtspunkten ausgehen, geht die PLO vom Gesichtspunkt der Bewohner eines Territoriums aus, einschließlich derer, die seit 1948 vertrieben wurden und wieder zurückkehren möchten. Erklärtes Ziel ist die Überwindung rassenmäßiger Schranken.

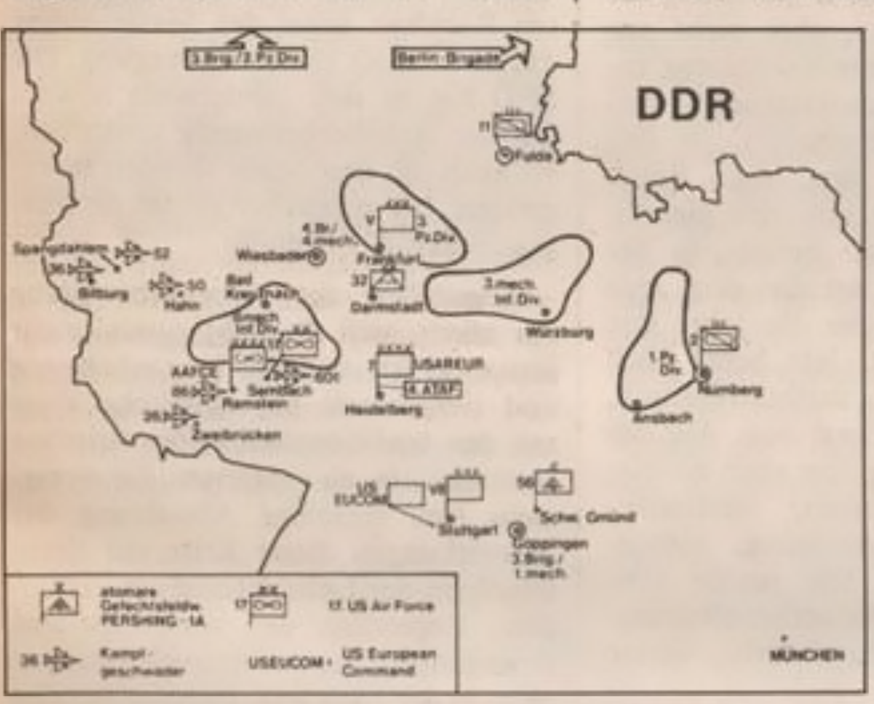
In einem Punkt stimme sich allerdings mit der Kritik überein, nämlich daß die PLO in einem palästinensischen Staate die Juden allein als Religionsgemeinschaft behandeln will. Die Entwicklung einer bestimmten Kultur und auch von wirtschaftlichen Zusammenhängen wird es wohl erforderlich machen, den arabischen und den jüdischen Palästinensern weitgehende Rechte in bezug auf die Pflege kultureller Traditionen und auf wirtschaftliche Beziehungen einzuräumen. Allerdings unter der Achtung des Prinzips, daß Landbesitz und -kauf, die Ausbildung der Bevölkerung und die Beschäftigung von Arbeitern nicht rassistisch reguliert sind. Die Herausbildung einer palästinensischen Nation kann dann auch nur gelingen, insofern die gemeinsame Entwicklung der Produktion nach und nach die Bedingungen zur Aufhebung der Schranken zwischen Arabern und Juden schafft.

S. Würges, Mainz

Näher an der Grenze

Die geplante Truppenverlegung der USA / mit der „Vorneverteidigung" wenig zu tun

gkr. Große Truppenverlegungen der US-Truppen in der BRD wurden in den vergangenen Tagen angekündigt. Die Truppen, die im mittleren Teil der BRD sowie in ihrem südlichen über die ganze Breite verteilt sind (siehe Skizze), sollen näher an die Grenze zur DDR verlegt werden. Im Rahmen der „Vorneverteidigung" scheint dies schlüssig, denn schließlich soll ihr Einsatzgebiet nahe an der Grenze zu den Staaten des Warschauer Paktes liegen, bei einem Angriff der Staaten des WP diesen



Die amerikanischen Heeres- und Luftwaffenverbände in der Bundesrepublik Deutschland

möglichst frühzeitig, ohne Freigabe großen Geländes zum Halten bringen. Es mag dies vielleicht ein Grund für die besagte Verlegung von Truppen vor allem aus Frankfurt, Wiesbaden und Bad Kreuznach sein, zumal die Kette der Verteidigungsräume, die im Rahmen der Vorneverteidigung einzelnen NATO-Staaten in der BRD zugewiesen sind, so oder so recht löcherig ist. So sind die belgischen und niederländi-

sind, so oder so recht löcherig ist. So sind die belgischen und niederländi-schen Truppen nicht in dem Maße präsent, wie sie es sollten, sie müssen im Kriegsfall erst aus ihren Heimatländern verlegt werden. Und Großbritannien erwägt eine Reduzierung seiner Truppen.

Zweifel an dieser Erklärung für die Absicht kommen einem spätestens dann, wenn man die beabsichtigten neuen Stationierungsorte, sofern sie von der Presse richtig wiedergegeben wurden, liest. Raum Gießen/Fulda, das liegt zwar näher an der Grenze als Frankfurt, aber ob dies so viel ausmacht? Und dann: die Truppen von Bad Kreuznach sollen nach Grafenwöhr und Baumholder. Baumholder liegt aber höchstens näher an der französischen Grenze, nicht aber an der zum Warschauer Pakt. In einer Zusammenfassung eines Gesprächs mit dem Oberkommandierenden der US-Truppen in Europa, General Kroesen, berichtet die Europäische Wehrkunde auch über die beabsichtigten Maßnahmen: „USAREUR hat einen großzügigen Plan aufgestellt, um die diesem Oberkommando in Deutschland unterstellten Truppenteile umzustationieren. U.a. möchten die Amerikaner gern eine noch links des Rheins stationierte Division nach Osten verlegen. Drei Ziele sollen damit erreicht werden: Die Soldaten sollen in bessere Unterkünfte gebracht werden, die Leistungsfähigkeit der Streitkräfte soll erhöht werden, Verzögerungen in der Verteidigungsbereitschaft sollen verringert werden."

Und der Kommentar der westdeutschen Generäle dazu: „Eine Durchführung dieses Plans mit Hilfe der Bundesregierung wird äußerst schwierig sein, einmal, weil die damit verbundenen hohen Kosten derzeit nicht bezahlt werden könnten und zum anderen, weil die notwendige Infrastruktur fehlt."

Alleine der Neubau von Kasernen, der bei der Verlegung notwendig würde, würde wenigstens 1 Mrd. Dollar kosten. Der Plan war der Bundesregierung schon 1980 vom US-Botschafter Stoessel übergeben worden, in einem Acht-Punkte-Forderungskatalog, in dem auch der „Wartime Host Nations Support", der Vertrag über die Vorbereitungen für die rasche Heranführung von weiteren US-Divisionen, der mittlerweile abgeschlossen wurde, enthalten war. Zwar hat die Bundesregierung zu der Truppenverlegung erklären lassen, sie sehe keinen vertraglichen Grund, warum sie dafür bezahlen sollte. Kaum anzunehmen aber, daß die Besatzermacht USA zunächst Forderungen präsentiert und dann auf die Bezahlung verzichtet. Sie wird auch weiter versuchen durchzusetzen, daß bestimmte Teile der Kosten für ihre mittlerweile 244000 Mann starke Armee in Westdeutschland (in Europa sind es ca. 330000 Mann) aus Steuergeldern der „Beschützten" finanziert wird.

Für den CDU-Wehrexperten Wörner war die Absicht Anlaß, sie sofort zu unterstützen und damit gleichzeitig eine weitere „Hoffnung" zu verbinden: Die gegenwärtige Diskussion um die Strategie der NATO, um den Ersteinsatz von Atomwaffen etc. geht ja um die Frage der „Abkoppelung" der USA. Könnte sie sich aus einem möglichen Krieg in Europa evtl. so weit heraushalten, daß zumindest ihr eigenes Staatsgebiet verschont bleibt? Und dann nachher die Früchte ernten? Je näher die US-Truppen an der Grenze sind, umso eher werden sie in einen Krieg verwickelt, so Wörner. Und sind erstmal die ersten Divisionen der USA betroffen, umso weniger könnte ein US-Präsident das eigene Engagement schließlich beschränken. Umso sicherer auch ein Einsatz von Atomwaffen, falls von den Militärs für notwendig befunden.

Diese Sorte von Verteidigungsgarantien der US-Supermacht kostet nicht nur, sie ist auch lebensgefährlich. Und obendrein könnte man das ganze ja auch umgekehrt sehen: Die US-Truppen stehen für einen Einmarsch in den Warschauer Pakt schon Gewehr bei Fuß.



Nach acht Tagen wurde am vergangenen Sonntag die Blockade des Atomwaffenlagers Großengstingen beendet. Die Aktion, an der sich über 700 Menschen beteiligten und die auch als Versuch, gewaltfreie Aktionsformen zu erproben, gedacht war, wurde mit einer Blockade durch alle Beteiligten, Massenschweigen und Umzug um das Lager beendet. Während der Aktionen wurden ca. dreimal täglich die Blockierenden von der Polizei weggetragen und Personalien festgestellt. Sie alle haben mit einer Anzeige wegen Nötigung zu rechnen.

Startbahn West: Wenn Beton kommt, wird blockiert

bl.Frankfurt. Nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts Frankfurt – vorläufiger Baustopp des Tunnels an der Okriftelerstraße – haben sowohl die Gemeinde Rüsselsheim als auch der BUND einen Eilantrag auf Einstellung der zu erwartenden Betonierungsarbeiten auf der Startbahntrasse gestellt. Mit einer Entscheidung des Gerichts wird in den nächsten Wochen gerechnet. Ob die FAG schon mit den Betonierungen begonnen hat, ist unklar. Möglich ist, daß sie auf kleineren Flächen angefangen hat. Es gibt den Plenumsbeschluß der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung, daß unmittelbar mit Beginn der Betonierungsarbeiten jedes Transportfahrzeug – wo und wann immer möglich – blockiert wird. Ob es sinnvoll war, Zeitpunkt und Durchführung einer dazu gebildeten Arbeitsgruppe zu überlassen, ist mehr als fraglich. Die Nachteile einer nichtöffentlichen Mobilisierung sind groß. Darüberhinaus besteht die Gefahr, daß die *Aktion* selbst zum Hauptzweck wird und nicht die Behinderung der Transportfahrzeuge und damit wenigstens zeitweise der Betonierung.

Auf dem Plenum selbst wurde die Frage Blockade als symbolische Geste oder konkreter Widerstand mit dem Ziel der Behinderung zwar aufgeworfen, aber nicht diskutiert. Der Widerspruch, daß auf den Delegiertenversammlungen mehrheitlich die Vertreter der Ortsgruppen von außerhalb der Region versammelt sind, andererseits aber der Widerstand im Wald im wesentlichen von der Region in den letzten Monaten getragen worden ist, ist gerade hinsichtlich des Beginns und der Durchführung der Blockaden offen vorhanden, denn die Struktur des Entscheidungsgremiums „Vorbereitung der Blockaden" verhindert eine Mehrheit der betroffenen Region. Es ist die Erfahrung des vergangenen Jahres, daß zunehmend die Interessen und die Entscheidungsbefugnis der von der Startbahn West betroffenen Region aus dem Auge verloren gegangen ist. Nicht umsonst haben die Bürgerinitiativen in Mörfelden und Walldorf darum in den letzten Monaten den Schluß gezogen, daß es darauf ankommt, die Kräfte am Ort wieder zu sammeln. Daß jeder Sonntag für die Landesregierung ein Zeichen des ungebrochenen Widerstandes gegen die Startbahn West ist, ist das Ergebnis dieser Arbeit.

Wichtig ist vielleicht noch folgendes: Die Entscheidung für Blockade fiel mit dem Verwaltungsgerichtsurteil im Rücken leicht. Die Berufung auf die Dritte Gewalt, die Justiz, hat schon immer breiten Raum in der Argumentation der Sprecher eingenommen. Mittlerweile wissen wir, daß sie uns keineswegs den Rücken stärkt, sondern bis jetzt immer – je höher das Gericht war – die Rückendeckung um so besser für die Landesregierung und die FAG funktionierte. Sicher ist deshalb nicht, ob blockiert wird, wenn in den nächsten Wochen negative Gerichtsentscheide vorliegen. Umgekehrt wird bei positiver Entscheidung das bis jetzt angelegte Kapital für längere Zeit verrotten.

Hinweise aus den Arbeitsgruppen:

AG Fragen der Friedensbewegung

Die Arbeitsgruppe hat sich bei ihrem letzten Treffen in erster Linie mit der Politik der Sowjetunion, Außenpolitik und Militärpolitik, nach dem Zweiten Weltkrieg befaßt. Die Problemstellung ergibt sich dabei aus der in der Friedensbewegung so häufig vertretenen These der SU als natürlichem Verbündetem der Friedensbewegung. Die andiskutierten Problemkreise sollen bei dem kommenden Treffen vertieft werden, möglichst mit dem Ziel, die Ergebnisse zu veröffentlichen. Es werden folgende Schwerpunkte diskutiert werden: Die innere Entwicklung der Sowjetunion ab der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg bis heute; die Außenpolitik der Sowjetunion; die Entwicklung der Militärdoktrin und -strategie der Sowjetunion und wie sie heute aussieht; welche ideologischen Entwicklungen und Rechtfertigungen entsprechen dem?

Als einen weiteren Schritt wollen wir dann, sofern noch Zeit bleibt beginnend mit dem nächsten Treffen, die Entwicklung der USA und der NATO untersuchen, an dessen Ende eine Aussage darüber stehen müßte, was die neuen Aufrüstungsmaßnahmen der NATO, die Mittelstreckenraketen etc., bedeuten, ob sie eine Änderung der Politik der Supermacht USA ausdrücken. Material zur Vorbereitung wird den Teilnehmern des letzten Treffens umgehend zugesandt, ansonsten nach Anmeldung.

Trotz einiger terminlicher Schwierigkeiten (z.B. Demonstration zum Katholikentag) werden wir das nächste Treffen der AG am 4./5. September durchführen.

„Sozialistische Emanzipationstheorie" und „Familienpolitik in der BRD" – Arbeitsseminar des KBW

Die oben aufgeführten Themen sollen den Schwerpunkt des Seminars der AG Frauen am 28./29. August in Frankfurt bilden. Nachdem auf dem letzten Treffen der Arbeitsgruppe Frauen die unterschiedlichen Auffassungen des DGB, einzelner Feministinnen und der Grünen und Alternativen zur Frauenfrage im Reproduktionsbereich behandelt wurden, hielten wir es für sinnvoll, die Ursprünge der Arbeiterinnenbewegung in Deutschland und ihre theoretischen Grundlagen zu untersuchen, um die heutige Gewerkschaftspolitik und die Ausblendung der Geschlechterfrage in der Frauenpolitik des DGB besser zu verstehen.

Die Behandlung des Themas Familienpolitik in der BRD (seit 1945) ergab

Die Behandlung des Themas Familienpolitik in der BRD (seit 1945) ergab sich aus der Aktualität der Frage, der Renaissance des „Zurück an den Herd" anläßlich zunehmender Arbeitslosigkeit gerade bei Frauen.

Zum Thema „Sozialistische Emanzipationstheorie" werden in der Vorbereitung herangezogen: Sabine Richebächer „Uns fehlt nur eine Kleinigkeit", Fischer TB 3724 / Frau und Gewerkschaft, Fischer TB 2260 / Thönessen, Frauenemanzipation, EVA / Kontos: Die Partei kämpft wie ein Mann, sowie weitere feministische Kritikerinnen an den Klassikern der „Sozialistischen Emanzipationstheorie". Zu diesem Thema wird es 2 vorbereitete Beiträge geben, die einen Einstieg in die Diskussion ermöglichen sollen.

Beim Thema „Familienpolitik" streben wir an, einen Überblick über die Familienpolitik seit 1945 zu bekommen und gerade auch über die durch die sozialliberale Koalition durchgeführten Reformen, sowie der Maßnahmen, die jetzt in Vorbereitung sind und der Vorstellungen, die die bürgerlichen Parteien hierzu entwickeln – hier spielen hinein die Maßnahmen im Sozialbereich, die ganz sicherlich nicht erschöpfend behandelt werden können, ebenso wie die Situation auf dem Arbeitsmarkt, die nur gestreift werden kann.

Beide Themen sollen auf dem Seminar nicht arbeitsteilig, sondern nacheinander behandelt werden. „Sozialistische Emanzipationstheorie" am Samstag, „Familienpolitik" sonntags. Unabhängig hiervon wollen wir die Einrichtung des Frauenbereichs in der KVZ beraten, vor allen Dingen darüber, wie wir uns eine inhaltliche Gestaltung der KVZ in der Frage vorstellen. Anmeldungen bitte spätestens eine Woche vorher, also bis zum 21.8. in der Zentrale des KBW. *anm*

Veranstaltungen

Arbeitstreffen zum Palästina-Problem / Nahost-Konflikt

Arbeitstreffen zum Palästina-Problem / Nahost-Konflikt

Erfahrungsaustausch über die bisherige Arbeit in den örtlichen Solidaritätsinitiativen – Debatte um die inhaltlichen Fragen, u.a. anhand der bisher erschienenen KVZ-Artikel: Israelische Politik, Strategie der PLO, innerarabische Widersprüche, Rolle der Supermächte.

Beginn: Samstag, 21.8.1982, 16.00 Uhr (im Anschluß an die Demonstration)
Ende: Sonntag, 22.8.1982, 13.00 Uhr

Arbeitsgruppen:

Wohnungspolitik
Beginn: Samstag, 28.8.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 29.8.1982, gegen 16.00 Uhr

Frauen
weitere Angaben siehe oben
Beginn: Samstag, 28.8.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 29.8.1982, 14.00 Uhr

Fragen der Friedensbewegung
weitere Angaben siehe oben
Beginn: Samstag, 4.9.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 5.9.1982, gegen 16.00 Uhr

Anmeldungen bis spätestens 1 Woche vorher

Die Arbeitsgruppen und Schulungen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 1, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611/730231. Weitere Informationen sind dort ebenfalls erhältlich.

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: cof, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag;
Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730236 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM; Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum.
ISSN 0720-8898
Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Der Machtverfall der SPD

Schon längst vor der Bundestagswahl verlor die SPD Einfluß unter den Arbeitern / Einige Daten und Interpretationen

wip. Unter unseren Augen spielen sich momentan rasche und spektakuläre Veränderungen der parteipolitischen Landschaft ab: die Grünen und Grün-Alternativen beteiligen sich an den Kommunal- und Landtagswahlen seit 1981 mit stetigem und zunehmendem Erfolg – ganz auf Kosten der Sozialdemokraten und FDP, die es nach jüngsten Repräsentativ-Befragungen von Allensbach und Infas *zusammen* gerade noch auf 35 bis 40% der Stimmen bringen würden, falls zum jetzigen Zeitpunkt Bundestagswahl wäre, während die CDU auf eine solide absolute Mehrheit rechnen könnte. Die SPD alleine bringt es nur noch auf 30 bis 35%, die FDP erreicht knapp die 5%-Marke – und das bei abnehmendem Trend! Vor nicht zwei Jahren hatte die SPD mit 43% ihr zweitbestes Ergebnis, ebenso die FDP mit über 10%, während die CDU mit Strauß als Kanzlerkandidaten ihr schlechtestes Bundestagswahlergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik einstecken mußte.

Die Landtagswahlen dieses Jahres sind noch in Erinnerung: In Niedersachsen verlor die SPD 6%, in Hamburg 9% gegenüber den letzten Landtags- bzw. Bürgerschaftswahlen von 1978. Die CDU verbesserte sich in Niedersachsen um 2% und erreichte dort erstmals die absolute Mehrheit; in Hamburg bekam sie 5,6% mehr Stimmen und wurde erstmals stärkste Partei. Die FDP gewann in Niedersachsen 1,7% dazu und kam wieder in den Landtag, nachdem sie 1978 rausgeflogen war. In Hamburg blieb sie konstant bei 4,8%, kam also erneut nicht in die Bürgerschaft. Die Grün-Alternativen kamen in Hamburg auf Anhieb auf 7,7%, in Niedersachsen gewannen sie 2,6% dazu und erreichten 6,5%. SPD und FDP verlieren also nach zwei

SPD und FDP verlieren also nach zwei
Seiten – an die CDU und an die Grünen. Daher auch die „Identitätskrise“ der SPD, die schon Ende 1981 der rechte SPD-Professor Richard Löwenthal diagnostizierte. Die hohen Verluste seit 1980 erklärte er kurzerhand damit, daß sich die SPD zu sehr den Alternativen zu- und von den Arbeitern, der eigentlichen Wähler-Basis der Sozialdemokratie, abwende. Das Liebäugeln mit den Grünen und Alternativen frustriere die Arbeiter, insbesondere die Facharbeiter, und treibe sie scharenweise der CDU in die Arme. Jungwähler und Grün-Alternative wanderten ebenfalls ab – sie zu den Grünen und Grün-Alternativen Listen. Das klingt plausibel – aber es stimmt dennoch nicht.

Unser besonderer Freund, der geschaßte Arbeits- und Sozialminister Ehrenberg, hat kürzlich dem SPD-Vorsitzenden sein „sozialpolitisches Testament“ geschrieben und einige Zahlenangaben zum Verhältnis von Arbeitern und Sozialdemokratie gemacht, die er einer Untersuchung des SPD-MdB Scheer entnommen hatte.* Scheer schreibt: „1953 wählten lediglich 48% der *Arbeiter* die SPD, und immerhin bekam die Union 35% der Arbeiterstimmen ... Erst seit der Bundestagswahl 1961 wählte eine Mehrheit der Arbeiter die SPD. Im Jahre 1972 waren es 70%, die der SPD ihre Stimme gaben! Der Abstand zwischen SPD und Union bei den Arbeiterwählerstimmen betrug 1953 13%, 1961 20%, 1965 11%, 1969 19%, 1972 45% (!), 1976 10% und 1980 24%.“ (Seite 36)

Ehrenberg weist seinen Vorsitzenden ausdrücklich auf den gravierenden Rückgang an Arbeiterstimmen zwischen 1972 und 1976 hin. Das Gesamtergebnis der ersten Schmidt-Wahl blieb zwar nur um 3,2% hinter dem bislang höchsten Ergebnis von 1972 (45,7%) zurück. Unter den Arbeitern vermochte jedoch die CDU den Abstand von 45 auf 10% einzuschmelzen. 1972 bekamen CDU/CSU nur 25% der Arbeiterstimmen, 1976 bereits 42%! Hat das auch schon an der Öffnungssucht zu den Alternativen gelegen, die Löwenthal dem SPD-Vorsitzenden vorwirft?

Scheer verfolgt aber auch noch eine andere Schiene, die „Einbrüche der SPD in den Großstädten ..., die noch vor wenigen Jahren stolze sozialdemokratische Hochburgen waren und nunmehr kläglich zusammengeschrumpft sind: 1963 hatte die SPD in *Berlin* noch strahlende 61,9% der Wählerstimmen, 1975 war sie bereits auf 42,6% abgemagert, inzwischen sind es nur noch 38,3%. In *München* waren es 1966 noch 58,4%, 1978 waren daraus 37,6% geworden. In *Frankfurt* waren es 1972 noch 50,1%, 1981 nur noch 34%. In *Köln* waren es 1964 noch 57,4%, 1979 nur noch 44,5% ...“ (Seite 28) Die Wahlstatistiker Gehmacher und Güllner aus Wien/Köln haben gerade eine Trenduntersuchung vorgelegt (FR vom 29.6.82). Danach wird die CDU bis 1984 in 9 von 12 Großstädten stärkste Partei, davon in fünf mit absoluter Mehrheit. Der SPD werden einschneidende Stimmenverluste bei den noch ausstehenden Kommunalwahlen in den Großstädten München, Stuttgart (je – 8%), in Düsseldorf und Dortmund (je – 11%) und in Essen (– 12%) vorausgesagt. „Setzt sich der Trend der Kommunalwahlen 1981 und 1982 in der Bundesrepublik bei den noch ausstehenden Kommunalwahlen bis 1984 fort, sinkt der SPD-Anteil in den Großstädten, der in der ersten Hälfte der 60er Jahre bei 55,4% der gültigen Stimmen lag und in der zweiten Hälfte der 70er Jahre bereits auf 47,5% abgesunken ist, unter die 40-Prozentmarke. Demgegenüber wird die Union ihren Anteil weiter auf 47% steigern können.“ Gehmacher/Güllner machen eine wachsende Neigung der potentiellen SPD-Wähler zur Wahlenthaltung für diese Entwicklung verantwortlich, weil die CDU ihr Wählerpotential nicht wesentlich habe erhöhen können, es aber wesentlich besser ausschöpfe.

Diese Entwicklung korrespondiert mit den Mitgliederverlusten der Sozialdemokratie. Unter der Überschrift „Die SPD verfällt in ihren Hochburgen“ stellt die FAZ vom 22.7.82 eine Untersuchung vor, die der Würzburger SPD-MdB Kolbow zusammen mit dem Infas-Institut über Struktur und Aktivitäten der SPD-Ortsvereine des Bezirks Franken verfaßte. In der Studie sind die Städte mit den größten Mitgliederverlusten zwischen 1973 und 1980 aufgelistet: München (– 27,6%), Frankfurt (– 21,9%), Hannover (– 19,6%), Hamburg (– 18,6%), Stuttgart (– 12,2%), Düsseldorf (– 9,2%), Berlin (– 8,4%), Bremen (– 8,3%). Insgesamt verlor die SPD von Ende 1980 bis Ende 1981 3,3% der Mitglieder (Ende 1981 rd. 950000 Mitglieder). Demgegenüber haben CDU/CSU zusammen ihren Mitgliederbestand in den letzten zehn Jahren verdoppelt und sind, zusammengenommen, mit über einer Million Mitgliedern inzwischen die mitgliederstärkste Partei in der Bundesrepublik.

Diese Übersicht soll illustrieren, daß der Machtverfall der SPD sich bereits vor langen Jahren abzuzeichnen begann und nicht erst nach der letzten Bundestagswahl einsetzte. Die Bundestagswahl hat die Krise der SDP nur kurz und oberflächlich unterbrochen. Sie nahm ihren Ausgang in den Großstädten, den sog. Hochburgen. Die sozialdemokratische Politik geriet zunehmend in Gegensatz zu den Interessen der Massen. Das läßt sich an den einzelnen Beispielen ohne weiteres nachvollziehen, in Berlin, München oder Frankfurt, wo die SPD jahrelang die Bürgermeister stellte, aber nicht nur die, sondern die ganze Verwaltung zunehmend „sozialdemokratisiert“ wurde („Parteibuchwirtschaft“). In den SPD-Hochburgen, den sog. Roten Rathäusern, bildete sich eine gigantische Staatsbürokratie heraus, in der mit „Beziehungen“ fast alles ging. Jede Hochburg bekam über die Jahre ihre Skandale. Die CDU lebt heute noch davon, macht auf antibürokratisch, Anti-Filz, weniger Staat usw. Auf das Konto der SPD ging aber auch das Kapitel Bodenspekulation, Stadtsanierung, Wohnraumzerstörung, autogerechte Stadt usw. Die rasche Umschichtung der Großstadtbevölkerung, teils Ergebnis dieser Politik, wirkte sich zusätzlich aus.

Man kann nicht sagen, daß die SPD mit diesen Problemen gut fertig geworden wäre. In der Landes- und Bundespolitik hat sich der Verschleiß an anderen Themen und zeitlich später eingestellt. Ihr stärkstes Ergebnis hatte die SPD 1972 in der Hochzeit der Entspannungspolitik, des „Mehr Demokratie wagen“ (trotz des gerade verfaßten Radikalenerlasses) und der sozialen Reformen. Ich vermute, daß sich die SPD damals mit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung im Konsens befand (70% der Arbeiter wählten SPD) und auch erhebliche Anziehungskraft auf bedeutende Teile der neuen Mittelklassen ausübte (immerhin wählten 48% der Angestellten und Beamten SPD).

Inzwischen ist die SPD auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Regierungspolitik ziemlich verschlissen, wobei sie wahrscheinlich in der Außen- und Sicherheitspolitik noch den größten Rückhalt unter den Masse haben dürfte – trotz Friedensbewegung. Die SPD hat es sich mittlerweile sowohl mit der Arbeiterbewegung verdorben, als auch mit den neuen sozialen Bewegungen, hat gegenüber beiden an Integrationskraft eingebüßt.

Gegenüber der Arbeiterbewegung vor allem, weil sie nicht einmal mehr imstande ist, auf die langanhaltende und tiefgehende kapitalistische Krise mit den traditionellen reformistischen Instrumenten zu reagieren, die wenigstens eine einseitige Abwälzung der Auswirkungen dieser Krise auf Kernschichten der Lohnabhängigen verhindert. Gegenüber den neuen sozialen Bewegungen hat sie verspielt, weil sie nicht in der Lage war, Impulse aus diesen Bewegungen aufzunehmen.

Die Abwendung der Arbeiterklasse von der Sozialdemokratie hat sachliche Gründe. Ausgerechnet Ehrenberg hat einige davon in seinem schon erwähnten „Testament“ genannt, z.B. nach der 76er Wahl die jahrelangen milliardenschweren Manipulationen an der

der 76er Wahl die jahrelangen milliardenschweren Manipulationen an der
Rentenversicherung, die mit der Operation '83 neue Höhen erreichen, z.B. Steuerreformen, die Facharbeitern mtl. 1,20 Entlastung brachten, dem Arzt hingegen 150 DM usw. Wir haben diese Maßnahmen jahrelang in der KVZ dokumentiert und kommentiert. Es ließe sich eine lange Liste anfertigen. Da ist es Unfug, die Gründe für die Abwendung der Arbeiter im angeblichen Zusammengehen der SPD mit der Ökologiebewegung zu suchen. In Wirklichkeit hat es die SPD gründlich mit beiden Kräften verschissen und nur so erklären sich auch ihre starken Verluste nach beiden Seiten hin. Und natürlich wäre es möglich, die scheinbaren Gegensätze von Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen aufzuklären und beide gesellschaftlichen Bewegungen zusammenzuführen, zumal sie ohnehin gemeinsame Interessen haben. Diesen Gesichtspunkt hat der Genosse Schmierer ja ausführlich in der Diskussion um alternative Wirtschaftspolitik dargelegt.

Die CDU kann sich die desolate Situation der SPD zunutze machen. Sie ist durchaus in der Lage, große Teile der Arbeiterbevölkerung zu gewinnen, die über die Politik der SPD-geführten Regierung sich abwenden. Hinzu kommt, daß die CDU-Analyse der Krise und ihre Konzeption zur angeblichen Lösung derselben auf dem Erfahrungshintergrund großer Massen einen höheren Grad an Plausibilität hat, als das, was die SPD hervorbringt. Dabei spekuliert die CDU insbesondere auf die Erfahrungen im Wiederaufbau der 50er Jahre, wo die Soziale Marktwirtschaft schon mal die Karre aus dem Dreck gefahren habe.

Der Verfall der SPD bringt nicht nur die Aussicht auf eine Neuauflage des „CDU-Staates“ – in Hessen ist eine CDU-Regierung höchstwahrscheinlich und damit auch der Bruch der Bundesregierung vorprogrammiert. Auf der anderen Seite begünstigt die Krise der SPD eine Öffnung nach links. Das zeigt die Diskussion um ein Zusammengehen mit den Grünen. Allerdings denke ich, daß das nicht schnell gehen wird – so wie es aussieht, wird es in Hessen noch nicht gehen (selbst wenn es rechnerisch möglich wäre) und in Hamburg wahrscheinlich auch nicht. Die Einschätzungen von Löwenthal u.a. sind Bestandteil einer Legendenbildung, die innerhalb und außerhalb der SPD ins Werk gesetzt wird, um in der SPD eine politisch-programmatische Umorientierung und ein Zusammengehen von Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen zu verhindern.

* Hermann Scheer, Mittendrin. Bericht zur Lage von Sozialdemokratie und Republik. Bund Verlag 1982. 19,80 DM

Aus „einheit“, Zeitung der IG Bergbau und Energie, Nr. 14/1982

— Aus „einheit“, Zeitung der IG Bergbau und Energie, Nr. 14/1982 —

Bergleute warnen SPD vor Grünen



Peter Leger: Exotische Entdeckung „Vorwärts“

Grün-alternative Politik? Nichts für uns! Scharf reagierten die Bergleute in den Betrieben auf Meldungen, wonach führende Sozialdemokraten auf Zusammenarbeit mit Grün-Alternativen spekulieren. Eine grün angestrichene SPD hat bei Bergleuten keine Chance. So heißt es in Stellungnahmen von IGBE-Funktionären gegenüber der „einheit“. Wir veröffentlichen davon einige auszugsweise.

Keine gemeinsame Sache mit Profi-Verweigerern!

Wir Bergleute haben die SPD vor allem deshalb gewählt, weil sie mit ihrer Energiepolitik den Steinkohlenbergbau bisher abgesichert hat. Wer das aber auf Dauer will, muß in der Praxis neue Kohlekraftwerke bauen, neue Schächte abteufen und auch neue Halden einrichten. Ohne dies alles würde es ansonsten keinen Bergbau geben können. Die Grünen wollen das alles aber genau nicht. Sie bekämpfen Kraftwerke genauso wie neue Schächte und Bergehalden. Und sie tun das überall, weil sie grundsätzlich gegen jegliche Industrie sind. Wenn die SPD jetzt mit diesen buntschillernden Profi-Verweigerern gemeinsame Sache machen will, muß sie damit rechnen, daß die Bergleute bei der nächsten Wahl ihr die Stimme verweigern werden.

Günter Rückweg, Betriebsratsvorsitzender der Schachtanlage Heinrich Robert, Hamm

Grüne nicht wählbar

Immer deutlicher entwickeln sich die Vertreter von „Grünen Listen“ zu einer parteilichen Gruppierung, die gegen die bestehenden demokratischen Parteien zu Felde ziehen wollen, mit dem Ziel, die Arbeit in den Parlamenten zu stören und zu blockieren.

Im Gegensatz zu den klaren Aussagen in den Programmen der SPD – der CDU/CSU – und der F.D.P. – haben die Vertreter der „Grünen“ kein Konzept, sondern Ideen in einem Spektrum von äußerst links bis äußerst rechts, einschließlich gewalttätiger Aktionen wie in Brockdorf, in Frankfurt, in Berlin und an vielen anderen Stellen.

Die Stimmenanteile für die „Grünen“, in vielen Fällen von Protestwählern abgegeben, zeigen leider auf, daß viele Bürger auf die Parolen dieser Vertreter hereinfallen und nicht genug darüber nachdenken, was es zum Beispiel bedeutet, so wie es die „Grünen“ wollen – wenn wirtschaftliches Wachstum verhindert wird.

Wer „Grün“ wählt – will Rückschritt statt Fortschritt.

Wir Bergarbeiter aber wollen nicht rückwärts, sondern vorwärts sehen. Und wir sollten alles tun – um eine zweite „Weimarer Zeit“ zu verhindern. Deshalb sind für mich die „Grünen“ nicht wählbar.

Karl-Heinz Trojahn, Betriebsratsvorsitzender der Schachtanlage Hugo in Gelsenkirchen

Mit Protest wird kein Geld verdient

Wir Bergleute haben ein feines Gespür dafür, was geht und was nicht geht. Eines geht für uns nicht, nämlich, daß die Bergleute sich für eine Partei erwärmen sollen, die sie kalt abfahren und sich eine Politik von den außerhalb der Industriearbeiterschaft angesiedelten Grün-Alternativen aufs Auge drücken läßt.

Bei uns heißt es in der Bergmannssprache, daß diese Leute aus der grün-alternativen Szene nicht wissen, wie Arbeiterschweiß riecht, geschweige denn Arbeiterinteressen wahrnehmen können.

Es ist sicher richtig, daß Pädagogen, Soziologen, Theologen, Politologen und Psychologen an den Universitäten viel gelernt haben, aber wie die Arbeitnehmer in der Industrie für ihre Familien das Geld verdienen müssen, ist diesen Menschen oft fremd geblieben.

Der Kampf um die Sicherheit von Arbeitsplätzen erfordert alle Kraft und Solidarität der Arbeitnehmer. Nicht mit Protest, sondern mit Produktion verdienen wir an der Ruhr unser Geld. Und für die Produktion brauchen wir kostengünstig arbeitende Betriebe, die dadurch in den Stand versetzt werden, uns zu vernünftigen Arbeitsbedingungen zu beschäftigen.

Aber die Bergleute haben längst erfahren, daß die Grün-Alternativen alle Anstrengungen unternehmen, um neue und alte Arbeitsplätze in der Industrie zu bekämpfen – auch im Bergbau und seinem Umfeld von Stromerzeugung und Veredelung, den Hochtemperaturreaktor eingeschlossen.

Die SPD als klammheimlicher oder auch offener Partner dieser grün-alternativen Wachstumsgegner würde aus dieser traditionsreichen Arbeitnehmer-Partei eine zur ideologischen Zersplitterung führende Gruppierung machen, von der man nur ahnen kann, wie wenig Arbeiter-Stimmen sie bei einer Wahl auf sich vereinigen wird.

In den Bergarbeiter-Stimmbezirken unserer Stadt waren es 1980 noch zwischen 60 und 80 Prozent SPD-Stimmen – mit Helmut Schmidt. Ob mit Erhard Eppler solche Stimmanteile für die SPD zu erzielen gewesen wären, muß bezweifelt werden.

Was übrigens den Umweltschutz angeht, da lassen wir uns als Bergleute, die auch in der SPD politische Verantwortung tragen, nichts vormachen – aber wir schütten dabei nicht das Kind mit dem Bade aus. Für uns gilt die Parole: Arbeitsplätze und Umwelt sind keine Gegensätze. Aber Arbeitslose auf grüner Wiese sind für die Bergleute kein politisches Ziel – auch dann nicht, wenn es von der SPD durch Annäherung an die Grün-Alternativen toleriert werden sollte.

Friedbert Hückelkamp, Betriebsratsvorsitzender der Schachtanlage Ewald in Herten

Arbeitskämpfe und blutige Zusammenstöße in Südafrika

kvz. Als das Angebot der südafrikanischen Chamber of Mines von 3% mehr Lohn bekannt wurde, verschärften sich erneut die Auseinandersetzungen in den Minen, wo erst im Juli sieben Arbeiter zu Tode gekommen waren. Die weiße Minengewerkschaft hatte – entsprechend der Inflationsrate – 16% verlangt. Auf ein Kompromißangebot von 9% reagierte sie mit einer Streikdrohung. Schließlich ließ sie sich auf eine zugestandene Erhöhung von 12% ein; der Appell des Bergbauministers, die Differenzen „im Landesinteresse beizulegen", hatte bei den äußerst konservativen weißen Afrikaanern gefruchtet. Für die schwarzen Minenarbeiter ist damit die Sache längst nicht ausgestanden, denn an ihrer entrechteten und unwürdigen Lage als Kontraktarbeiter in den hostels, den Lagern, ändert sich nichts. Allerdings ist ihnen seit einigen Monaten die gewerkschaftliche Organisierung zugestanden worden. Die Entwicklung des Goldpreises läßt die weiße Minderheit inzwischen um noch schwerere Unruhen fürchten: Wenn unrentable Minen geschlossen und Arbeiter entlassen werden, würde mit der schwarzen Arbeitslosigkeit „politisches Dynamit" entstehen (so die Johannisburger *Business Mail*). Dem wird durch die zeitweisen Stillegungen der Automobilwerke als Antwort auf Streiks und Bummelstreiks schwarzer Arbeiter nur neue Nahrung zugeführt. Erst letzte Woche wurde die VW-Niederlassung bei Port Elizabeth für unbestimmte Zeit stillgelegt, und die über 5500 Arbeiter wurden nach Hause geschickt – die zweite Aussperrung in zwei Wochen.

Existenz der OAU gefährdet

kvz. Die 19. Gipfelkonferenz der Organisation für afrikanische Einheit

Existenz der OAU gefährdet

kvz. Die 19. Gipfelkonferenz der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) konnte nicht wie vorgesehen am 5. August beginnen. Es fehlte der Ministerratssitzung, die das Treffen der Staatschefs vorbereiten sollte, die erforderliche Präsenz afrikanischer Staaten zur Beschlußfähigkeit. Hauptstreitpunkt, an dem sich die Spaltung der OAU entzündet, ist die Frage der Anerkennung der Arabisch-Saharauischen Demokratischen Republik. Weiterhin schienen einige Staaten ferngeblieben zu sein, weil für sie Gaddafi als neuer Präsident der OAU unakzeptabel ist. Ob die OAU ihre Spaltung überwinden kann, ist zweifelhaft. Einige Staaten drängen schon auf die Abhaltung eines eigenen Gipfels, womit Afrika wieder in zwei Lager geteilt wäre wie vor der Gründung der OAU im Jahr 1963. Neben regionalen Konflikten spiegelt sich in der Spaltung gewiß auch der Ost-West-Gegensatz wider.

6 afghanische Dörfer vernichtet

coi. In einem Tal südlich von Kabul in der Logar-Provinz haben sowjetische Verbände und afghanische Regierungstruppen sechs Dörfer dem Erdboden gleich gemacht und dabei 2000 Einwohner niedergemetzelt. Die Soldaten machten das Vieh nieder, verwüsteten die Felder und zerstörten das unterirdische Bewässerungssystem, um damit die Rückkehr der geflüchteten Einwohner zu verhindern. Dies berichtete der stellvertretende Vorsitzende des schwedischen Afghanistan-Komitees dem Dagens Nyheter nach seiner Rückkehr aus Pakistan. Dies ist inzwischen von westlichen Diplomaten in Pakistan bekräftigt worden. Anlaß für den Angriff auf diese Dörfer seien die militärischen Aktionen der Mudjahedin gegen die strategisch wichtige Verbindungsstraße zwischen Kabul und Kandahar, die zu häufigen Unterbrechungen des Verkehrs führen. Diese Vernichtungsaktion deute auf eine neue militärische Taktik der sowjetischen Okkupationsmacht hin, ganze Gebiete auf lange Zeit zu entvölkern, um die Mudjahedin von jeglicher Unterstützung durch die Bevölkerung abzuschneiden.

Skandinavische Frauen nicht beim osteuropäischen Friedensmarsch

kvz. Entgegen der Behauptung westlicher Nachrichtenagenturen, der skandinavische „Friedensmarsch '82" habe sich von Minsk aus nach der Abschlußfeier über Budapest als Teil des osteuropäischen Zuges zum Internationalen Friedensfest nach Wien bewegt, meldet die *Neue Zürcher Zeitung*, Tatsache sei lediglich, daß sich 40 weitere Frauen aus Finnland via Moskau nach Wien begeben wollten, während die Friedensmarschierer vom Juli zurückgekehrt seien. Die dänische Zeitung *Politiken* berichtet, das sowjetische Friedenskomitee habe die nordischen Organisatorinnen zu erpressen versucht, mit dem allsowjetischen Anschlußprogramm Minsk-Wien. Dem hätten diese sich zusammen mit den meisten Teilnehmerinnen – außer einigen wenigen KP-Angehörigen aus Dänemark und Norwegen – widersetzt.

sich zusammen mit den meisten Teilnehmerinnen – außer einigen wenigen KP-Angehörigen aus Dänemark und Norwegen – widersetzt.

Reagans Erfolg gegen „Nuclear Freeze"

kvz. Mit 202:204 Stimmen wurde am letzten Donnerstag eine parlamentarische Empfehlung an den Präsidenten zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion über das sofortige „Einfrieren" der Nukleararsenale der beiden Supermächte abgelehnt. Angenommen wurde der Vorschlag Reagans, zuerst eine Reduktion auf einen Stand des Gleichgewichts zu verlangen entsprechend dem Vorgehen bei den Genfer Verhandlungen. „Freeze now, reduce later" – einfrieren jetzt, reduzieren später – ist die Parole der Freeze-Anhänger. Sie verloren die Abstimmung trotz der demokratischen Mehrheit im Kongreß, weil 53 Demokraten mit Reagan und nur 27 Republikaner mit ihnen gestimmt hatten. Die Berufung des Abgeordneten Zablocki aus Wisconsin, zugleich Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses, auf das amerikanische Volk, das in zahlreichen lokalen und regionalen Abstimmungen und Demonstrationen seinen Willen ausgedrückt habe, den Wahnsinn der nuklearen Aufrüstung ein sofortiges Ende zu bereiten, hatte hier zu wenig Überzeugungskraft.

Schwedische Regierung unter Druck

Konzessionsbereitschaft gegenüber der Sowjetunion in Fragen der Grenzziehung stößt auf Unwillen in der Bevölkerung

coi. Stockholm. Die Grenzziehung in der Ostsee zwischen Schweden und der Sowjetunion ist zu einem heißen Wahlkampfthema in Schweden geworden. Enthüllungen in der Presse zufolge war nämlich die schwedische Regierung Anfang dieses Jahres bereit gewesen, den sowjetischen Forderungen entgegenzukommen und auf schwedisches Ostseeterritorium von über 2500 qkm Größe zu verzichten. Der daraufhin öffentlich in die Enge gedrängte Außenminister Ullsten beeilte sich, in seinen Wahlreden zu beteuern, die Regierung habe bei den Verhandlungen mit der Sowjetunion überhaupt keine Kompromißvorschläge unterbreitet, sie halte unbeirrt am Mittellinienprinzip bei der Teilung der Ostsee fest und werde auch in Zukunft gegenüber der Sowjetunion keine Zugeständnisse machen. Ministerpräsident Fälldin unterstrich ebenfalls die Prinzipienfestigkeit der Regierung, und auch Palme versicherte, eine sozialdemokratische Regierung werde am Mittellinienprinzip festhalten.

Vertreter der Konservativen bezichtigten daraufhin nicht nur Ullsten der Lüge, sondern warfen auch Palme vor, im Außenpolitischen Ausschuß die Kompromißbereitschaft der Regierung abgesegnet zu haben. Verständlicherweise beharren die Regierungsparteien, aber auch die Sozialdemokraten, jetzt eisern auf der Geheimhaltungspflicht der Protokolle dieses Ausschusses.

Daß die Regierung die Enthüllungen
aber auch die Sozialdemokraten, jetzt eisern auf der Geheimhaltungspflicht der Protokolle dieses Ausschusses.

Daß die Regierung die Enthüllungen im Detail nicht dementiert hat, macht sie noch unglaubwürdiger bei der schwedischen Öffentlichkeit, die gerade nach der Grenzverletzung durch das mit Atomwaffen bestückte U-Boot 137 eine festere Haltung gegenüber der SU verlangt.

Schweden fordert die Grenzziehung gemäß der Seerechtskonvention von 1958 in der Mitte zwischen der Ostseeküste der Insel Gotland und der baltischen Westküste. Die Sowjetunion hingegen pocht auf die schwedische Festlandsküste als Ausgangslinie für die Mittellinienziehung. Nach ihrer Sichtweise müßte Gotland eine kleine unbewohnte Insel sein. Tatsächlich leben auf Gotland mehr als 55000 Menschen. Daß die Sowjetunion sich bei ihrem Anspruch einzig auf ihre Supermacht stützt und nicht auf das Völkerrecht, zeigt z.B. die Grenzziehung zwischen ihr und Japan. Dort hat sie die Mittellinie von den Inseln Sachalin und den südlichen Kurrilen vorgenommen, die – dies nur am Rande – obendrein von Japan geraubt sind. Die SU will so Schweden ein Seegebiet von ca. 13500 qkm abpressen, in dem Ölvorkommen vermutet werden, das sehr fischreich ist und dessen Besitz ihre Marine nicht nur bei Nacht und Nebel näher an die schwedischen Verteidigungsanlagen heranbringen würde, da die Mittellinie nach sowjetischer Version innerhalb der bis jetzt gültigen 12-Meilen-Zone um Gotland verläuft.

Die Verhandlungen im Januar waren die vierten seit 1969, und die schwedische Regierung beabsichtigte, endlich ein Grenzabkommen zustande zu bringen, auch um den Preis der teilweisen Aufgabe schwedischer Souveränitätsansprüche. Bereits am ersten Tag legte die schwedische Delegation das Angebot auf den Tisch, auf 8% des Seeterritoriums zu verzichten. Die Sowjetunion lehnte ab und erklärte sich ihrerseits zu einer leichten Verschiebung der Grenzlinie aus der 12-Meilen-Zone Gotlands heraus bereit. Als die sowjetische Delegation einem Gebietsabtrittsangebot der Schweden von 13% ebenfalls die kalte Schulter zeigte, beabsichtigte die schwedische Delegation, ihr Angebot auf 20% zu erhöhen.

Doch dies ging den Beamten des Außenministeriums zu weit. Die Regierung mußte den Rückzug antreten, und die Verhandlungen blieben ein weiteres Mal ohne Ergebnis. Bereits vor den Verhandlungen soll es im schwedischen Außenministerium zu Kritik nicht nur gegen die nachgiebige Haltung, sondern gerade auch den Zeitpunkt so kurz nach der skandalösen U-Boot-Affäre gekommen sein.

schwedischen Außenministerium zu Kritik nicht nur gegen die nachgiebige Haltung, sondern gerade auch den Zeitpunkt so kurz nach der skandalösen U-Boot-Affäre gekommen sein.

Doch die schwedische Regierung steht unter Druck. Da sind nicht nur die ständigen Verletzungen der Seegrenze durch die sowjetischen U-Boote, die den Stabschef der schwedischen Streitkräfte zu der überraschend offenen Äußerung veranlaßten, eine fremde Macht bereite kriegerische Operationen gegen das neutrale Schweden vor. Solange keine endgültige Grenze festgelegt ist, können schwedische Unternehmen die Ölprospektierung vor der gotländischen Ostküste nicht in Gang setzen. Der schwedische Fischerverband lehnt zwar Gebietskonzessionen an die SU ab, fordert aber gleichzeitig eine Regelung, die der intensiven Fischerei durch ausländische Trawler ein Ende setzt und die südschwedischen Ostseefischer vor dem Ruin retten soll. Der Kongreß forderte nach dem Scheitern der Grenzverhandlungen die Vereinbarung einer „grauen Zone", d.h. eines der Jurisdiktion Schwedens und der SU unterstehenden Gebiets, um wenigstens alle anderen Fischer (vor allem westdeutsche und dänische) auszuschließen. Denn nach der Vereinbarung von 1977 zwischen beiden Ländern ist das Territorium eine „weiße Zone" und damit internationales Gewässer.

Im schwedischen Außenministerium stößt diese Forderung jedoch auf Widerspruch. Die Erfahrung mit der „grauen Zone" in der Barents-See zwischen Norwegen und der Sowjetunion zeige, daß solch eine Zwischenlösung leicht zu einer permanenten Lösung entarte, und zum anderen würde

schen Norwegen und der Sowjetunion zeige, daß solch eine Zwischenlösung leicht zu einer permanenten Lösung entarte, und zum anderen würde

Schweden durch die Zustimmung zu solch einem Kondominium einen Rechtsanspruch der SU auf dieses Gebiet anerkennen, den sie nach dem Völkerrecht gar nicht habe.



„Gotland ist schwedisch – teilt die Ostsee in der Mitte"

Koloniale Überreste sorgen weiter für Zündstoff

frb. Der Malwinen/Falkland-Krieg scheint fast schon vergessen. In England wurden die letzten Heimkehrerschiffe begrüßt, auf den Inseln im Südatlantik richten sich die britischen Truppen auf Dauer ein, um die auf dem Vorposten ausharrenden 1800 Briten gegen argentinische Angriffe zu schützen. Und inzwischen wird auch deutlich herausgekehrt, daß die Inseln, um die schon in den Weltkriegen Seeschlachten geführt wurden, auch ihren militärstrategischen Nutzen haben. Wäre der Panama-Kanal zu, so könnten sie wichtige Dienste als Stützpunkt zur Sicherung der Südatlantik-Route leisten.

Daß der Konflikt indes seitens Argentiniens, auch wenn es dort jetzt wichtigeres gibt, nicht zu den Akten gelegt wird, zeigen Bemühungen, das Thema auf die Tagesordnung der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu setzen. Mexiko hat die Absicht, einen entsprechenden Vorstoß zu machen, und argentinische Diplomaten werben für Unterstützung. Und auch hiesige Presseberichte geben „allerdings zu bedenken, daß Lateinamerika die argentinischen Ansprüche auf die Falkland-Inseln weiterhin unterstützt".

Auch jene Länder Lateinamerikas, die die Militäraktion der argentinischen Generäle aus verschiedensten Gründen nicht unterstützen mochten, erkennen die Souveränitätsrechte Argentiniens über die zu Kolonialzeiten von Großbritannien militärisch besetzten Inseln an.

Überhaupt haben sich im Gefolge des Malwinen-Kriegs an verschiedenen Stellen rund um die Erdkugel Länder zu Wort gemeldet, die noch mit ähnlichen Problemen geplagt sind. Die alten europäischen Mächte haben halt rund um die Welt ihre Spuren hinterlassen und im stillen eine Reihe von Kolonialgebieten über die Jahre gerettet. Westeuropa täte gut daran, seine Regierungen zu zwingen, diese alten Bastionen, die ein fortdauerndes Hindernis gleichberechtigter Beziehungen sind, zu räumen.

Ein solcher Konfliktpunkt ist sicherlich Gibraltar, wobei man sich dazu gar nicht streiten muß, ob Spanien nun ein Land der Dritten Welt oder seiner Stellung nach zur zweiten Welt zu rechnen sei. Gibraltar ist es Großbritannien immerhin wert, Spaniens Beitritt zur EG zu blockieren. Margret Thatcher erklärte jüngst vor dem britischen Unterhaus: „Es ist undenkbar, daß es jemals zwischen den Territorien zweier EG-Partner eine geschlossene Grenze geben könnte. Spanien kann der Gemeinschaft nicht beitreten, solange es die Grenze mit Gibraltar nicht vollständig öffnet."

Spanien hatte die Grenze zu dem Felsen 1969 einseitig geschlossen und Fähr- wie Telefonverbindungen unterbrochen, nachdem England sich in Verhandlungen mit Spanien zu keinerlei Zugeständnissen in der Souveränitätsfrage bemüßigt fühlte.

England hatte den am Ausgang des Mittelmeeres gelegenen Landzipfel Anfang des 18. Jahrhunderts besetzt und sich die Eroberung 1713 im Vertrag von Utrecht bestätigen lassen. Spanien will Gibraltar zurück haben und hat zuletzt in der Vereinbarung von Lissabon 1980 erreicht, daß „über alle Aspekte der Zukunft Gibraltars" verhandelt werden sollte, während Spanien seinerseits die Grenze wieder öffnen wollte. Das sollte im Juni geschehen, und dann kam der Malwinen-Krieg dazwischen. Spanien wurde mißtrauisch und verschob die Grenzöffnung. Frau Thatcher erklärte im Fernsehen, über die Souveränität könne nicht verhandelt werden und reklamierte ein „Selbstbestimmungsrecht" für die Gibraltarier.

In der Tat hatten sich die etwa 30000 Bewohner des Felsens in einem von der UNO nicht anerkannten Referendum zu 95% für einen Verbleib bei Großbritannien ausgesprochen. Dies, obwohl sie nicht britischer Abstammung sind und einen südspanischen Dialekt sprechen. Bei den Wahlen 1980 fiel die einzige Gruppierung, die für eine Verhandlungslösung mit Spanien eintrat, durch. Allerdings hatte Großbritannien nach dem Vertrag von Utrecht die damalige Bevölkerung Gibraltars vertrieben. Die jetzigen Bewohner hält es sich durch wirtschaftlichen Druck warm.

Noch krasser dürfte der Fall Diego Garcias sein, ein winziges Atoll mitten im Indischen Ozean. Die im Juni gewählte sozialistische Regierung von Mauritius hat erklärt, sie werde die Ansprüche ihres Landes künftig auf allen internationalen Konferenzen vorbringen. Sie hat dabei die Unterstützung der Organisation für die Einheit Afrikas.

Diego Garcia war bis 1965 von Mauritius verwaltet worden. Ehe aber Großbritannien Mauritius damals in die Unabhängigkeit entließ, trennte es das Chagos Archipel mit Diego Garcia von Mauritius ab und verpachtete es auf 50 Jahre an die USA. Die 1200 Bewohner wurden kurzerhand nach Port Louis, der Hauptstadt von Mauritius, verfrachtet, wo sie jetzt in den Slums hausen.

Anfang Juli hat Großbritannien wenigstens die Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 4 Mio. Pfund an die vertriebenen Bewohner versprochen, an eine freiwillige Rückgabe der Insel denkt die Regierung Thatcher aber keinesfalls, obwohl hier ja nun wirklich kein „Selbstbestimmungsrecht" bemüht werden kann.

Die USA haben Diego Garcia zu einem Stützpunkt für ihre Eingreiftruppe ausgebaut und stellen sich auf den Standpunkt: „Wir haben sie gekauft, wir haben dafür gezahlt, sie gehört uns."

Der sowjetische Imperialismus ohne Initiativen

Im jetzigen Nahost-Krieg übt die sowjetische Außenpolitik Zurückhaltung. Die Möglichkeiten für eine Großmachtpolitik in dieser Region scheinen ihr versperrt zu sein. Eine aktuelle Bestandsaufnahme der Einflußmöglichkeiten der Sowjetunion in der Welt soll versuchen, Material für eine allgemeinere Beurteilung der heutigen Position des sowjetischen Imperialismus an die Hand zu geben. Deutlich wird, daß die sowjetische Außenpolitik verstärkt in Bedrängnis kommt.

Von Theo Mehlen

Naher Osten: Die Hilflosigkeit der Sowjetunion im aktuellen Nahost-Konflikt ist unverkennbar. In kaum einem anderen Konfliktherd der letzten zehn Jahre war die sowjetische Außenpolitik so von Intitiativlosigkeit geprägt. Mit der israelischen Aggression wurde ein Tatsache hochgespült, die eigentlich schon seit einiger Zeit wirkte: der Rückgang sowjetischen Einflusses im Nahen Osten. Es braucht nur die sowjetische Reaktion im Nahost-Krieg 1973 und heute verglichen zu werden. Am 24. Oktober 1973 hatte sich Sadat an Breschnew und Nixon gewandt, amerikanische und sowjetische Truppen zur Überwachung eines am Vortag ausgehandelten Waffenstillstandes zu entsenden. Dies war notwendig, weil Ägypten weitere israelische Übergriffe auf die ägyptische Armee befürchtete. Breschnew drohte daraufhin den USA „einseitige geeignete Schritte" an, falls die USA nicht mit der SU zur Erzwingung eines Friedens zusammengingen. Das war eine Drohung mit der einseitigen Intervention der SU, die durch die Zusammenziehung sowjetischer Flotteneinheiten im Mittelmeer unterstrichen wurde. Letztlich machte die SU ihre Drohung nicht wahr, aber sie war ein ernstzunehmender Faktor. Demgegenüber setzte die SU im jetzigen Krieg nur eine Reihe von Erklärungen ab, zwei Botschaften Breschnews an Reagan, eine Tass-Erklärung, eine Regierungserklärung sowie ein angebliches Breschnew-Interview in der Prawda. In keiner dieser Erklärungen wurden konkrete Maßnahmen angekündigt.

Im Gegenteil gestand sie indirekt ihre Handlungsunfähigkeit zu. In einem Brief Breschnews hieß es, daß „die Tragödie Libanons und insbesondere der Bevölkerung seiner Hauptstadt zum Schandfleck auf dem Gewissen auch derer wird, die dem Aggressor Halt gebieten konnten, dies aber nicht taten". Das heißt nichts anderes als daß 1. die SU davon ausgeht, daß nur die USA Israel hätte aufhalten oder zurückpfeifen können, immerhin ein Unterschied zu 1973, als das sowjetische Eingreifen den Friedensschluß beschleunigte; 2. daß die SU auch nichts unternehmen will, den Abzug der Israelis zu beschleunigen. Müde hatte die SU immer wieder ihre alte Forderung nach einer neuen Genfer Nahost-Konferenz wiederholt. Dann hatte die SU erklärt, sie sei gegen eine Truppenentflechtung an der Front und die Stationierung einer internationalen Garantietruppe. Im besagten Breschnew-Interview einige Zeit später wiederum wird erklärt, man sei doch dafür, aber die USA dürften nicht den libanesischen Boden betreten. Mit anderen Worten,
Boden betreten. Mit anderen Worten,
der SU fällt buchstäblich nichts ein, wie sie Einfluß nehmen kann.

Ein neues „1973" wird es nicht geben. Alles andere als das. Zum Zeitpunkt, als die Israelis den Ring um Beirut enger zogen, fuhren Flottenkontingente der Mittelmeer-Eskadra der SU zu Freundschaftsbesuchen nach Luanda und Lagos. Ein militärisches Eingreifen der SU wäre auch nicht unbedingt wünschenswert gewesen, vor allem aufgrund der europäischen Einschätzung, daß ein Weltkrieg aus jeder beliebigen Konfrontation der beiden Supermächte losbrechen kann. Aus der Sicht der PLO war die Passivität der SU äußerst ungünstig und hat einen positiven Lernprozeß in Gang gebracht, indem die wirklichen Motive für überschwengliche Freundschaftsbekundungen etwas näher hinterfragt werden.

So blieb denn die Unterstützung der SU in diesem Krieg gering. Diplomatische und propagandistische Unterstützung plus gewissem Nachschub an militärischen Gütern. Welche politische Entwicklung hat zu dieser heutigen Position der SU im Nahen Osten geführt? Angefangen hatte das Desaster für die SU mit dem Hinauswurf aus Ägypten im Jahr 1972 und der schließlichen Aufkündigung des Freundschaftsvertrages 1976. Das Eingreifen der SU 1973 war überhaupt nur möglich geworden durch die noch nicht ganz verlorene Basis in Ägypten. Mit dem Verlust ihres Einflusses in Ägypten ging der Einfluß der SU im gesamten arabischen Raum zurück, weshalb sie noch heute regelmäßig über das für sowjetische Einmischung ungeeignete arabische Verhalten im jetzigen Krieg jammert. Mit der amerikanischen Camp-David-Initiative wurde der SU ein weiterer Schlag versetzt, weil sie darüber die Initiative für eine strategische „Lösung" des Nahost-Konflikts an die USA abgab. Die SU versuchte dann, aufgrund der Ablehnung einiger arabischer Länder eine Front gegen Camp David zu stärken und darüber neue Positionen zu gewinnen. Das gelang ihr insofern, als ihr Einfluß in den Ländern der Ablehnungsfront wuchs: Algerien, Libyen, Südjemen und Syrien. Die PLO ist für die SU eigentlich kein Faktor, sondern die palästinensische Frage, insoweit sie darüber einen Fuß in das arabische Lager bekommen kann. Die Ablehnungsfront ist aber gescheitert. Obwohl sie berechtigterweise Camp David ablehnte, war sie bis heute zu keiner Initiative fähig, die auch nur irgendeine Aussicht auf Erfolg im Sinne der palästinensischen Sache gehabt hätte. Und auch im jetzigen Krieg hat sie sich nicht mit Ruhm bekleckert. Für die SU hat sich also die Unterstützung der Ablehnungsfront nicht als Basis für eine schrittweise Ausdehnung ihres Einflusses im arabischen Raum erwiesen.

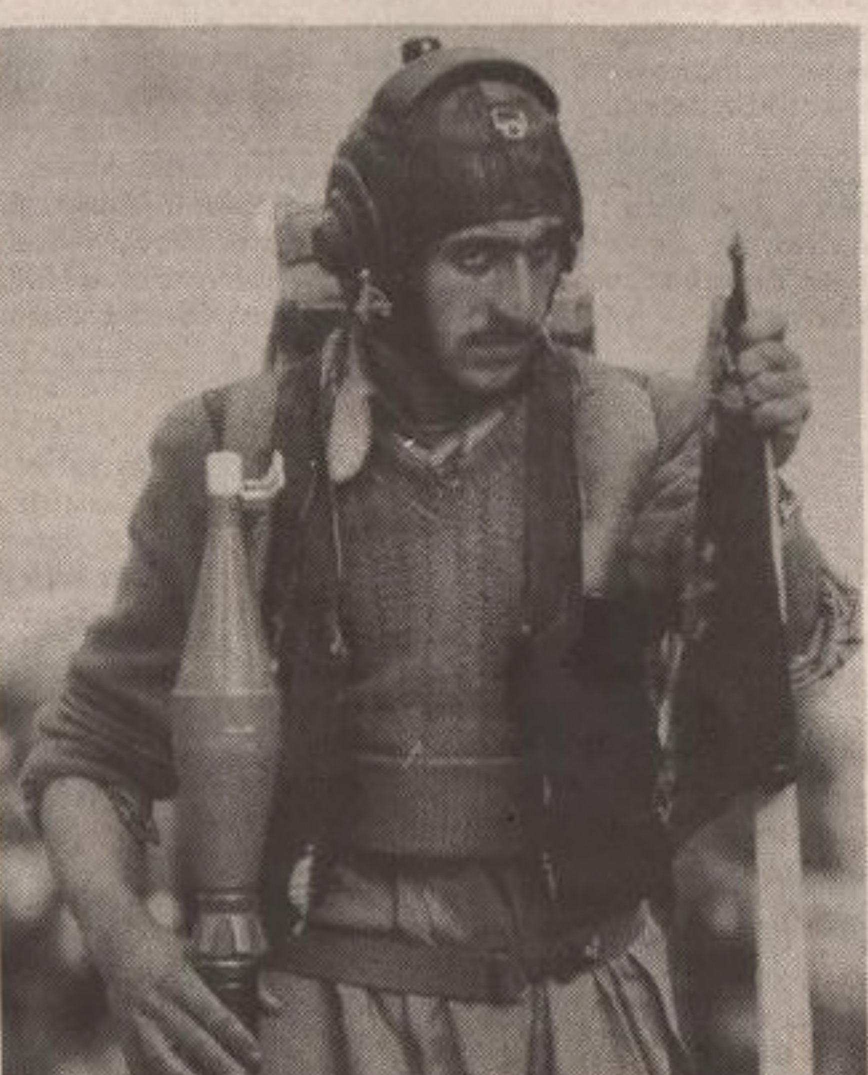
Mit der Handlungsunfähigkeit der Staaten der Ablehnungsfront waren somit auch der SU die Hände gebunden. Dazu kommt aber, daß diese Staaten nie zu den entscheidenden Kräften im Nahen Osten gehörten. Algerien und Südjemen eher an der Peripherie gelegen. Libyen zu schwach. Und Syrien ist von seinen Potenzen erst nach Ägypten, Irak und Iran zu nennen. Syrien hat sich auch nie so eng an die SU gebunden, sondern hat gleichzeitig immer seine Beziehungen zu den USA gepflegt. Insgesamt zu wenig für die SU, um eigene Interessen ins Spiel zu bringen.

Mittlerer Osten: Im irakisch-iranischen Krieg möchte die SU eigentlich auf den Iran setzen. Das schon natur-
schen Krieg möchte die SU eigentlich
auf den Iran setzen. Das schon natur-
wüchsig aus ihrem Interesse, alles zu unterstützen, was die USA schwächt. Aus strategischen Gründen, weil sie damit nahtlos an Afghanistan anknüpfen und ihre Position in der gesamten Region stärken könnte. Indirekt ist die SU mit dem Iran verbunden, als die Staaten der Ablehnungsfront, allen voran Syrien, den Iran unterstützen. Syrien unterstützt den Iran, einmal abgesehen von seinen Rivalitäten mit dem Irak, weil die Ablehnungsstaaten sich eine Stärkung ihrer radikalen Position durch den islamischen Fundamentalismus versprachen, der einigen Druck auf die arabischen Regierungen ausübt. Indem sie den Iran dabei unterstützen, die islamische Revolution am Kochen zu halten, erhoffen sie sich auch wachsenden Druck in den arabischen Staaten gegen eine allzugroße Normalisierung der Beziehungen zu Ägypten, die vielleicht zu einer zu großen Stärkung des Camp-David-Prozesses führen könnte.

Aber die SU unterstützt trotz dieser indirekten Verbindungen nicht direkt den Iran. Hier und da wird einmal ein Versuchsballon gestartet wie kürzlich ein „Gruß" Honeckers an Khomeiny. Die SU versucht in diesem Krieg eine strikte Neutralität einzuhalten. So unterstützte sie die UNO-Entschließung, die einen sofortigen Rückzug der Parteien auf die vor dem Krieg existenten Grenzen forderte. Andererseits vermerkt die sowjetische Presse die Ablehnung dieser Forderung durch den Iran ohne kritische Bemerkungen. Auch ein Zeichen für die (heimliche) Liebe der SU zum Iran. Aber für die SU wäre es zu schön gewesen wahr zu sein. Denn der Iran läßt sie nicht heran. Die sowjetische Presse beklagt sich regelmäßig über die iranische Führung, die immer noch der Theorie der zwei Supermächte anhänge. Und dann hat die iranische Regierung zu Beginn des Krieges auch noch eine Wochenzeitung der Tudeh-Partei verboten – kein gutes Zeichen für sowjetischen Einfluß, wo ihre Bruderpartei doch alles unternommen hat, um sich einzuschmeicheln. So bleibt der SU zunächst nichts anderes, als Warteposten zu beziehen. Gewinnt sie im Iran bis heute keinen entscheidenden Einfluß, so ist ihr der Irak aber verloren gegangen, auch wenn nominell noch ein Freundschaftsvertrag existiert. Doch das irakische Unternehmen im Nahen Osten, der Krieg, hat den Irak unvermeidlich zu finanzkräftigeren Quellen geführt – den arabischen Ländern mit einer Finanzhilfe von 20–30 Mrd. Dollar und den USA. Die BRD ist direkt ins Geschäft gegangen und ist heute wichtigster Handelspartner Iraks.

Mit dem Einmarsch in Afghanistan hat die SU zwar kein neues Land für ihren Einfluß erobert, der bestand schon vorher, aber sie hat ihre Truppenpräsenz nach Süden ausgeweitet. Zweifellos kann sie nun von hier ausgehend warten, wie die Dinge sich evtl. zu ihren Gunsten entwickeln. Aber gegenwärtig ist keine Option für eine aktive Politik nach vorne absehbar.

Indien: Der Einmarsch in Afghanistan könnte auf längere Sicht für die SU unangenehmer zurückwirken, wie zunächst absehbar. Eine wesentliche Stütze nach dem Einmarsch war Indien, daß keineswegs lauthals protestierte. Das hatte aber fatale Folgen für die Außenpolitik Indiens. Zum einen verlor sie über ihre Position zu Afghanistan an Einfluß in der blockfreien Bewegung, eine traditionelle Domäne indischer Politik und sicher auch ein



Afghanischer Be-
Afghanischer Befreiungskämpfer mit erbeuteter sowjetischer Kappe und Panzerfaust

wichtiger innenpolitischer Faktor, wie die jeweilige Regierung in der Dritten Welt angesehen ist. Sodann wurde aber Indien in der südasiatischen Region kaltgestellt. Die USA rüsteten Pakistan auf, das erheblich an Bedeutung gewann. Im Osten jedoch wurde China zum entscheidenden regionalen Faktor im Südost-asiatischen Konflikt. Nach dem Afghanistan-Einmarsch erlitt zudem die indische Initiative für eine Friedenszone im indischen Ozean schiffbruch, auf die sich die USA nach der Bedrohung der Ölquellen nicht mehr einlassen wollte. Indien, seit 1971 mit den USA heftig zerstritten und seitdem in enger Verbindung mit der Sowjetunion sieht seine außenpolitischen Felle davonschwimmen.

Dazu kommen ökonomische Schwierigkeiten. Die Wirtschaftshilfe aus der SU hat nie die Ausmaße der amerikanischen angenommen. Nun fürchtet Indien, daß sein Anteil an Anleihen der internationalen Entwicklungsbehörde zurückgehen, weil die USA im Rahmen ihrer Haushaltseinsparungen ihre Zuwendungen an die Weltbank von 1 Mrd. Dollar auf 700 Mio. Dollar senken. Dann haben die USA 1980 ihre Uranlieferungen für die indischen Atomkraftwerke eingestellt.

So kommt es nicht von ungefähr, daß mit dem jüngsten Besuch Indira Ghandis in den USA eine neue Phase indisch-amerikanischer Beziehungen eingeleitet wurde – auf Kosten der SU. Zwar sind die direkten Abmachungen noch mager, im wesentlichen eine Absprache, daß die USA einer Belieferung Indiens mit Uran über den Umweg Frankreich nicht mehr im Wege stehen. Aber deutlich ist, daß Indien sich aus einer einseitigen politischen Beziehung mit der SU – wirtschaftlich war die USA die ganze Zeit wichtigster Handelspartner – herauslösen will. Die Folgen für die Sowjetunion können folgende sein: Ihre internationale Stellung aufgrund der Besetzung Afghanistans wird geschwächt – so hat Ghandi den Einmarsch mit dem US-Vorgehen in El Salvador verglichen, was die SU mehr schmerzen wird als die USA; Indien könnte sich nun wieder stärker mit Pakistan arrangieren, was die US-Position gegen die SU stärken wird; Indien ist schon dabei, freundschaftlichere Beziehungen zu China zu entwickeln. Eine Entspannung an der indisch-chinesischen Grenze ist in Gang gekommen, die der SU kaum recht sein wird, weil ihr die Basis entzogen wird, auf der ihr Einfluß stabil bleibt: beständige Konfrontation und Unruhe, die jeweils eine Partei nur mit Supermacht-Unterstützung länger durchhalten kann.

Südostasien: Mit dem Verkauf Vietnams an die SU und dem Einmarsch der vietnamesischen Truppen in Kampuchea wie auch durch die Einbringung von Laos in diese Politik hat die SU zweifellos einen Sprung nach Süden machen können. Seitdem stagniert die vietnamesische und damit die sowjetische Politik. Obwohl es einige Zeit einmal so aussah, als würde das vietnamesische Vasallenregime in Kampuchea schließlich die Anerkennung der ASEAN-Länder finden, ist dies noch mehr in weite Ferne gerückt. Die Bildung der Dreiparteien Koalition in Kampuchea hat faktisch den UNO-Sitz auf lange Zeit gesichert und erlaubt es dem Demokratischen Kampuchea noch mehr, zumindest auf diplomatischer Ebene mit weiteren Initiativen gegenüber Vietnam in die Vorderhand zu kommen.

Vietnams Versuch, dem mit einer windigen Ankündigung eines Teilabzugs der Besatzertruppen entgegenzutreten, ist vollends gescheitert. Auf seinem kürzlichen Besuch in einigen ASEAN-Ländern ist der vietnamesische Außenminister Thach abgeblitzt. Zwar würden die ASEAN-Länder liebend gerne Vietnam unterstützen, weil sie China als die größere regionale Gefahr ansehen. Aber solange Vietnam in Kampuchea steht und Thailand bedroht sowie darüber den beiden Supermächten und, zumindest nach Ansicht der ASEAN-Länder, China ständig Möglichkeiten der Einflußnahme offenhält, kann diese Liebe nicht erfüllt werden. Ein Rückzug der Vietnamesen aber aus der Erwägung, neue Beziehungen zu den ASEAN-Ländern aufzubauen, wäre nur möglich durch eine große innere Umwälzung Vietnams, der den Charakter dieses Regimes vollständig ändern würde und damit natürlich auch die Haltung zur SU. Der jetzige Zustand ist für die SU somit auf jeden Fall der bessere. Aber ein Vorankommen wird es in mittlerer Sicht nicht geben.

Lateinamerika: Die Revolution in Mittelamerika wie der Falkland-Krieg hat der SU sicherlich günstige Möglichkeiten der Einflußnahme verschafft. Verwunderlich ist daher nicht, daß sie Einfluß gewonnen hat, sondern wie wenig sie daraus Kapital schlagen konnte. Nicaragua konnte oder wollte die SU keine größere Wirtschaftshilfe geben. Offensichtlich stellt schon Kuba eine große Kraftanstrengung für die SU-Finanzen dar, so daß für andere Länder kaum qualitativ entscheidende Beträge gestellt werden können. In der Karibik konnte die SU immerhin ein Abkommen mit Grenada schließen. Ein Kredit von 5,5 Mio. Rubel wird gestellt. Die SU liefert Geländewagen und Traktoren, Grenada liefert Kakao und Muskatnuß. Grenada ist aber ein unzureichender Ersatz für den Einfluß, den die SU bis vor kurzem in Jamaica hatte, aber wieder verloren hat.

Noch deutlicher wurden die Grenzen sowjetischer Außenpolitik im Falkland-Krieg. Man stelle sich eine solche Situation vor dem I. oder II. Weltkrieg vor. In Null-Komma-Nichts hätte Deutschland oder eine andere Großmacht die USA und Großbritannien in Argentinien beerbt und dort die neue dominierende Rolle übernommen. Die SU stattdessen heute konnte wohl ihre Handelsbeziehungen ausweiten. Aber der ganze Vorteil, den die SU erzielt hat, ist eher darin zu suchen, daß die NATO und deren südatlantische Strategie wie die Stellung der USA in Lateinamerika belastet wurde, aber keine, daß an deren Stelle die SU ein „Vakuum" gefüllt hätte. Insgesamt kann aber gesagt werden, daß die Stellung der SU in Lateinamerika stärker ist als vor ein paar Jahren.

Horn von Afrika: Insgesamt stand dort die SU schon einmal besser da. Mit Äthiopien, Somalia und Südjemen hatte sie entscheidenden Einfluß auf den gesamten Zugang zum Roten
den gesamten Zugang zum Roten
Meer. Als sie sich aber 1977 im Ogaden-Konflikt zwischen Somalia und Äthiopien auf die Seite Äthiopiens schlug, erging es ihr ähnlich wie in Ägypten: Somalia warf die SU heraus und öffnete sich den USA. In Somalia hatte die SU schon Rechte im Hafen von Berbera, wo sie ein Schwimmdock für Reparaturen sowjetischer Kriegsschiffe liegen hatte und an Land Unterkünfte für sowjetische Spezialisten. Nach der Vertreibung zog sie damit an die äthiopische Küste in den Hafen Massowa. In letzter Zeit konzentriert sie sich auf die Inselgruppe vor der Hafenstadt, was sie mehr dem Zugriff der äthiopischen Souveränität entzieht. In Somalia konnte sich die USA breit machen und durch ihre Anwesenheit den Wert des Südjemen für die SU, was das Rote Meer betrifft, neutralisieren. Mit den neuesten Kriegshandlungen an der somalisch-äthiopischen Grenze scheint die SU neue Möglichkeiten für Bewegung zu ihren Gunsten erhalten zu haben, wobei die Grundlage hierfür in der offensichtlichen Krise der somalischen Regierung Barre liegt.

Die Kriegshandlungen bestanden im wesentlichen auf einem Vormarsch der von Äthiopien aus operierenden SDSF (Somali Democratic Salvation Front). Merkwürdig dabei ist, daß der Vorstoß nur 20 km ins Landesinnere betrug und jeglichen Kampf um strategisch wichtige Positionen vermied. Am wahrscheinlichsten für das Kriegsziel ist wohl, eine Destabilisierung der Regierung Barre voranzutreiben, die eh schon besteht, indem der oppositionellen SDSF propagandistisch wirksame Aktionen verschafft werden. Ein Sturz der Regierung Barre könnte für die SU neue Möglichkeiten eröffnen. Die USA haben mit sofortigen Waffenlieferungen reagiert, um die Regierung zu stützen. *Fortsetzung folgende Seite*

„Landsolidarität existiert weiter – aber versteckt“

„BAUERNBLATT“-Gespräch mit einem Mitbegründer der Land-Solidarność

Seit dem 13. Dezember 1981 herrscht in Polen Kriegszustand. Wichtigstes Ziel ist die Unterdrückung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung Solidarność, auch der Land-Solidarność, die als unabhängige Bauernvereinigung die Hauptstütze auf dem Dorf ist. „Die Land-Solidarität existiert auch heute weiter, aber arbeitet versteckt“, sagt Tomasc Zarzychi (34), Mitbegründer dieser Organisation, der seit Dezember in Westfalen im Asyl lebt, in einem Gespräch mit dem „BAUERNBLATT“. (Wir drucken das Gespräch hier nach.) „Gerade die Demonstrationen Anfang Mai haben bewiesen: die Regierung kann auf Dauer nicht gegen die Gesellschaft in Polen wirken, und die Gesellschaft drückt sich vor allem in Solidarność aus!“

Herr Zarzycki, Sie haben seit dem Danziger Aufstand 1970 die Entwicklung in Danzig, aber auch auf dem Lande in Ihrem Beruf als Diplom-Besamungstechniker verfolgt. Wie konnte es im Jahre 1980 zu diesen Unruhen und Streiks kommen?

Die Streiks gingen ja von Danzig und anderen Städten aus. Sie hatten sicherlich unterschiedliche Anlässe, aber viele gemeinsame Ursachen. Eine wichtige waren die seit 1975, besonders seit 1979 steigenden Preise für Nahrungsmittel. Dabei muß man wissen, daß es offiziell im realen Sozialismus Polens fast keine Inflation und damit keine Preiserhöhungen gibt. Tatsächlich gab es aber eine starke schleichende Inflation. Das ging dann so: z.B. verschwand die billige Wacholderwurst vom Markt und erschien kurze Zeit später – mit vielleicht einem Gewürz mehr – als Weichselwurst wieder, aber bis zu 30% teurer. Oder eine 500g-Konserve gab es nicht mehr und eine 250g-Konserve der gleichen Sorte erschien mit gleichem Preis. Diese Erhöhungen trafen fast alle Grundnahrungsmittel: Fleisch, Gemüse, Eier usw. Oder der Preis blieb, aber die Qualität wurde schlechter. Diese Täuschungen und Lügen der Machthaber, die ja die Preise festsetzen, wurden nicht mehr geglaubt. Da die Löhne hingegen nicht in dem Tempo stiegen, konnten die Unruhen nicht ausbleiben.

Wie sah denn zu dieser Zeit die Lage der Bauern aus? Bekamen sie etwas von den Steigerungen der Verbraucherpreise ab?

Im Gegenteil. Dazu muß man wissen, daß ca. 70% der Landwirtschaft in Polen privat ist, der Staat aber am liebsten kollektivieren will. Durch die ständigen Nahrungsmittelprobleme muß er zwar Rücksicht nehmen, traktiert aber die Privatbauern, wo er kann. Weil der Staat das Monopol über die Betriebsmittel und die Vermarktung hat, kann er ständig Druck ausüben, z.B. über die Preise: mal wird der Erzeugerpreis für Fleisch etwas erhöht und der Milchpreis gesenkt, wenn z.B. Fleisch fehlt. Und ein Jahr später umgekehrt. Aber in der Landwirtschaft kann man doch nicht ständig umstellen. Landwirtschaftspolitik erfordert Kontinuität. Außerdem bekommt der Bauer nur Düngemittel usw., wenn er Fleisch, Milch usw. abliefert. Vor dem August 1980 waren z.B. Betriebsmittelpreise viel mehr erhöht worden als die Erzeugerpreise. Und wer sich wehrte und etwas sagte oder nicht zur Parteischulung ging, bekam eben weniger Dünger oder Saatgut usw. Also die Bauern hatten kein Vertrauen zur Regierung.

Hielten die Bauern nicht auch Nahrungsmittel zurück?

Das kann im Einzelfall vorgekommen sein, um ein kleines Druckmittel zu haben, zumal die Genossenschaftsbetriebe und die Staatsgüter stets viel besser behandelt werden. Der Staat wollte kalt kollektivieren; z.B. über das Gesetz über den Boden 1976, worin er das Privateigentum nicht anerkennt. Besonders aber auch durch das Rentengesetz von 1976 und 1978. Danach bekommt nur Rente vom Staat, der sein Land an den Staat abgibt. Und eine private Rentenversicherung ist finanziell nicht tragbar. Erbost waren die Leute auch, weil die Schulen von den Dörfern weggenommen waren und das Kulturleben immer schlechter wurde.

Wie verhielten sich denn die Bauern gegenüber den Streiks im August 1980?

Sie setzten große Hoffnungen auf die Arbeiter, zumal man auch mit den Zielen und Forderungen übereinstimmte. Es gab z.B. in Danzig sofort Hilfsleistungen für die streikenden Werftarbeiter. Mit Pferdegespannen brachten die Bauern Lebensmittel. Gleichzeitig fuhren Arbeiter aufs Dorf zur Erntehilfe, in Danzig ca. 5000 bis 6000 streikende Arbeiter! Das hängt damit zusammen, daß es – anders als hier – Gemeinsamkeiten gibt. Viele Arbeiter haben Verwandte als Bauern (z.B. Eltern oder Großeltern) oder wohnen auf dem Dorf und fahren zur Arbeit in die Stadt.

Nach dem Vorbild der Solidarność und mit ihrer starken Hilfe wurde dann die Land-Solidarność gegründet. Wie lief das konkret in den Dörfern ab?

August 1980 war der Wunsch da, aber bis März 1981 dauerte die Organisierung. Schließlich sind nur die Privatbauern Mitglied, während ich oder die Arbeiter der genossenschaftlichen oder staatlichen Betriebe nur Mitglieder der Solidarność werden können. Und Bauern in den einzelnen Dörfern zu organisieren bis hin zur nationalen Ebene, das dauert eben seine Zeit. Ich habe in verschiedenen Dörfern und an Gesprächen mit der Regierung teilgenommen. Im Dorf Sypniewo (100 km nördlich von Warschau) z.B. trafen sich ein paar Leute, die das Vertrauen des Dorfes hatten und bereiteten die Gründung einer Gruppe vor. Sie beriefen eine Dorfversammlung ein. 150 Männer kamen und besprachen Ziel, Programm und Methoden zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Arbeit. Die Land-Solidarität wurde gegründet und alle traten bei.

Was wurde konkret in diesem Dorf gefordert?

In Sypniewo forderte man, daß vier ältere und nicht benutzte Traktoren der Ausleihstation billig an die Bauern verkauft werden sollten. Außerdem wollte man einen eigenen Bullen kaufen dürfen, um dem Druck der Besamungsstation zu entgehen. Ferner wollte man keine Wasserverbandssteuer mehr zahlen, wenn nicht endlich Meliorationsarbeiten gemacht und pflegende Maßnahmen ergriffen würden. Auch über Direktvermarktung an Betriebe wurde nachgedacht. Dies stellte sich aber zunächst als zu schwierig und teuer heraus. Insgesamt liefen immer alle Forderungen darauf hinaus, positive Maßnahmen zu ergreifen und dem staatlichen Druck durch solidarischen Zusammenschluß zu widerstehen. Das geht örtlich für die Bauern viel leichter als national. Ein (Liefer-)streik ist für Bauern schwer durchzuhalten und auch gar nicht wünschenswert. Deshalb haben dann z.B. auch die Warschauer Verkehrsbetriebe für die Anerkennung der Land-Solidarność gestreikt.

Auf dem Dorf spielt ja gerade auch in Polen die Kirche eine große Rolle. Wie war das Verhältnis der Kirche zu Land-Solidarność?

Sehr positiv. Der Pfarrer war öfters die initiierende Person der Land-Solidarność und hat rechtlichen Beistand geleistet oder auch beim Reden und Schreiben. Die Gewerkschaftsmitglieder haben die Kruzifixe wieder in die Schulen zurückgebracht, sich für den Religionsunterricht eingesetzt oder die Kirchengebäude renoviert.

Welche Ziele vertrat die Land-Solidarność und was wollte sie ändern?

Sie können sich vorstellen, daß es viel zu ändern gibt. Deshalb hatten wir auch ein Programm. Ich will nur wichtige Punkte nennen: Für uns war die Anerkennung des privaten Bodeneigentums ein ganz wichtiger Punkt. Häufig wurden die Bauern gegenüber den staatlichen Betrieben benachteiligt. Z.B. war der Hof durch die Möglichkeit des Gemeindevorstehers, den Betrieb bei „schlechter Wirtschaft“ wegzunehmen, und die Bedingungen der Rentenzahlung immer in Gefahr. Dagegen wollten sich die polnischen Bauern wehren und forderten eine Gleichstellung und Gleichbehandlung zu den genossenschaftlichen und privaten Betrieben.

Das sind ja alles Forderungen, die die Betriebe und das Wirtschaften betreffen. Gibt es darüber hinaus noch andere Aspekte für die Land-Solidarność?

Ja, da ist noch eine wichtige Sache: die gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung auf dem Lande ist unserer Meinung nach vernachlässigt worden. Unser Einfluß auf unser Dorf war ganz gering. Wir hatten nicht die gleichen Chancen, das trug natürlich auch zu einer großen Landflucht gerade der jüngeren Landbewohner bei! Deshalb haben wir mehr Einfluß und vor allem mehr Gleichberechtigung gefordert. Auch wollen wir, daß die Schulen wieder zurück ins Dorf kommen und nicht das Dorf zur Schule. Überhaupt ging es darum, ökonomisches Denken durchzusetzen und zu kontrollieren, statt Gutdünken und Parteiwirtschaft, Schiebung und Bestechung.

Inwieweit waren die Forderungen bis zum Dezember durchgesetzt und wie sieht es heute aus?

Vor dem Dezember war die Land-Solidarność anerkannt, aber die Forderungen noch nicht durchgesetzt: teilweise wurden sie unterlaufen, da sie ja die Macht in Frage stellten. Greifbare Ergebnisse gab es nur in einigen Dörfern. Wie es heute aussieht, darüber haben wir weniger Informationen als aus den Städten. Aus privaten Briefen wissen wir, daß das Dorf sich nicht unterwirft, sich aber ruhig hält. Man hilft sich gegenseitig. In gewisser Weise geht es weiter, andererseits müssen wir erst neu anfangen mit anderen Formen. Die Land-Solidarność existiert weiter, aber versteckt. Eure Lebensmittelhilfe ist eine Linderung, aber keine Beseitigung des Mangels.

Noch eine letzte Frage, Herr Zarzycki. Sie haben einige deutsche Höfe gesehen. Welchen Eindruck haben sie bei Ihnen hinterlassen?

Soweit ich das kurz sehen konnte, ist es eine gute Landwirtschaft mit fleißigen Menschen und schönen Höfen. Vielleicht könnte die Idee der Solidarność hier nützlich sein. Ich weiß, daß sie (das „Bauernblatt“) kritisch der Entwicklung gegenüberstehen – aber wenn wir in Polen nach Vorbildern suchen, werden wir sicherlich die deutsche Landwirtschaft sehr genau untersuchen, weil ja auch viele Rahmenbedingungen (Wetter und Boden) ähnlich sind.

Vergleichszahlen zur Landwirtschaft
Polen und Bundesrepublik Deutschland 1979

	Polen	BRD
Einwohner insgesamt	35 Mio.	61,3 Mio.
Fläche insgesamt	31,3 Mio. ha	24,9 Mio. ha
davon Ackerland	47%	
Grünland	13%	
Wald	27,5%	
Beschäftigte insgesamt	18,4 Mio.	25,7 Mio.
davon in der Landwirtschaft	27%	5,3%
private landwirtschaftliche Betriebe	3065400	807000
durchschnittliche Hofgröße	4,26 ha	14,6 ha

Das *Bauernblatt* wird herausgegeben vom Arbeitskreis junger Landwirte. Es erscheint alle zwei Monate, das Jahresabo kostet 15 DM. Bestellungen an *Bauernblatt*, Oberhofweg 1, 7274 Haiterbach

Fortsetzung:

Sowjetischer Imperialismus

Trotz immer wieder neuer Offensiven gegen das eritreische Volk gelingt es dem äthiopischen Regime nun schon seit 20 Jahren nicht, den Befreiungskampf niederzuschlagen. Große bedeutende Änderungen in dieser Situation sind wohl kaum zu erwarten.

Am Horn von Afrika könnte die SU evtl. ihren Einfluß in Somalia zurückgewinnen, je nach dem, wie tiefgehend die Widersprüche dort sind. Falls allerdings versucht würde, diese Änderung von Außen über Äthiopien zu erzwingen, könnte dies schnell zu einer Konfrontation der beiden Supermächte führen. Denn wenn vielleicht die USA eine innere Umwälzung nicht verhindern könnten, in einem heißen Krieg zwischen Somalia und Äthiopien würde sie sich auf Seiten Somalias stärker engagieren.

Südliches Afrika: Hier sehen die Karten für die SU nicht gut aus. Die beiden Staaten, auf die sich die SU hauptsächlich stützt, Mozambik und Angola, stehen unter erheblichem Druck sowohl von durch Südafrika unterstützte Guerillatruppen und durch Südafrika selber, wie auch durch eine große Krise ihrer Ökonomien. Die Tatsache, daß die Guerillatruppen durch Südafrika unterstützt werden, können schnell zu einer Unterschätzung ihrer Kräfte wie ihrer Basis führen. Von verkappte Söldnerarmeen kann kaum noch die Rede sein bei der angolanischen UNITA und der MNR in Mozambik, weil die ökonomische Krise ihnen von innen her längst größeren Zulauf sichert. Die Bedrohung für die dortigen Regierungen ist also ziemlich existentiell. Dazu kommen die dauernden Aggressionen Südafrikas auf diese Anrainerstaaten, um Guerillabasen der südafrikanischen Befreiungsbewegungen zu bekämpfen oder die SWAPO bis zu 350 km auf angolanisches Gebiet zu verfolgen.

Die sowjetische Position ist also labil. Um wirtschaftlich etwas Luft zu bekommen, hat nun gar Mozambik die Berlin-Klausel der BRD akzeptiert, (deren Ablehnung bisher immer erstes Gütezeichen für eine Bindung an den sowjetischen Block war), um dem Abkommen von Lomé beitreten zu können, mit dem u.a. der Zugang zum EG-Markt erleichert wird. Von Angola könnte derartiges in nächster Zeit auch erfolgen. Gerade in Mozambik und Angola zeigt sich, wie wenig die SU in der Lage war, diesen Ländern nach der Revolution wirtschaftlich auf die Beine zu helfen. Heute heißt es in bürgerlichen Gazetten über Angola, daß die Gulf Oil Company dort mehr Einfluß habe als die SU.

Als wesentlicher Springpunkt für die weitere Entwicklung im südlichen Afrika könnte sich die Namibia-Frage erweisen. Hier laufen gegenwärtig Verhandlungen in New York über eine Unabhängigkeit Namibias. Zwei wesentliche Hindernisse liegen dem noch im Weg. Südafrika will nur bei einem Wahlmodus zustimmen, der einem Wahlsieg der SWAPO entschieden gegenarbeitet. Dieser Wahlmodus ist eine Mischung aus Verhältnis- und Mehrheitswahl, bei dem durch „richtige“ Festsetzung von Wahlbezirken bestimmte Parteien bevorzugt werden können. Diesen Wahlmodus lehnt die SWAPO verständlicherweise ab. Gegebenenfalls könnte hier ein Kompromiß erzielt werden, wenn die USA genügend Druck auf Südafrika ausüben. Sowieso ist eine Unabhängigkeit Namibias keine Existenzfrage für Südafrika. Die USA ihrerseits scheinen vielversprechende Gespräche mit der angolanischen Regierung zu führen über eine Normalisierung der Beziehungen. Die USA möchten eine Unabhängigkeit Namibias koppeln mit einem Abzug der kubanischen Truppen aus Angola. Zwar wurde diese Koppelung von Angola, Kuba und der SWAPO entschieden abgelehnt. Dennoch trägt sich Angola mit diesem Gedanken, weil die kubanischenTruppen schon eine Belastung darstellen und bei einer Unabhängigkeit Namibias mit einem Ende der südafrikanischen Aktionen nach Angola sowie mit einer entscheidenden Schwächung der UNITA gerechnet werden kann. Die angebliche Unentbehrlichkeit der SU und ihrer kubanischen Erfüllungsgehilfen beruht aber gerade auf einer Aufrechterhaltung des Konflikts. Solange die SWAPO den Guerilla Kampf führen muß und z.B. nicht über Wahlen an die Macht gelangt, wird sie auf sowjetische Hilfe angewiesen bleiben. Solange bleiben aber auch Differenzen innerhalb der SWAPO über den künftigen außenpolitischen Kurs untergeordnet. Sie ist jetzt schon gespalten, wobei der „innere Flügel“ als „gemäßigt“ bezeichnet wird. Hier könnten Wahlen also durchaus Bewegung in die Beziehung zur SU bringen, auch wenn nicht unbedingt eine solche Entwicklung wie in Zimbabwe, wo die SU größte Schwierigkeiten hat, zu erwarten ist.

Ähnliches gilt für Angola. Es will jetzt schon aus wirtschaftlichen Gründen stärkere Verbindungen zum Westen. Wenn erst einmal äußere Bedrohungen wegfallen und die kubanischen Truppen verschwinden, könnte dieser Prozeß noch mehr beschleunigt werden.

Schlußfolgerungen: Eine These, daß aus dem sowjetischen Gesellschaftssystem notwendig Expansionismus folgt, muß hier vorausgesetzt werden und kann aufgrund einer Momentaufnahme sowjetischer Einflußmöglichkeiten nicht ausdiskutiert werden. Illustriert wird aber eine entscheidende Schwäche sowjetischer Außenpolitik, die direkt aus der ökonomischen Unterlegenheit des sowjetischen Systems gegenüber dem Kapitalismus entspringt. Mit Entwicklung der Weltwirtschaftskrise wird die sowjetische Außenpolitik geschwächt. Die Krise in der Sowjetunion führt zu einer Einschränkung der wirtschaftlichen Mittel, um Länder der Dritten Welt an sich zu binden. Die Krise in der Dritten Welt, von der auch die Länder mit Bindung an die SU erfaßt sind, führt zu einer Zuwendung an die kapitalistischen Zentren und dies gilt für alle Länder der Dritten Welt. Dies spricht dafür, daß die gegenwärtige Schwäche der sowjetischen Außenpolitik keine vorübergehende ist, sondern tiefere Wurzeln hat, die sich in nächster Zeit noch verstärken könnten.

Die These, daß gerade aus der ökonomischen Schwäche ein verstärkter Zug zum militärischen Engagement folgt, stimmt dann, wenn die SU gleichzeitig eine Basis in Staaten der betreffenden Region hat. Hat sie diese Basis nicht, so sind ihr die Hände gebunden, selbst wenn sie gerne auch militärisch eingreifen würde. Diese Situation ist im Nahen Osten gegeben und könnte sich vielleicht in der nächsten Zeit im südlichen Afrika ergeben. Im Mittleren Osten wartet die SU geradezu auf eine Basis im Iran. Gerade ihre ökonomische Schwäche, wie aber auch vermehrt die Erfahrung mit ihrem militärischen und politischen Eingreifen, machen es für sie immer schwerer, solche Basen zu halten. Bei der Erringung neuer Positionen scheint ihr die USA gegenwärtig eher den Rang abzulaufen. In keiner besprochenen Region außer dem Horn von Afrika ist die SU irgendwie in der Initiative. Das sind die USA zwar auch nicht überall, aber sie haben schon einige Projekte laufen, die die Sowjetunion schwächen. In dieser Situation scheint die SU tatsächlich alles darauf anzulegen, ihre Position zu halten und zu stabilisieren. Bei der Bewertung dieser Tatsache wird aber schnell vergessen, daß sie vorher in ihret Einfluß vorgedrungen ist. Aus den aktuellen Schwierigkeiten des sowjetischen Imperialismus können daher keine voreiligen Schlüsse über die Nichtexistenz eines sowjetischen Expansionismus gezogen werden. Aufgrund des in diesem Artikel dargestellten Materials kann zunächst die Schlußfolgerung gezogen werden, daß der sowjetische Imperialismus in eine Phase des Haltens und Abwartens getreten ist, was ihm aber von den USA zunehmend schwerer gemacht wird.

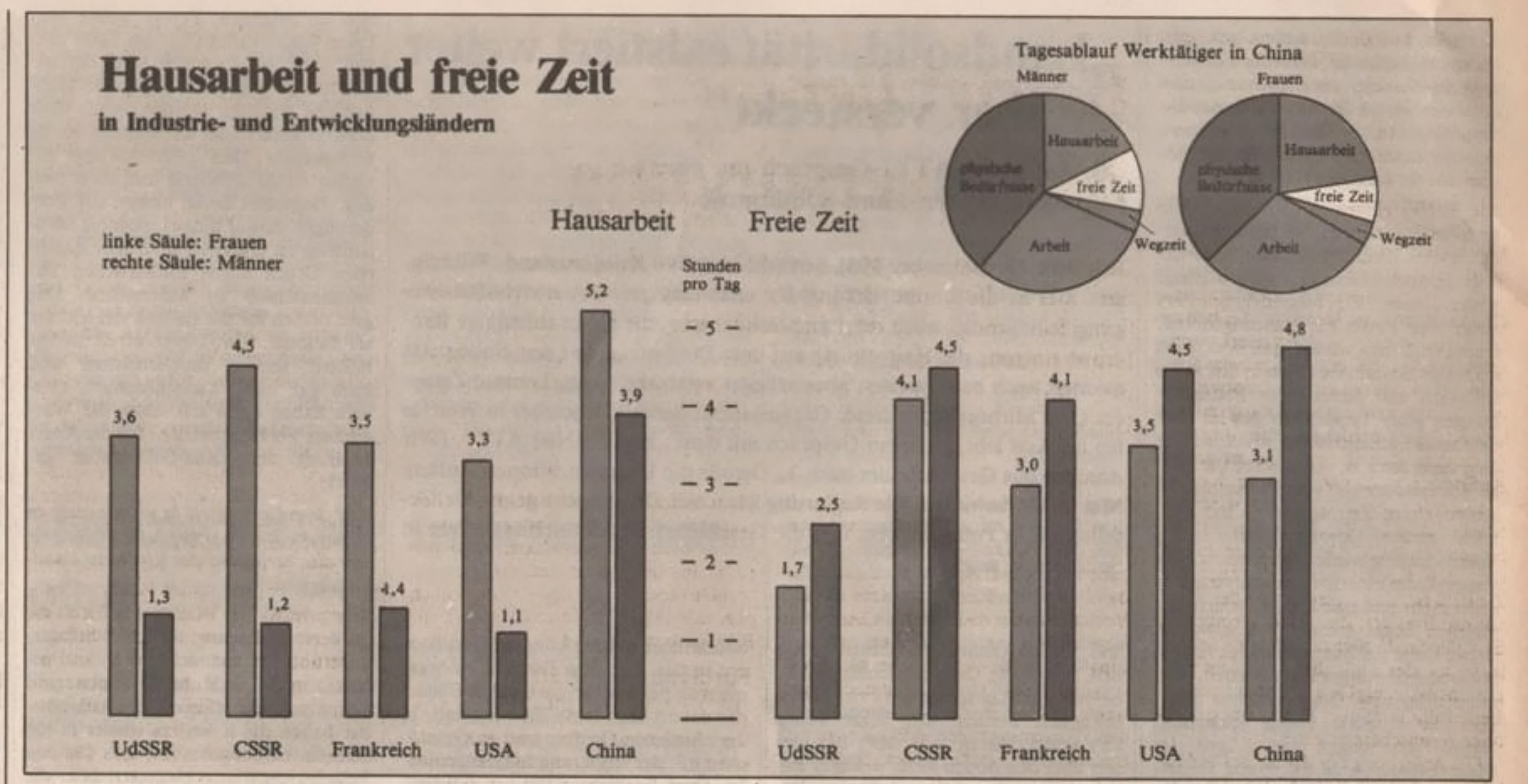
Entwicklungsländer im Sog der Krise

kvz. Die Entwicklungsländer befinden sich in der schwersten Krise seit den 30er Jahren. Ihr Wirtschaftswachstum wird in den nächsten Jahren gering sein, ihre Verschuldung stark zunehmen. Dies stellt die UNCTAD in ihrem in Genf veröffentlichten Jahresbericht 1982 fest. Den Hauptgrund hierfür sieht die Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen in der Abhängigkeit der Entwickungsländer von den Industrieländern.

Die erdölimportierenden Länder sind mit den Folgen der Krise in den Industrieländern konfrontiert, weil sie zum Rückgang des Handelsaustausches und zur Zunahme von Handelsbeschränkungen (Protektionismus) geführt hat. Weiterhin treibt der „Kampf gegen die Inflation" die Zinsen für die stark verschuldeten Entwicklungsländer in die Höhe, und schließlich sinken nicht nur die Verkaufsmengen für Rohstoffe, sondern auch die Preise. So werden die Erlöse der Dritten Welt doppelt getroffen.

Als Hauptmangel der heutigen Weltwirtschaftsordnung bezeichnet es die UNCTAD, daß ein geeigneter Unterstützungsmechanismus in den Bereichen Rohstofferlöse, Handel und Finanzen fehlt. Die Exporteinnahmen werden 1982 stagnieren, das Handelsdefizit wird noch ansteigen. Die Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer dürfte von 400 Mrd. $ Ende vergangenen Jahres auf 466 Mrd. $ Ende 1982 steigen. Der Spielraum auf den internationalen Finanzmärkten ist jedoch eingeengt, die Banken verschärfen ihre Auflagen und verlangen extra hohe Zinsen. Gleichzeitig haben die Industrieländer ihre Entwicklungshilfe real gesenkt, während die vor allem seitens der USA verschärftem Druck ausgesetzten internationalen Institutionen ihre Kredite nur geringfügig erhöhen können.

Abhilfe verspricht sich die UNCTAD von einer Beschleunigung des Handelsaustausches der Entwicklungsländer untereinander.



Daten über den Umfang der Hausarbeit gibt es kaum, der amtlichen Statistik der BRD etwa ist dieses Gebiet ganz fremd. In der neuesten Nummer der englischsprachigen Zeitschrift „Social Sciences in China" findet sich ein Untersuchungsbericht über die Hausarbeit in städtischen Haushalten in China. Die Sozialforscher kommen aufgrund einer Umfrage in zwei alten Industriestädten Nordostchinas zu der Feststellung, der gegenüber den entwickelten Ländern geringe Umfang der freien Zeit werde vor allem durch die ausgedehnte Hausarbeit eingeschränkt. Deshalb fordern sie eine bewußte Ausrichtung der industriellen Entwicklung auf den Konsum, Änderungen in der Stadtplanung, Vergesellschaftung der Hausarbeit. – Dem Aufsatz entnahmen wir auch die Daten für obiges Schaubild. Leider finden sich keine genaueren Angaben zur Berechnung und zu den Quellen, für einen internationalen Vergleich und für die Vorstellung des Problems scheinen uns die Angaben dennoch interessant genug. Man sieht, daß die Frauen in entwickelten Ländern erst recht die Hauptlast der Arbeit tragen.

Die Woche im Rückblick

Eine sinkende Auslastung der Industriekapazitäten hat das Ifo-Institut bei seiner regelmäßigen Umfrage festgestellt. In der Gesamtindustrie waren nur noch 77% der Anlagen ausgelastet. In der Investitionsgüterherstellung lag die Auslastung im Juni mit 78,2% sogar noch unter der Marke des Krisenjahres 1975.

„Hände weg vom Ehegatten-Splitting", fordert Hansjörg Häfele, Haushaltssprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Das sei eine wohlbedachte Haltung im Hinblick auf die im kommenden Jahrzent durch eine Unionsregierung zu vollziehende Stärkung der Stellung der Familie. Der Einwand, das Splitting begünstige hohe Einkommen, sei falsch. Die höhere Einsparung bei höheren Einkommen sei vielmehr eine Folge des progressiven Steuersystems. Die Bundesregierung will das Splitting auf die Fälle begrenzen, in denen die jährliche Steuerersparnis weniger als 10000 Mark beträgt. Das bedeutet, daß Alleinverdiener mit einem Monatseinkommen von über etwa 6000 DM das Ehegatten-Splitting nicht mehr in Anspruch nehmen könnten.

Ab Mitte dreißig sehen die meisten Berufstätigen für sich keine berufliche Aufstiegschance mehr; wenn sie vierzig sind, wechseln sie nur noch selten den Arbeitsplatz, und wenn sie das 50. Lebensjahr überschritten haben, sind sie für den Arbeitsmarkt „Ältere", d.h. sie sind kaum noch zu vermitteln. So faßt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit seine Untersuchung über die Lage älterer Erwerbspersonen zusammen.

Noch kein Abkommen mit den wichtigsten Textillieferanten hat die EG schließen können. Bei Abschluß des dritten Welttextilabkommens hatte die EG sich vorbehalten, davon zurückzutreten, wenn es ihr nicht gelinge, die einzelnen Lieferländer der Dritten Welt zur Beschränkung ihrer Exporte zu zwingen. Mit 13 Staaten sind Einzelabkommen abgeschlossen, aber dies sind alles Länder, die die ihnen zugestandenen Quoten ohnehin nie ausgefüllt haben. Dagegen stehen die Verhandlungen mit Hongkong, Südkorea, Macao, sowie mit Indien, Malaysia und Singapur noch aus. Die EG will die wichtigsten Textilexporteure zu Kürzungen ihrer Lieferungen in die EG um bis zu 12% zwingen.

Ausländische Jugendliche – in jeder Beziehung am äußersten Rande

Immer düsterer wird die Lage in Schule und Berufsausbildung

acm. Schon des öfteren haben wir in Artikeln nachgewiesen, daß sich im Zuge der kapitalistischen Krise auch das Bildungswesen auf eine abschüssige Ebene zubewegt. Es ist ganz offensichtlich, daß Bildung im Kapitalismus den Gesetzen der Profitmacherei unterliegt – und die Folgen die Volksmassen zu tragen haben. Daß im Zuge der Krise die Ausländer zum Schlachtvieh ersten Ranges gemacht werden sollen, zeigt sich an den Maßnahmen von Bund- und Länderregierungen allemal. Daß sich in den letzten sechs Jahren vor allem auch die Lage der ausländischen Jugendlichen in bezug auf Bildung und Ausbildung gravierend verschlechtert, dazu an dieser Stelle einige Nachweise.

Während die Zahl der Ausländer insgesamt im Bundesgebiet in den letzten Jahren gesunken ist, stieg die Anzahl der jugendlichen Ausländer zwischen 15 bis unter 20 Jahren von 1976 auf 1980 um rund 100000 an. Den Hauptanteil machen zweifelsohne hierbei die türkischen Jugendlichen aus. Diese Tendenz wird in den folgenden Jahren keineswegs abnehmen, durch den Neuhinzuzug von Kindern.

Die Entwicklung im allgemeinen Schulwesen

Häufig genug ist von der allgemeinen Chancengleichheit der ausländischen Schüler die Rede. Daß dies Humbug ist, erscheint mittlerweile als offensichtlich. Ohne auf die ganzen Probleme eingehen zu können, die sich durch den immer größer werdenden Anteil von ausländischen Kindern und Jugendlichen für das Schulwesen insgesamt ergeben, sprechen jedenfalls einige Zahlen über den Bildungsgang der ausländischen Schüler eine deutliche Sprache: 82,1% der ausländischen Schüler befanden sich 78/79 an einer Grund- oder Hauptschule. Der Anteil der deutschen Schüler lag bei 57%. Nur 13,6% gingen auf eine weiterführende Schule, während dies bei deutschen Schülern zu 39% der Fall war. Ganz kurz ausgedrückt kommt die katastrophale Lage am besten zum Ausdruck: jeder zweite ausländische Schüler hat *überhaupt keinen* Schulabschluß.

Nun läßt sich aus diesen Ergebnissen noch kein linearer Schluß auf die weitere berufliche Ausbildung ziehen, da ein Zeitraum von einigen Jahren dazwischen liegt. Aber auch eine Momentaufnahme der Lage in der beruflichen Bildung läßt schon die Tendenz erkennen.

Die Lage in der beruflichen Ausbildung

Die unten abgedruckte Tabelle vermittelt uns einen wesentlichen Einblick: Der Anteil der beschäftigten Jugendlichen hat von 76–80 um über 20% *abgenommen*. Durch die in den letzten Monaten weiter ansteigende Jugendarbeitslosigkeit bleiben natürlich weiterhin am meisten die ausländischen Jugendlichen auf der Strecke.

Drückt demgegenüber der aus der Tabelle zu entnehmende steigende Anteil von Jugendlichen an beruflichen Schulen eine gegenläufige, positive Tendenz aus? Keineswegs. Vielmehr geht fast der gesamte Anstieg auf ein gekonntes Abschieben der ausländischen Jugendlichen in die Berufsvorbereitungs- und -Grundbildungsjahre zurück, die keinerlei beruflichen Abschluß enthalten und keineswegs eine Garantie für den Übergang in eine Facharbeiterausbildung bieten. So zeigt eine Untersuchung über den Verbleib von Absolventen der Berufsvorbereitung des Jahres 1980 im Herbst 1981, daß nur 22% der ausländischen Teilnehmer (gegenüber noch 51% bei deutschen Teilnehmern) eine Lehrstelle fand. Das war zwar noch eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr, aber die dominierende Ziffer wird immer mehr der Anteil der ausländischen Jungarbeiter. In diesem Fall 50%. Der klassische Jungarbeiter ist heute nicht mehr der deutsche Hauptschüler, sondern der ausländische Jugendliche und hier vor allem wieder der türkische.

Hat sich der ausländische Jugendliche erst einmal zu einer Lehrstelle durchgekämpft – und das gelingt im Durchschnitt in der BRD nur 20% – dann sind es auf jeden Fall die schlechtesten und am wenigsten aussichtsreichen Berufe, die diese Jugendlichen erlernen sollen. So nimmt es denn auch nicht Wunder, daß in NRW von den 19%, die eine Lehre angefangen haben, 24% die Ausbildung abbrachen. Fast die Hälfte der Auszubildenden nimmt nicht mehr an der Ausbildung in der Berufsschule teil.

Die Frucht dieser ganzen Entwicklung schlägt sich in folgendem Ergebnis über die betriebliche Situation ausländischer Jugendlicher nieder:

Ungelernte Arbeiter	60%
Angelernte Arbeiter	16%
Auszubildende	12%
Facharbeiter/Geselle/Gehilfe	5%
Angestellte	4%
Sonstige	3%

Werfen wir noch einmal einen Blick auf die Tabelle und zwar auf die letzte Spalte „Jugendliche ohne Beschäftigung und Schule". 1976 war „nur" ca. ein Fünftel faktisch ohne jede Ausbildung und Arbeit, 1980 ist es schon mehr als ein Drittel aller ausländischen Jugendlichen, und bei weiter steigender Jugendarbeitslosigkeit dürfte sich der Anteil noch weiter erhöhen.

All diese nackten Zahlen verbergen natürlich in Wahrheit das Elend und die Brutalität in der Wirklichkeit der ausländischen Jugendlichen. Denn das Scheitern einer Ausbildung liegt ja nicht einfach an der Weigerung der Kapitalisten, ausländische Jugendliche auszubilden (ganz im Gegenteil legen die Kapitalisten großen Wert auf diese Arbeitskraft), sondern *erscheint* als Unfähigkeit der Jugendlichen selbst. Allein die sprachlichen Barrieren erdrücken diese Jugendlichen ständig bei der Entfaltung ihrer Potenzen.

So ist denn aus dieser Zustandsbeschreibung deutlich abzulesen, daß es nicht mit Eingliederung in Lehrgänge und Vorbereitungsjahre getan ist, daß auch das Schreien nach mehr Lehrstellen allein keine Änderung der Lage hervorrufen wird. Die gesamten Rahmenbedingungen des allgemeinen und beruflichen Schulwesens wirken als ständige Schranke auf die ausländischen Kinder und Jugendlichen. Wenn beispielsweise der DGB in seinem auf dem letzten Gewerkschaftstag verabschiedeten Forderungskatalog zur „Berufsausbildung für ausländische Jugendliche" die Möglichkeit der anerkannten Vollausbildung in der Berufs*schule* fordert, so ist das zwar gut und richtig, ein grundlegendes Programm zur Bildung und Ausbildung der ausländischen Kinder und Jugendlichen ist dies aber noch keineswegs. Genau das ist aber erforderlich.

Die ausländischen Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 20 Jahren (Wohnbevölkerung)*, darunter sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Beschäftigte in beruflicher Ausbildung + und Schüler an beruflichen Schulen 1976–1980**

Jahr	Jugendliche* insgesamt	Darunter Beschäftigte +	Anteil Spalte 1	Darunter in Ausbildung +	Anteil Spalte 1	Jugendliche an beruflichen Schulen**	Anteil Spalte 1	Jugendliche o. Beschäftigung und Schule ++
	1	2	3	4	5	6	7	8
1976	221000	115300	52,1	30500	13,8	59400	26,9	(46400)
1977	224900	74400	33,1	29500	13,1	59000	26,2	(91500)
1978	233300	73000	31,3	28900	12,4	65000	27,9	(95300)
1979	262900	76600	29,1	30700	11,7	74700	28,4	(111600)
1980	317900	101200	31,8	36500	11,5	101000	31,8	(115600)

* jeweils am 30.09. + jeweils am 30.06. ** jeweils Okt./Nov. ++ Differenz Spalte 2+6 zu Spalte 1
Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Sekrektariat der KMK

Anmerkung:
Die Anzahl der ausländischen Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 20 Jahren an allgemeinbildenden Schulen ist nicht bekannt. Ihr Anteil kann, entsprechend der wachsenden Schülerzahl, für 1976 mit etwa 2 Prozent (4400), für 1980 mit etwa 4 Prozent (12700) der jeweiligen Gesamtzahl der ausländischen Jugendlichen angenommen werden. Dieser Schätzung folgend, würden sich die in Spalte 8 genannten Zahlen entsprechend vermindern; sie beruhen auf der Differenz der Summe von Spalte 2 (Beschäftigte) und Spalte 6 (Jugendliche an beruflichen Schulen) zu Spalte 1. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß in den Spalten 2 und 6 Doppelzählungen enthalten sind. Diese resultieren aus der Zahl ausländischer Auszubildender, die in Spalte 2 als Beschäftigte in beruflicher Ausbildung gezählt werden, aber berufsschulpflichtig sind und damit als Schüler der beruflichen Schulen mitgezählt sind. Ihre Zahl (Spalte 4) liegt über der Zahl der ausländischen Jugendlichen an allgemeinbildenden Schulen, weshalb in Spalte 8 kein Abzug vorgenommen worden ist. Die Angaben in Spalte 8 müssen aus den dargelegten Gründen tatsächlich eher *höher* angesetzt werden, als sich rein rechnerisch ergibt. Sie werden daher als Schätzung bezeichnet und sind als Mindestgrößen anzusehen. Basis ist das Kalenderjahr (Berichtsjahr).

Betriebliche Altersversorgung

In einem ersten Artikel in unserer letzten Ausgabe haben wir die Entwicklung der Betriebsrenten und Manipulationsmöglichkeiten, die die Unternehmen mit diesem Instrument in der Hand haben, dargestellt. Im zweiten Teil des Artikels geht es um die jüngsten gesetzlichen Eingriffe und um die Rolle der Betriebsrenten für die gesamte Altersversorgung.

akr./mig. Mit dem im Januar dieses Jahres verabschiedeten Zweiten Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur ist der seit 20 Jahren gültige Abzinsungsfaktor für die Bildung von Pensionsrückstellungen von 5,5% auf 6% angehoben worden. Nach dem sog. Teilwertverfahren wird vom Zeitpunkt der Zusage, frühestens jedoch vom 30. Lebensjahr an und dem wahrscheinlichen Eintritt des Versorgungsfalles nach versicherungsmathematischen Grundsätzen der jährliche Teilbetrag ermittelt, der aufsummiert das Deckungskaptital ergibt, das beim Eintritt des Versorgungsfalles notwendig ist um die zugesagte Leistung zu erbringen. Das zurückgestellte, d.h aufgeschatzte Kapital wird bis zu seiner Auflösung, d.h. der Zahlung der Betriebsrente, verzinst. Hieran wird der Kreditcharakter der Pensionsrückstellungen deutlich. Der Arbeiter kreditiert den Kapitalisten. Je größer der Zinsfuß ist, desto geringer ist der sogenannte Barwert, dh. desto geringer ist der jährliche rückzustellende Teilbetrag, den der Kapitalist nach dem Einkommenssteuergesetz (§46a) ertragsteuermindernd dem Finanzamt gegenüber veranschlagen kann.

Die Anhebung des Zinssatzes bedeutet also, daß die Kapitalisten die Pensionsrückstellungen zum Teil – nach Schätzungen um 8% – gewinnerhöhend auflösen müssen und künftig nur noch geringere Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen vornehmen können. Die Bundesregierung hatte sich im ersten Jahr 2,5 Mrd. DM Steuermehreinnahmen versprochen. Tatsächlich werden es aber nach Schätzungen des Versicherungsmathematikers Heubeck wahrscheinlich bis 1985 nur 2,3 Mrd. DM sein.

Den Kapitalisten wurde eingeräumt, die Auflösung auf 12 Jahre verteilen zu können. Aufgefangen wird diese Wirkung für die Kapitalisten durch die mit dem 2. Haushaltsstrukturgesetz gegebene Möglichkeit einer besseren Nutzung degressiver Abschreibung und der damit verbundenen Steuerersparnis. Vor allem aber dient dieses Gesetz den Kapitalisten als Argument, weitere Eingriffe in die Betriebliche Altersversorgung (BAV) vorzunehmen. Auf welch hohlen Beinen dies steht, zeigt die „Sanierung" des AEG-Konzerns, wo mit der Drohung des Bankrotts dem Betriebsrat eine Verminderung der Ansprüche aus der BAV um 2/3 abgetrotzt wurde. Durchgängig ist zu beobachten, daß die Kapitalisten versuchen, mit Verweis einerseits auf das neue Gesetz und andererseits auf die Krise erheblich verschlechterte Rentenzusagen durchzusetzen. Z.B. hat kürzlich die Kaufhof AG eine Betriebsvereinbarung über die BAV durchgesetzt, die die spätere Betriebsrente nicht mehr an die Lohnentwicklung des Anspruchsberechtigten koppelt, sondern auf unveränderliche Festbeträge bezieht. Wie das Ifo-Institut untersucht hat, haben von 1977 bis 1980 7% aller Handelsunternehmen mit BAV Leistungseinschränkungen vorgenommen. Dabei muß man bedenken, daß nur 42% aller im Handel Beschäftigten anspruchsberechtigt sind, tatsächlich aber nur 18% aller Beschäftigten in die BAV einbezogen sind.

Forderungen des DGB zur Versorgung im Alter

Die Bedeutung, die der BAV zukommt, läßt sich anhand folgender Zahlen verdeutlichen. Die sog. Eckrente in der gesetzlichen Sozialversicherung (Rente eines Durchschnittsverdieners mit 40 anrechnungsfähigen Dienstjahren) betrug 1980 brutto 44,6% des durchschnittlichen Bruttojahresentgelts. Im Verhältnis zum Nettojahresentgelt betrug die durchschnittliche Jahresrente 63,8%.

Im sozialpolitischen Programm des DGB (1980) heißt es dazu: „Die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung reichen selbst für Arbeiter und Angestellte, die ein langes Erwerbsleben aufzuweisen haben, noch nicht aus, um den erreichten Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Der Abstieg beim Übergang in den Ruhestand wird umso deutlicher, je weniger ein Ausgleich durch zusätzliche Versorgungssysteme geleistet wird. Die bruttolohnbezogene Anpassung soll gewährleisten, daß die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung allmählich in die Lebensstandard-Sicherungsfunk-

tojahresentgelt betrug die durchschnittliche Jahresrente 63,8%.

Im sozialpolitischen Programm des DGB (1980) heißt es dazu: „Die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung reichen selbst für Arbeiter und Angestellte, die ein langes Erwerbsleben aufzuweisen haben, noch nicht aus, um den erreichten Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Der Abstieg beim Übergang in den Ruhestand wird umso deutlicher, je weniger ein Ausgleich durch zusätzliche Versorgungssysteme geleistet wird. Die bruttolohnbezogene Anpassung soll gewährleisten, daß die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung allmählich in die Lebensstandard-Sicherungsfunk-

tion hineinwachsen. Solange die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung hierzu noch nicht ausreichen, nehmen die Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung eine wichtige Ergänzungsfunktion wahr."

So etwa hat auch der 13. Gewerkschaftstag der IG Metall 1980 ausdrücklich gefordert, das soziale Sicherungssystem fortschrittlich weiter zu entwickeln und in diesem Zusammenhang „die Fortentwicklung und den Ausbau der betrieblichen und sonstigen Einrichtungen der Zusatzversorgung als Instrument zur Verwirklichung des Ziels der Gesamtversorgung" gefordert (Entschließung Nr. 15 der Sozialpolitik).

Die Höhe der Gesamtversorgung ist ebenfalls in Ansätzen im Sozialpolitischen Programm des DGB behandelt; darin heißt es: „Nach gewerkschaftlicher Auffassung soll allen Arbeitnehmern – unabhängig von der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Alterssicherungssystem bzw. vom Beschäftigungsstatus – nach einem erfüllten Arbeitsleben die Aufrechterhaltung des bisher erreichten Lebensstandards ermöglicht werden. Dies erfordert ein Alterseinkommen, das nicht unterhalb von 90% des Nettoeinkommens eines vergleichbaren Erwerbstätigen liegt."

Wie dieses Ziel erreicht werden kann, dazu hat Karl-Heinz Janßen, zuständiges Vorstandsmitglied für Sozialpolitik der IG Metall, folgende Ausführungen gemacht: Nach Auffassung der IG Metall wäre die beste Lösung zur Durchführung der Gesamtversorgung eine Bundesrentenversicherung, in der alle gesetzlichen Rentenversicherungen, die betrieblichen Altersversorgungseinrichtungen und langfristig auch die Beamtenversorgungen und die ständischen Versorgungseinrichtungen zusammengefaßt werden sollten. Für die praktische Verwirklichung des 90%-Zieles will die IG Metall folgenden Plan Schritt für Schritt durchsetzen:

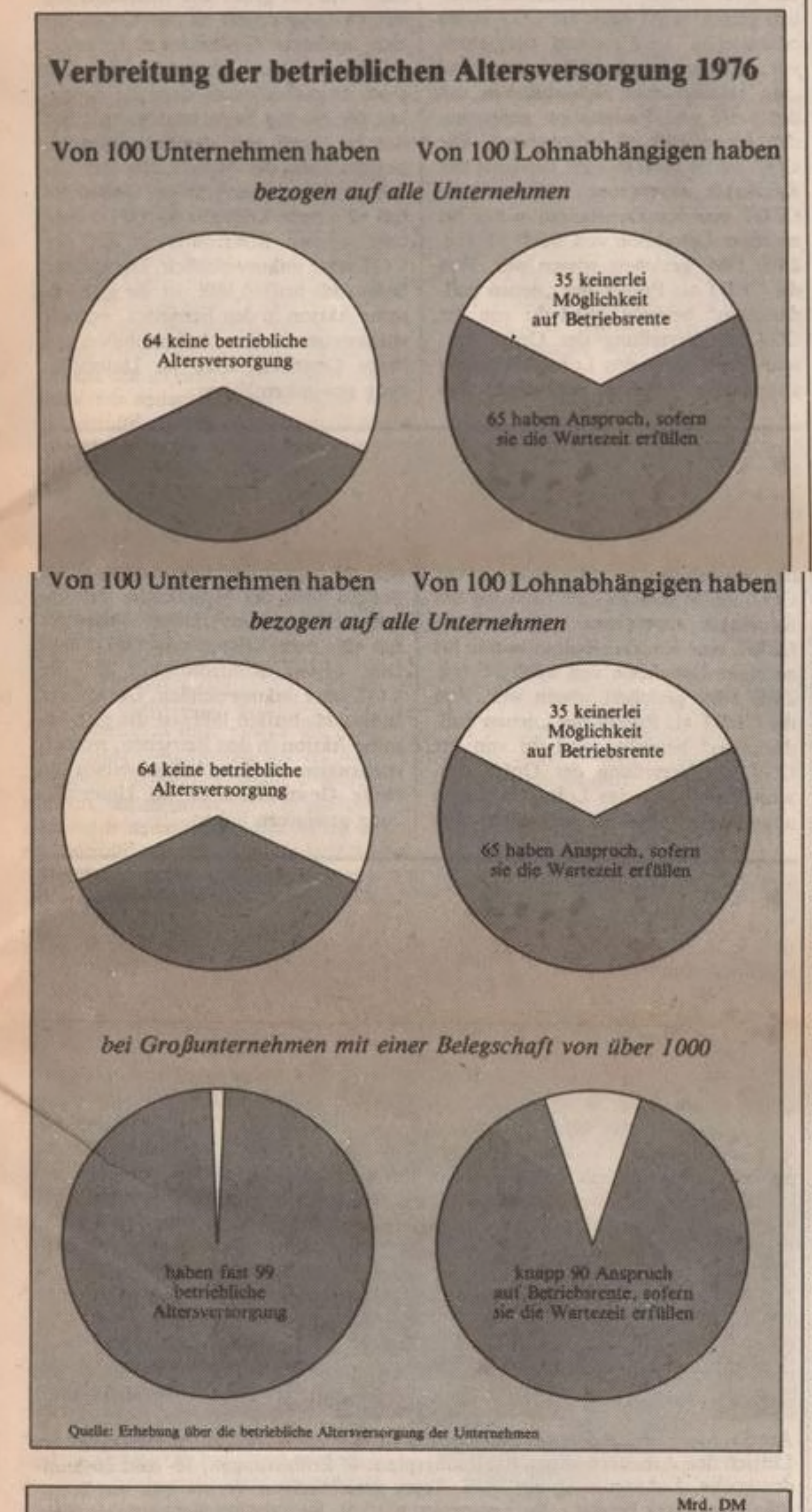
Erstens, die Renten derjenigen, die keine Betriebsrente erhalten, sollen durch Tarifvertrag oder Gesetz bis zur durchschnittlichen Gesamtrente aufgestockt werden. Zweitens, die Besitzstände derjenigen, die mit einer Gesamtversorgung von mehr als 90% rechnen können, sollen bis zu einem gewissen Stichtag gewahrt und danach schrittweise auf die Zielgröße abgebaut werden. Die Unternehmen, die über ihre Betriebsrenten für mehr als 90% sorgen, sollen die durch die Begrenzung freiwerdenden Mittel in einen Fonds einzahlen. Drittens, die höheren und niedrigeren Ansprüche sollen durch die Arbeitgeber über diesen Fonds ausgeglichen werden. Viertens, auch die Beamten sollen über dieses System integriert werden, wobei Besitzstände gewahrt werden sollen. Fünftens, für besonders hohe Einkommen (Beispiel: Vorstandsmitglieder) soll eine Obergrenze festgelegt werden. Für darüberhinausgehende Alterseinkommen gelte Eigenvorsorge. Sechstens, Risiken der Bevölkerungsentwicklung sollen durch einen zusätzlichen Arbeitgeberbeitrag (Maschinenbeitrag) abgedeckt werden. (nach Handelsblatt vom 3.12.80)

Obgleich hier noch nichts darüber ausgesagt ist, wie dieser Fonds im einzelnen verwaltet werden soll, scheint uns dieser Vorschlag sehr vernünftig.

Darüber hinaus sind nach Auffassung von Gerd Muhr, Verantwortlicher für Sozialpolitik im DGB-Vorstand, folgende Änderungen im Betriebsrentengesetz notwendig: „Der sozialpolitischen Zwecksetzung als zweiter Säule der Altersversorgung zu dienen, wird ... die betriebliche Altersversorgung nur gerecht, wenn auch bei einem Betriebswechsel vor dem 35. Lebensjahr und vor Erreichen einer Betriebszugehörigkeit von 10 Jahren Anwartschaften nicht mehr verfallen. (...) Zunehmend wird von den Arbeitnehmern eine größere Mobilität gefordert und durch die technologische Entwicklung häufig erzwungen. Dann ist es aber nicht gerechtfertigt, einerseits durch eine Betriebsrentenzusage eine Bindung des Arbeitnehmers an den Betrieb zu erzeugen und andererseits die Frage, ob eine ausreichende betriebliche Altersversorgung von einem Arbeitnehmer auch erdient wird, gleichsam wie in einem Lotteriespiel dem Zufall zu überlassen." (Muhr: Rückblick und Ausblick auf die betriebliche Altersversorgung aus gewerkschaftlicher Sicht, in: Betriebliche Altersversorgung im Umbruch, Westberlin 1980, S. 93 ff.)

In diesem Artikel fordert er darüberhinaus die Anpassung der Betriebsrenten entsprechend der allgemeinen Einkommensentwicklung und die Dynamisierung auch der unverfallbaren Anwartschaften des vor Erreichen des Pensionierungsalters ausgeschiedenen Lohnabhängigen.

Anmerkung der Redaktion:
Die beiden Autoren sind bereit, Lesern der Zeitung, die in ihrem Betrieb Probleme im Zusammenhang mit der betrieblichen Altersversorgung haben, zu unterstützen. Anfragen werden über die Redaktion weitergeleitet.



Längst haben die einzelnen Unternehmen für die betriebliche Altersversrogung bedeutend mehr Mittel angesammelt, als die Rücklagen der gesetzlichen Rentenversicherung ausmachen. Finanziert werden damit Investitionen.

Dem Betriebswohl ausgeliefert

frb. In seinem jüngsten Urteil zur betrieblichen Altersversorgung hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) erhebliche Rentenkürzungen im Falle des Konkurses für rechtens erklärt. Geht ein Unternehmen pleite, so hat an sich der Pensions-Sicherungs-Verein die Rentenzahlung zu übernehmen. Diese Versicherung aber kürzt die Rente, wenn sie vor der vorgesehenen festen Altersgrenze in Anspruch genommen wird, um 0,5% für jeden Monat, den sie „zu früh" in Anspruch genommen wird. Das BAG hat diese Regelung nun

list die Einigungsstelle einschalten; gegen deren Spruch wiederum kann das Arbeitsgericht angerufen werden.

Insofern ist der Betriebsrat nicht in derselben Weise autonom wie die Tarifvertragsparteien. Denn, so das Bundesarbeitsgericht in seiner Rechtsprechung, trotz Kündigungsschutz sei die Beeinflussung der Betriebsratsmitglieder seitens der Unternehmensleitung nicht auszuschließen und auch sei dem Betriebsrat das Mittel des Arbeitskampfes verwehrt. Daher unterliegt die ablösende Betriebsvereinbarung, d.h.

Dem Betriebswohl ausgeliefert

frb. In seinem jüngsten Urteil zur betrieblichen Altersversorgung hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) erhebliche Rentenkürzungen im Falle des Konkurses für rechtens erklärt. Geht ein Unternehmen pleite, so hat an sich der Pensions-Sicherungs-Verein die Rentenzahlung zu übernehmen. Diese Versicherung aber kürzt die Rente, wenn sie vor der vorgesehenen festen Altersgrenze in Anspruch genommen wird, um 0,5% für jeden Monat, den sie „zu früh" in Anspruch genommen wird. Das BAG hat diese Regelung nun sanktioniert.

Im betreffenden Fall hatte ein Prokurist geklagt; meist klagen in solchen Fällen leitende Angestellte, das Urteil aber ist allgemeingültig. Der gute Mann also hatte 26 Monate vor Erreichen der Altersgrenze die Auszahlung seiner Betriebsrente verlangt. Nicht aus freien Stücken, nein, weil sein Arbeitgeber in Konkurs gegangen war. Zuständig war damit der Pensions-Sicherungs-Verein, und der zog ihm von seiner Betriebsrente $26 \times 0{,}5 = 13\%$ ab. Nur wenn das Unternehmen ausdrücklich auf einen solchen Abschlag verzichtet hätte, könnte auch der Sicherungs-Verein nicht kürzen.

Ohnehin ist der Lohnabhängige geschädigt, wenn die Höhe seiner Betriebsrente von der Dauer der Betriebszugehörigkeit abhängig ist. Aber hier geht es um einen *Abschlag*. Bislang noch hatte das Kasseler Gericht solche Abschläge für nicht gerechtfertigt gehalten, wenn der Betroffene aufgrund der Versorgungsvereinbarung mit einem Abschlag bei Ausschöpfung der gesetzlichen Möglichkeiten zum vorzeitigen Bezug seiner Betriebsrente nicht rechnen mußte. Denn nach §6 des Betriebsrentengesetzes kann jeder Lohnabhängige vorzeitige Betriebsrente beziehen, wenn er Anspruch auf vorzeitige Rente in der gesetzlichen Rentenversicherung hat. Anders aber sei dies im Fall des Konkurses, hat das Gericht jetzt entschieden.

Die vorzeitige Verrentung wegen Pleite des Kapitalisten kann so, da sie frühestens mit dem 60. Lebensjahr möglich ist, zu einer Kürzung der Betriebsrente um bis zu 30% führen. Wie verlautet, sind Rentenkürzungen der beschriebenen Art „gar nicht so selten".

Der Fall wirft aber auch die Frage auf, wie sicher die Betriebsrenten eigentlich sind. Zwei Möglichkeiten hat das Unternehmen, bestehende Regelungen zu ändern. Im Falle von Individualzusagen muß es eine Änderungskündigung aussprechen, die entsprechend dem Kündigungsschutz unterliegt. Der Normalfall aber ist, daß mit dem Betriebsrat – und zwar in der Regel mit dem Gesamtbetriebsrat – über eine *ablösende Betriebsvereinbarung* verhandelt werden muß. Stellt sich der Betriebsrat quer, so kann der Kapitalist die Einigungsstelle einschalten; gegen deren Spruch wiederum kann das Arbeitsgericht angerufen werden.

Insofern ist der Betriebsrat nicht in derselben Weise autonom wie die Tarifvertragsparteien. Denn, so das Bundesarbeitsgericht in seiner Rechtsprechung, trotz Kündigungsschutz sei die Beeinflussung der Betriebsratsmitglieder seitens der Unternehmensleitung nicht auszuschließen und auch sei dem Betriebsrat das Mittel des Arbeitskampfes verwehrt. Daher unterliegt die ablösende Betriebsvereinbarung, d.h. die Verschlechterung der Versorgungsvereinbarung, der *Billigkeitskontrolle* durch die Arbeitsgerichte. Auf solche Weise soll eine „unbillige Änderung" der alten Betriebsvereinbarung verhindert werden.

Im Rahmen dieser Billigkeitskontrolle hat das Bundesarbeitsgericht einige allgemeine Grundsätze entwickelt. Da wird einmal festgestellt, daß der Einzelne nicht auf den unveränderten Fortbestand einer einmal gegebenen Zusage vertrauen kann. Andererseits aber wird auch für jede ablösende Betriebsvereinbarung eine ausdrückliche begründende Rechtfertigung verlangt, was meist die wirtschaftliche Lage des Unternehmens, die Änderung der Steuer- oder Sozialabgabenbelastung oder der Abbau einer „Überversorgung" ist.

Wichtig ist, daß in bereits laufende Renten und in unverfallbare Anwartschaften bereits ausgeschiedener ehemaliger Betriebsangehöriger nicht mehr eingegriffen werden kann. Bei allen aktiven Beschäftigten ist als Mindestanspruch die Anwartschaft aufrechtzuerhalten, die sich zum Zeitpunkt der Neuordnung auf Basis der abgelösten Versorgungsregelung ergeben hätte. Das sind die „erdienten Anwartschaften", die mehr umfassen als die „unverfallbaren Anwartschaften".

Frei zur Disposition stehen die im Laufe weiterer Betriebszugehörigkeit noch erdienbaren Zuwächse und Steigerungen der Betriebsrente. Und das nutzen die Kapitalisten gerade gegenwärtig aus – und werden es erst recht ausnutzen, nachdem sie die Bundesregierung dazu noch aufgestachelt hat.

Will man zusammenfassen, so ergibt sich, daß gesetzliche Regelungen und die Rechtsprechung zwar weitgehend verhindern, daß die bereits „erdienten" Rentenansprüche nachträglich kassiert werden, andererseits folgt aus der *betrieblichen* Regelung notwendig, daß die Verteidigung der erreichten Rentenbemessung ganz vom Kräfteverhältnis im betreffenden Unternehmen abhängt. Und auf dieser Ebene ist das einzelne Kapital immer im Vorteil, lastet die Folgen *seiner* Schwäche den Arbeitern auf. Auch von daher drängt sich eine übergreifende Absicherung und der Einbau der Betriebsrente in die allgemeine gesetzliche Rente auf.

Indiens längster Streik:

Seit 8 Monaten Kampf der Textilarbeiter

acm. Seit dem 18. Januar werden die 62 Baumwollspinnereien Bombays von den 250000 Textilarbeitern bestreikt. Es geht um die Durchsetzung einer Teuerungszulage – insbesondere um der Inflation der letzten 2 Jahre (bei Lebensmitteln um 50%) zu begegnen – und bezahlten Urlaub. Die Baumwollkapitalisten lehnen jegliche Verhandlung mit den Streikenden ab, da noch ein Vertrag mit der regierungstreuen Gewerkschaft besteht, von der sich die Arbeiter aber schon abgewandt haben. Der Streik wird von einem landesweit bekannten und von den Kapitalisten gefürchteten Mann geführt: Datta Samant, ehemaliger Arzt und bekannter Streikführer.



Bombay. Die Stadt der Textilindustriebarone. Wo einerseits der Profit seit Jahrzehnten gedeiht, da blüht für die Produzenten nur das Elend.

Im vergangenen Jahr hatte er beim

Im vergangenen Jahr hatte er beim Premier Automobilwerk einen Mindestlohn von 1000 Rupien (250 DM) statt der bisherigen 650 durchgesetzt, beim Eisen- und Stahlwerk Mukand eine Lohnerhöhung um 450 Rupien usw. Ihm ist es in den Streiks gelungen, das völlig zersplitterte Gewerkschaftswesen zu überwinden. Allein in dem Industriegürtel Bombay-Thane-Poona konnte er 5000 Einzelgewerkschaften mit ca. 160000 Mitgliedern in eine einheitliche Front bringen. Es ist klar, daß Damant innerhalb der Arbeiterbewegung eine ungeheure Popularität hat, denn er hat seit 1977 schon mehrere Streiks organisiert und zum erfolgreichen Abschluß gebracht.

Bombay, daß ist *das* Zentrum der indischen Textilindustrie. Hier werden mehr als ein Viertel der in Indien maschinell gefertigten Stoffe hergestellt und 60% des Exports. Die 250000 Arbeiter in den Textilfabriken stellen mehr als ein Drittel aller gewerblichen Beschäftigten in dieser größten Industriestadt Indiens, und zwei Millionen Menschen leben von den Löhnen dieser Arbeiter. Seit über hundert Jahren beuten die indischen Textilbarone hier die Arbeiter zu Hungerlöhnen aus, mit einem Maschinenpark, der dem Beginn des industriellen Zeitalters entsprungen ist. Ihr spezielles System haben sie mit dem *badli* gefunden. Dies bedeutet das System der Tagesarbeit. Vierzig Prozent aller Textilarbeiter werden täglich als Springer eingesetzt, mit einem Lohn, der weit unter dem gesetzlichen Minimum liegt. Die Kapitalisten haben soviel Profit aufgehäuft, daß sie diesen monatelangen Streik bislang durchgestanden haben.

Aber wie halten die 250000 Textilar-
standen haben.

Aber wie halten die 250000 Textilarbeiter diesen Streik durch, wo es keine gewerkschaftliche Streikkasse gibt und damit keinerlei Unterstützung für die Arbeiter und ihre Familien? Nach Korrespondentenberichten sind ein Großteil der Textilarbeiter zusammen mit ihren Familien einfach aus den dreckigen Mietskasernen, Stadtteilen und Slumgürteln ausgezogen und in ihre ehemaligen Dörfer heimgekehrt, um sich hier einigermaßen über Wasser zu halten. Wäre für die Arbeiter nicht dieses „Hinterland" vorhanden, der Streik dürfte längst zusammengebrochen sein, oder Tausende wären in Bombays Straßen verhungert. Bislang jedoch scheint die Streikfront nicht zu wackeln. Die Parole heißt: durchhalten, und Bombays Straßen, Häuser und Fabriken sind mit Kampfparolen ausgestattet. Es wird für möglich gehalten, daß der Streik noch weitere drei bis sechs Monate andauert.

Arbeitsgericht: Frage nach Schwangerschaft unzulässig

kvz. Nach einem Urteil der Fünften Kammer des Arbeitsgerichtes Frankfurt ist es für die Personalchefs unzulässig, Frauen bei der Einstellung nach einer möglichen Schwangerschaft zu befragen. Im vorliegenden Fall hatte sich eine 23jährige als technische Zeichnerin geworben. Beim Ausfüllen des Fragebogens ließ sie die Frage, ob sie schwanger sei, unbeantwortet. Daraufhin fragte der Personalleiter nach und sie erklärte, sie erwarte kein Kind. Einen Tag, nachdem sie ihre Arbeit antrat, überreichte sie dem Vorgesetzen ein Schwangerschaftsattest ihres Arztes. Die Firma kündigte der Frau daraufhin wegen arglistiger Täuschung. Der Prozeßvertreter vom Arbeitgeberverband der hessischen Metallindustrie führte vor dem Arbeitsgericht aus, die Frage nach einer möglichen Schwangerschaft sei uneingeschränkt zulässig. Dieser erklärte auch, die Frage nach der Zeugungsfähigkeit des Mannes sei statthaft, denn schließlich könne sich der Verlust der Zeugungsfähigkeit auch auf die Arbeit auswirken. Die Fünfte Kammer hielt dagegen alle diese Fragen für einen Eingriff in die Intimsphäre und damit für unzulässig. Dabei bezogen sich die Richter auf eine neue Bestimmung, die in das Bürgerliche Gesetzbuch eingeführt worden sei (Paragraph 611a), der die Gleichbehandlung von Mann und Frau am Arbeitsplatz vorschreibe. „Arglistige" Täuschung könne also schon in soweit nicht vorgelegen haben, weil die Frau die Frage überhaupt nicht zu beantworten brauchen. (Az.: 5 Ca 534/81)

Streß ist die Ursache für Rauchen und Trinken

kvz. Was landläufig jedem bekannt ist, der arbeitet, findet sich nun in einer Studie der Kölner Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung bestätigt: Je mehr Streß während und durch die Arbeit, um so größer ist der Konsum von Alkohol und Zigaretten. Elf Prozent (von 2000 Befragten) erklärten, in ihrem Betrieb werde täglich Alkohol getrunken. Je nach Arbeitsbelastung steigt der Alkoholkonsum an. 23% der als sehr stark belastet bezeichneten Arbeiter haben bei ihrer Arbeit stets Alkohol in greifbarer Nähe. Von den genannten trinken 17% regelmäßig mehr als 280 Gramm reinen Alkohol pro Woche auf der Arbeit. Zu etwa gleichartigen Ergebnissen kam die Befragung bezüglich des Zigaretten rauchens. 25% rauchen mehr als 15 Zigaretten täglich auf der Arbeit, auch hier im Bereich der Schwerstarbeiter. Ein weiteres Produkt der Arbeitshetze und des Stresses in den Fabriken und Büros: 63% der Frauen mit hoher Arbeitsbelastung mußten entstehendes Unwohlsein mit Schmerzmitteln bekämpfen. Natürlich kommt die Studie letztlich auch zu dem Ergebnis, daß die Folgen des Stresses, der Überarbeit dann auch in den Bereich der Reproduktion durchschlagen. Im Verbund mit Existenzangst und privaten Problemen setzen sich dann die Höchstraten von Alkohol- und Zigarettenkonsum fort.

Gewerkschaften in Frankreich – Das Jahr Null der Aktionseinheit

Im September werden die Gewerkschaften über ihre Haltung zur Regierungspolitik beraten.

cof. Der Lohnstopp und die übrigen Maßnahmen, die die französische Regierung als Antwort auf die Wirtschaftskrise verordnet hat, stellen die Gewerkschaften auf eine harte Probe. Im September werden Krasucki (CGT) und Edmond Maire (CFDT) zu einem Gipfeltreffen zusammentreten, dem ersten seit der Aufkündigung des gemeinsamen Bündnisses 1980. Zur gleichen Zeit wird auch eine Begegnung der Vorsitzenden der drei nächstwichtigsten Gewerkschaften (Force Ouvrière – FO, Gewerkschaftsbund christlicher Arbeiter – CFTC, Allgemeiner Verband der Führungskräfte – CGC) stattfinden.

In den Betrieben können diese Gewerkschaften zusammen etwa 12% der Stimmen erzielen, gegenüber rund 40% für die CGT und etwas über 20% für die CFDT. Sie wollen prüfen, ob eine gemeinsame Demonstration gegen die Lohnblockade angemessen ist. Das wäre die erste Aktion dieser Art.

Dagegen ist ein gemeinsames Handeln der stärksten Gewerkschaften bislang kaum in Sicht. Beide sehen in der Regierung einen „Partner" für eine schrittweise Transformation der Gesellschaft, sind von der jüngsten Entwicklung enttäuscht, stehen aber im Clinch. Das erschwert mit Sicherheit eine gemeinsame Initiative, die so nötig wäre, um bisher erzielte Erfolge zu sichern und Gegenmachtpositionen zu errichten, auf die sich die Regierung stützen könnte und auch müßte. „Die Ideologie der CGT, ihre Auffassung vom Klassenkampf und vom Sozialismus, ihre politisch-gewerkschaftliche Strategie steht unserer Konzeption total entgegen", bemerkte Maire auf dem Kongreß der CFDT.

Umgekehrt hat die CFDT in den Au-
Kongreß der CFDT.

Umgekehrt hat die CFDT in den Augen des einst „bevorzugten Bündnispartners" CGT trotz ihrer Bemühungen, angesichts einer Rechtsregierung akzeptable und glaubwürdige Forderungen zu vertreten, inzwischen längst jeden Hauch von klassenmäßiger Politik abgestreift, mit dem sie in den 70ern angefangen habe, sich zu umgeben. Gegenüber einer CGT, deren „Gravitationszentrum" die Suche nach Antworten auf die im Klassenkampf sich stellenden Probleme sei, sei die CFDT „geeignet, ständig hin- und hergerissen zu werden, empfänglich für den starken ideologischen Druck der Bourgeoisie wie für den Reformismus in jeder Hinsicht, auf gewerkschaftlicher wie politischer, nationaler und internationaler Ebene" (Krasucki in seinem im Herbst 1980 erschienenen Buch „Gewerkschaften und Einheit"). Die CFDT sei an ihren Ausgangspunkt von 1964 zurückgekehrt (als sie sich von der christlichen sozialen Moral trennte, woraufhin eine Minderheit, vor allem Angestellte und Bergarbeiter, austraten und den heutigen christlichen Gewerkschaftsbund gründete). Während die CGT im Grunde für eine Einheitsgewerkschaft – unter ihrer Führung – eintritt und folglich jede andere Gewerkschaft als gefährlichen Konkurrenten ansieht, beharrt die CFDT allein schon aus Selbsterhaltungsgründen auf dem gewerkschaftlichen Pluralismus und sieht darin eine Bereicherung der Demokratie.

Symbolische Schritte wie die gegenseitige Einladung zu den Kongressen beider Gewerkschaften vermögen mithin die tiefe Kluft nicht zu überdecken. Sehr vorsichtig sprach Maire – entgegen dem Willen einer starken Minderheit der Delegierten – von der CGT als dem „potentiell wichtigsten Partner". Die beiden Vorsitzenden wissen also, daß es bei ihrer Begegnung im September nicht um eine ideologische oder programmatische Annäherung gehen wird, sondern darum, zu prüfen, auf welchen Ebenen sich eine punktuelle Einheit für begrenzte Ziele erreichen läßt. Doch selbst die Chancen einer solchen Aktionseinheit scheinen gering, wirft doch die CGT ihrem potentiellen Verbündeten permanent vor, die Regierung zurückzuzerren und „ein fatalistisches Sich-abfinden mit der Krise und Resignation gegenüber der Austerität" zu propagieren. Die CGT werde niemals eine Senkung der Kaufkraft akzeptieren, während die CFDT eine Kaufkraftgarantie nur bis zu einer Lohnhöhe von 6800 FF (ca. 2500 DM) gesichert wissen will. Was die CFDT als Politik der „neuen Solidaritäten" betreibt, wird ihr von der CGT als Verteilung der Opfer ausschließlich unter den Lohnabhängigen angekreidet. Einzig gegenüber den Kürzungen bei der Sozialversicherung zeichnet sich eine Einheit der beiden Gewerkschaften ab.

Werden sie sich von den Reformisten eine Lektion in Gewerkschaftseinheit erteilen lassen müssen? Wird hier eine Verweigerungsfront gegenüber der Regierung errichtet? Es sieht nicht so aus. Die FO will die Regierung nicht in Schwierigkeiten bringen, anders die CGC. Auch hier wird es nur zu punktuellen Übereinstimmungen kommen, da die FO kein Interesse an einem Kartell der „gemäßigten Reformisten" hat, wie es Christen und „Führungskräfte" anstreben. Dagegen ist sie mit der CGC einig in der Betonung, daß die Lohn*hierarchie* verteidigt werden müsse, während die christlichen Gewerkschafter für mehr Solidarität für die „Nacktesten" plädieren.

Zwischen dem religiös neutralen Reformismus der FO, dem Korporativismus der CGC und dem katholischen Syndikalismus sind die Differenzen nach wie vor groß. Die Aufforderung des CGC-Sprechers an alle Kader, die sich anderen Gewerkschaften angeschlossen haben: „Verlassen Sie sofort diese Organisationen, denn sie bedeuten für Sie die Selbstzerstörung", hat das im April erst deutlich gemacht. Sollten Teile der Mittelklasse sich davon angesprochen fühlen, bedeutete das eine neue Krise für die CFDT und eine weitere Konfrontation mit der CGT wäre unausweichlich. Das einzige Indiz, das hoffen läßt, ist die gemeinsame Aktion in den Betrieben, wo beispielsweise in den Automobilwerken beide Gewerkschaften an Unterstützung gewonnen haben.



Am 31. März verkündete der Besitzer von *Lempereur* im belgischen Grivegnée bei Lüttich den Arbeitern seinen Sanierungsplan: 45 Entlassungen, 38- statt 36-Stundenwoche, Lohnsenkung um 18%. Trotz gerichtlichem Verbot hält die Belegschaft das Werk besetzt. „Bei Lempereur wird die Rentabilität nicht auf dem Weg des sozialen Rückschritts gehalten", steht auf dem Transparent.

Das Hin und Her um das Omnibuswerk in Mainz ist noch nicht beendet

siw.Mainz. Wie bereits in KVZ 31 Seite 12 berichtet, hat die IVECO-Geschäftsführung die Verkaufsverhandlungen wegen dem Mainzer Omnibuswerk Magirus Deutz platzen lassen, um die Konkurrenz auf ihren Absatzmärkten geringer zu halten. Stattdessen sollen die 1400 Beschäftigten entlassen werden.

Inzwischen wurde vom Arbeitsamt und der IHK ein Krisenstab gebildet, um den Kapitalisten in näherer und fernerer Umgebung die Möglichkeit zu bieten, sich die Rosinen aus dem Kuchen zu picken, sprich die qualifizierten Arbeitskräfte bei Bedarf aussuchen zu können. Auf Anfrage erhalten sie die Berufsliste der Magirus-Beschäftigten zugestellt. 170 Beschäftigte wurden auf diese Weise schon vermittelt, wobei laut Mainzer Allgemeine Zeitung im Unterschied zu bisher „bei etlichen anderen Betrieben die Bereitschaft zur Schichtarbeit vorausgesetzt werden müsse" sowie „finanzielle Einbuße. Denn: die Metallbranche zahle heute mit die höchsten Löhne. Damit ist es beim Überwechseln in einen anderen Tarifbereich vorbei." Auch die kleinen Handwerksbetriebe haben schon Bedarf für 130 Beschäftigte angemeldet. Mit dem entsprechenden ideologischen Druck auf die Beschäftigten von Magirus nimmt das ganze schon Züge eines offenen Sklavenmarktes an. Und die ganze bürgerliche Propaganda, hiermit würden Arbeitsplätze erhalten, ist sowieso hohl, weil für die neu Eingestellten entweder andere entlassen werden oder keine neu Auszubildenden eingestellt werden brauchen. Einzig die Senkung der Lohnkosten kommt dabei heraus, was im Zusammenspiel von Arbeitsamt und Kapitalistenverband IHK betrieben wird.

Inzwischen hat auch wiederum das angrenzende „Mainz Industries Panzerwerk" der US-Armee Interesse an dem Werksgelände von Magirus und etwa die Hälfte der Belegschaft bekundet (Metallfacharbeiter, Sattler, Schreiner). Bereits jetzt arbeiten dort 2500 Beschäftigte unter militärischer Aufsicht. Dieses Werk ist das einzige von 12 US-Depots außerhalb der USA. Hier werden Waffensysteme der US-Truppe in ganz Europa gewartet oder auch auf neuesten technischen Stand umgerüstet. Auch für andere NATO-Armeen werden Aufträge durchgeführt. Das jetzige Unternehmen platze bereits aus den Nähten. Damit würden 700 Beschäftigte von Magirus direkt in den Sog der US-Rüstungspolitik kommen. Und an der Sicherheit dieser Arbeitsplätze selbst in der nächsten Zeit kann man schon Zweifel bekommen, sind die USA doch dabei, Panzerverbände nach Norddeutschland zu verlegen, wobei aus strategischen Gesichtspunkten eine Dezentralisierung der Reparatur- und Umrüstungsmöglichkeiten in Betracht kommen kann. Der Vertrag für das Panzerwerk zwischen US-Armee und Bund läuft jeweils nur für 1 Jahr und muß dann erneuert werden. Zugleich würde ein Überwechseln zum Panzerwerk Einschränkungen der Arbeiterrechte bedeuten. Bis jetzt ist die Lösung aber noch sehr unsicher, da der Bund das Geld für das Gelände aufbringen müßte entsprechend dem NATO-Truppenstatut, um es dann an die US-Armee zu verpachten (60 Mio. DM soll der Verkehrswert betragen). Ob der Bund dieses Geld aufbringen könne, wird bezweifelt.

Und was kommt nach dem Vergleich?

„Die marktwirtschaftliche Lösung ist gescheitert" – aber wie sieht eine gesellschaftliche Lösung aus?



aml. Einer der Konzerne des „deutschen Wirtschaftswunders" und der Marktwirtschaft ist zahlungsunfähig. Franz Steinkühler dazu: „Die marktwirtschaftliche Lösung ist gescheitert." Das stimmt, doch welche Schritte kann die Arbeiterbewegung unternehmen, einer alternativen, einer gesellschaftlichen, einer sozialistischen Lösung näher zu kommen. Die Gewerkschaftsführung hat dazu bisher keine Lösung. Der seit Jahren geführte Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze bei AEG ist gescheitert.

Bis Ende der vergangenen Woche hatten sich die Banken von AEG noch nicht darauf geeinigt, wie sie die Liquidität und Sanierung des Konzerns sichern wollen. Die Bundesregierung hatte Ende Juli schon eine Bürgschaft über 600 Mio. DM zugesagt. Bedingung war, daß die Banken sich über weitere Kredite an AEG einigen. Die Banken haben sich nicht geeinigt, die Bürgschaft war nicht in Kraft. Überhaupt nicht mehr im Gespräch war eine Beteiligung von Bund und Ländern an AEG. Der Betriebsrat war in dieser Hinsicht kürzlich bei einem Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt vollständig abgeblitzt.

Seit Anfang dieser Woche ist AEG Pleite, hat Vergleich angemeldet. Es ist kaum zu leugnen, daß es sich um ein abgekartetes Spiel zwischen Banken, AEG-Vorstand und Bundesregierung gehandelt hat, das zu diesem Vergleichsantrag geführt hat. Mit diesem Verfahren sollen die Gläubiger mit 40% ihrer Forderungen abgefunden werden. Von den etwa 5 Mrd. DM Krediten werden gut 2 Mrd. zurückbezahlt. Zulieferer mit einer Belegschaft von 120000 Arbeitern sind betroffen. „Das leidige Problem der Pensionskasse ist endlich gelöst", so Dürr bei seiner Pressekonferenz. 2 Mrd. DM Pensionsrückstellungen sind einfach nicht gemacht worden. Jetzt muß der Pensions-Sicherungs-Verein eintreten, dem aktiven Teil der Belegschaft werden die Pensionsansprüche gekürzt. Noch nicht abzuschätzen ist, wieviel Zulieferer durch den Krach bei AEG Konkurs anmelden müssen. Abzusehen ist, daß die Belegschaft verladen worden ist. Jetzt sprechen die Gläubiger.

Ungeklärt scheinen die neu entstehenden Kapitalverflechtungen. Im Verlaufe des Vergleichs gibt es sicher noch überraschende Wendungen. Für den Technik-Bereich wurde mit der britischen General Electric (GEC) verhandelt, mit der amerikanischen United Technologies ist AEG im Gespräch. Mit United Technologies will AEG auf dem Sektor elektronische Bauelemente seit längerem zusammenarbeiten. Nicht deutlich äußert sich Bosch, das die Mehrheit an dem kürzlich gegründeten Telematik Bereich übernehmen könnte, wenn AEG neue Fusionen anstrebt. Wie auf den Haushaltsgeräte-Bereich lauert, ist nicht sichtbar. Jedenfalls ist die Bosch-Siemens-Hausgeräte GmbH nächster Konkurrent des Marktführers AEG auf diesem Gebiet. Was die Unterhaltungselektronik angeht, so scheinen auch Grundig/Philips über die Beteiligung bei Telefunken die europäischen Märkte für Farbfernseher und Videorecorder gegen die weltweite Überproduktion absichern zu wollen. Inwieweit Blaupunkt (Bosch-Siemens) das eventuell vereiteln will, ist unbekannt.

IG Metall und Belegschaft waren gegen eine Aufteilung des Konzerns. Die Vorstellungen über eine Lösung der AEG-Krise reichten von „Keine Beteiligung der GEC" über „Beteiligung des Bundes an AEG" bis „Verstaatlichung von AEG-Telefunken unter Kontrolle der Beschäftigten". In Hamburg, Berlin, Gelsenkirchen, Fürth haben Demonstrationen mit jeweils einigen Tausenden gegen die, wie es meist hieß, „Demontage von AEG-Telefunken" stattgefunden. Am Montag wurde erneut in Westberlin demonstriert.

Die IG Metall wandte sich gegen das Sanierungskonzept Dürrs mit dem Slogan: „Konzept AEG '83 – ohne uns", weil es „Zerschlagung statt Sanierung" bedeutete. Sie wollte „jedes Engagement von Unternehmen an der AEG ablehnen, bei denen wegen ihrer Konkurrenz mit der AEG massive Arbeitsplatzverluste zu befürchten sind". Gleichgültig, ob es sich um ausländische oder deutsche Unternehmen handelt, sie sprach sich aus für eine Beteiligung der öffentlichen Hand an AEG und für „ein über die AEG hinausgehendes Branchenkonzept – insbesondere für den Hausgeräte- und Motorenbereich, sowie für die Unterhaltungselektronik – unter Regie der öffentlichen Hand, mit Beteiligung der Arbeiter durch ihre Gewerkschaft und Betriebsräte". Begründet wurden die Vorschläge mit der Sicherung der Areitsplätze.

Welche Beweggründe lagen dem IG Metall-Vorschlag zugrunde?

– Die Vertretungsstruktur der Belegschaft würde mit einer Zerschlagung des Konzerns auch zerschlagen und damit die Kampfposition verschlechtert.

– Eine Sanierung des Hausgeräte-Bereiches und von Telefunken (Unterhaltungselektronik) ist von AEG unmöglich, ohne den gewinnträchtigen Technikbereich. Veräußerung dieser Bereiche würde wegen der Überkapazitäten in diesen Branchen erhebliche Stillegungen nach sich ziehen.

– Da diese Überkapazitäten tatsächlich existieren, versucht die IG Metall, diese offene Flanke mit dem Vorschlag einer branchenübergreifenden Lösung zu schließen. Sie betont die Notwendigkeit gesellschaftlicher Planung.

Diese Vorstellungen haben sich als ungenügend erwiesen, den Mechnanismus der Marktwirtschaft und den entsprechenden Operationen der Banken, der Bundesregierung, des AEG-Vorstandes etwas entgegenzusetzen. Schon vor der diesjährigen Auseinandersetzung hat die Belegschaft viele Schläge einstecken müssen. Es wäre sowieso nicht klar gewesen, ob die Belegschaft etwas hätte erreichen können. Das fatale aber scheint zu sein, daß die Belegschaftsvertretung auf „Hilfe aus Bonn" setzte. Findet man in den Flugblättern der IG Metall noch Ansätze, die Krise von AEG zu lösen, so redete der Betriebsratsvorsitzende Rubke fast nur von Hilfe durch die Bundesregierung. Als die Hilfe nicht kommt, scheint für ihn die Sache gelaufen. In der ZDF-Sendung vom Montag bleibt Hans Rubke nur festzustellen, daß die Belegschaft noch mehr Lasten zu tragen haben wird.

„Hilfe" von der Bundesregierung schon. Aber dahingehend, die Macht der Banken über AEG einzuschränken. Dahingehend, die Leitungsstruktur des Unternehmens zu ändern, die Rechte der Belegschaft zu stärken. Wenn dazu eine Beteiligung des Bundes nötig gewesen wäre, gut. Darauf zielte wohl auch eine der eingangs erwähnten Parolen aus Hamburg. Aber, Almosen für den Erhalt von Arbeitsplätzen versteht kaum einer. Schon gar nicht, wenn der Staat damit nur die Banken und einen großen Elektrokonzern subventioniert.

Bei der Sanierung des AEG-Konzerns kann es sich nicht um „Hilfe" handeln. Eine Beteiligung des Bundes hätte doch nur Sinn, wenn sie als Schritt verstanden würde, das durch die Marktwirtschaft in die Krise geratene Unternehmen in eine Richtung zu führen, die nur in der Überwindung der Marktwirtschaft bestehen kann.

Neben der Streichung der Altlasten, die jetzt im Vergleichsverfahren auch teilweise durchgeführt wird, hätte das bedeutet, die Führungsstruktur und die Bindung der Leitung des Unternehmens an das Kapital zu ändern in eine Bindung der Leitung des Unternehmens an den Willen der Belegschaft. Das hätte bedeutet, Inhalte des DGB-Beschäftigungsprogrammes zu verbinden mit heutigen und zukünftigen Produkten von AEG, wie den alternativen Energiequellen, wie den tatsächlich benötigten Kommunikationsgeräten. Das wozu der Produktion und mit welchen Mitteln hätte aufgeworfen werden müssen. Man hätte klären müssen und muß noch klären, worin die niedrige Produktivität z.B. bei der Hausgeräteproduktion liegt: Tatsächlich in schlechter Organisation der Produktion oder in den schlechteren Arbeitsbedingungen z.B. bei Bosch-Siemens? Man müßte klären, ob die japanische Konkurrenz bessere Produkte produktiver herstellt oder nur durch Dumping und miserable Arbeitsbedingungen billiger auf den europäischen Markt bringt, und dementsprechend Konsequenzen für die Regelung der Außenhandelsbeziehungen verlangen.

Die Zahlungsunfähigkeit von AEG ist einer der größten Krache der Nachkriegszeit und ein Zeichen für eine beginnende neue Phase der Entwicklung des westdeutschen Kapitalismus. Wahrscheinlich wird AEG von einer Belegschaft von ehemals 150000 auf dann 60000 Arbeiter und Angestellte schrumpfen. IG Metall und Betriebsrat werden wohl versuchen, zu retten, was für die Belegschaft zu retten ist. Doch wird das nicht viel sein. Um so notwendiger ist es, die Möglichkeiten, die Marktwirtschaft zu überwinden, zu klären.

Wenn der Bankier auf's falsche Pferd setzt

60% müssen die Gläubiger abschreiben – aber nicht alle / Hälfte muß zustimmen

frb. AEG blieb keine andere Wahl, der gerichtliche Vergleichsantrag war zwingend geworden, weil das Unternehmen fällige Rechnungen nicht mehr zahlen und sonstigen finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnte. Der Konzern war *zahlungsunfähig*, es blieb nur die Wahl zwischen Konkurs und Vergleich. Die Gründe für einen Vergleichsantrag sind dieselben wie für einen Konkursantrag.

Während aber beim Konkurs das gesamte Vermögen des Schuldners verwertet und der Erlös daraus an die Gläubiger verteilt wird, sollen beim Vergleich alle Gläubiger auf einen Teil ihrer finanziellen Forderungen gegenüber dem zahlungsunfähigen Unternehmen verzichten. Die Befreiung von dieser Schuldenlast soll es dem betroffenen Unternehmen erlauben, wieder profitlich zu arbeiten.

Ziel des Vergleichs ist es also, daß die wirtschaftliche Existenz des Unternehmens fortgeführt wird. Möglich ist ein solcher Vergleich dann, wenn sich auch die Gläubiger von der Aufrechterhaltung des an sich konkursreifen Betriebes mehr versprechen als von dessen Auflösung durch Konkurs.

Wie kann es überhaupt zur Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens kommen? Dazu muß man sich die Rolle des Kredits für den Produktionsprozeß klar machen. Kein Kapitalist arbeitet nur mit eigenem Kapital, er läßt sich von seinen Lieferanten kreditieren und geht die Bank um Leihkapital an. AEG Inland etwa hatte Ende 1981 ein Eigenkapital von rund 1 Mrd. DM, hatte sich aber über 3 Mrd. DM Leihkapital entliehen, schuldete Lieferanten und Kunden (durch deren Anzahlung) über 2 Mrd. DM und bediente sich noch aus 2 Mrd. DM Rückstellungen für spätere Verpflichtungen wie Betriebsrenten.

Ohne laufende Kreditierung würde der Kreislauf des Kapitals und damit die Produktion ständig ins Stocken kommen. Der Lieferant liefert ein Vorprodukt, der Erlös, mit dem das Unternehmen seinen Lieferanten zahlt, fällt aber erst später an. Der einfache Lieferantenkredit überbrückt die Zeitspanne. Andererseits muß der Kunde, der etwa ein Kraftwerk bestellt, Anzahlungen leisten, noch ehe er jenes fertig in Händen hat. Investitionen wiederum erfordern große Ausgaben in einem Augenblick, die Einnahmen aus dieser Investition aber fließen erst über Jahre zurück. Hier springt die Bank ein und verlangt dafür Beteiligung am erwarteten Profit in Form des Zinses.

Ist so der Kredit einerseits Voraussetzung dafür, daß der Produktionsprozeß überhaupt kontinuierlich ablaufen kann, so beflügelt er andererseits die Expansionslust des Kapitalisten aufs äußerste. Denn mit fremdem Kapital arbeitet sich beschwingter als mit eigenem. Damit aber eröffnet sich auch die Möglichkeit, daß ein Kapital per Kredit am Leben erhalten wird, obwohl es längst am gesellschaftlichen Bedarf vorbeiproduziert.

Da wird noch investiert, da werden noch kräftig Vorprodukte eingekauft,

Vergleichsbilanz

Vermögen	insgesamt DM	mit fremden Rechten belastet DM	frei verfügbar DM
Grundstück und Gebäude	125 000	125 000	
Maschinen u. Werkzeuge	132 700	93 000	39 700
Betriebsausstattung	10 200	1 500	8 700
Geschäftsausstattung	6 300	1 300	5 000
Fahrzeuge	26 000	12 000	14 000
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	52 800	29 400	23 400
Halbf. und fert. Erzeugnisse	80 600	22 100	58 500
Forderungen	47 500	14 200	33 300
Kasse, Bank, Postscheck	2 900		2 900
	484 000	298 500	185 500

Verbindlichkeiten	vom Verfahren nicht betroffen			am Verfahren beteiligt (ungesichert) DM
	insgesamt DM	gesichert DM	bevorrechtigt DM	
Hypotheken	125 000	125 000		
gegenüber Banken	178 000	95 800		82 200
aus Wagenbezügen	255 300	65 700		189 600
Sonstige einschl. Kosten des Verfahrens	147 200	12 000	45 500	89 700
	705 500	298 500	45 500	361 500

Überschuldung: Verbindlichkeiten	705 500
abzügl. Vermögen	484 000
	221 500
Vergleichsmasse:	
Frei verfügbares Vermögen	185 500
abzügl. bevorrechtigte Gläubiger	45 500
	140 000

der Kredit erlaubt es ja – und in Wirklichkeit füllen sich bereits die Zwischenlager, stapeln sich die Fertigprodukte, kann die noch im Bau befindliche neue Maschine später nicht ausgefahren werden. Die Erlöse stocken, Lieferanten können nicht bezahlt werden, Kreditrückzahlungen stehen an, die Bank will ihren Zins sehen.

So ungefähr hat sich AEG dem Punkt der Zahlungsunfähigkeit genähert. Denn das bei AEG angelegte Kapital wurde in eine Form gebracht, in der es sich nicht mehr verwerten konnte. Für die Waren, in deren Hülle es schließlich auf den Markt trat, gibt es keine kaufkräftige Nachfrage. Mit kräftigen Kreditspritzen wurde das über Jahre verdeckt, natürlich mit der Hoffnung auf bessere Zeiten, jetzt ist die Krise um so tiefer.

Der Vergleichsvorschlag des AEG-Vorstandes verlangt von den Gläubigern, daß sie auf 60% ihrer Forderungen verzichten; soweit die Forderungen unter 10000 DM liegen, sollen sie zu 100% befriedigt werden. Die Löhne und Gehälter sollen von den Banken vorgestreckt werden.

Die 40% Vergleichsquote liegt an der unteren Grenze dessen, was überhaupt noch zulässig ist. Eine Vergleichsquote von 35% ist das Minimum, darunter bleibt nur noch der Konkurs, der AEG droht, wenn sich der Vergleich als undurchführbar erweist.

Eine solche Vermögensübersicht muß der Schuldner AEG zum Tag der Zahlungseinstellung aufstellen. Die Vergleichsquote errechnet sich aus dem Verhältnis Vergleichsmasse : ungesicherte Schulden; im Beispiel 140000 : 361000 = 39%

Wichtig ist, daß durchaus nicht alle Schulden in den Vergleich eingehen; wie so was aussieht, zeigt die Tabelle. Die durch Hypothek, Übereignung oder Eigentumsvorbehalt gesicherten Gläubiger sind mit dem aus ihrem Rechten belastete Vermögen vollständig gedeckt. So werden auch die Banken keinesfalls auf 60% ihrer rund 4 Mrd. DM Kredite an den Gesamtkonzern verzichten müssen.

Soll der Vergleich durchkommen, so muß eine einfache Mehrheit der Gläubiger zustimmen; und da die Vergleichsquote unter 50% liegt, ist außerdem die Zustimmung von 80% der stimmberechtigten Forderungen notwendig. Man versteht daher auch, weshalb die kleineren Schuldner großherzig aus dem Vergleich herausgenommen werden.

Wichtig noch, was mit den Betriebsrenten geschieht. Hier tritt in Kraft, daß der Pensions-Sicherungs-Verein den der Ausfallquote von 60% entsprechenden Anteil der Versorgungslasten am Insolvenzstichtag übernimmt. Im Sicherungs-Verein sind 34000 Unternehmen vertreten, die ein betriebliches Versorgungssystem haben. Der Ausfall von AEG muß über ihre Beiträge finanziert werden, worüber sie sich besonders freuen. 2 Mrd. DM sollen da über die Jahre fällig werden.

Die Betriebsrenten sind gesichert, soweit sie bereits laufen oder unverfallbare Anwartschaften bestehen. Bei entsprechender Regelung zum Konkurs fallen allerdings alle Ansprüche weg, für die die Wartezeit noch nicht erbracht ist.

Gewerkschaften und Arbeitslose

Nach Ausgrenzung – neues Verhältnis?

geh. Die Gewerkschaften auf der Seite der „Besitzenden", polemisiert der CDU-Vorsitzende Kohl; auf der Seite der Arbeitsplatz„besitzenden" gegen die, die keinen Arbeitsplatz besitzen. Auf der Linken entspricht dem die Kritik, daß die Gewerkschaften mit ihrer Politik die Lohnabhängigen in einen nützlichen ;„Kern" und einen überflüssigen, ausgegrenzten „Rest" spalten, wie dies Esser und Fach entwickeln. Kann man davon sprechen und wie entwickelt sich heute gewerkschaftliche Politik gegenüber den Arbeitslosen?

Im kritischen Gewerkschaftsjahrbuch 1980/81 haben Heinze/Hinrich/Offe unter der Überschrift „Sind die Gewerkschaften für alle da?" ähnlich wie Esser/Fach geschrieben: „Es ist im Rahmen der Debatte über ‚Segmentierung' des Arbeitsmarktes weitgehend akzeptierter Befund, daß im industriellen Bereich eine Differenzierung in ‚Stamm-' und ‚Rand-Belegschaften' stattfindet, wobei innerhalb der Randbelegschaften die sogenannten ‚Problemgruppen' (wieder die Älteren, Behinderten, Frauen, Jugendlichen, Ausländer und Arbeiterbauern) überdurchschnittlich häufig repräsentiert sind. In dem Maße, wie sich solche Spaltungstendenzen ausprägen und verfestigen, ist einerseits mit einer vergleichweise reibungs- und konfliktlosen Verarbeitung hoher Arbeitslosigkeit, andererseits aber mit einer wachsenden *Interessendivergenz* zwischen den relativ begünstigten und relativ benachteiligten Gruppen innerhalb der Gesamtheit der Arbeitnehmer zu rechnen." (S. 63)

Diese Aussage bestätigen die untenstehenden Tabellen als Tendenz. Tatsächlich gibt es einzelne Abteilungen der Arbeiterklasse, die über lange Zeit überdurchschnittlich von der Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Nachdem in der Krise 1966/67 kaum Unterschiede zwischen Männer- und Frauenarbeitslosigkeit auftraten, hat sich hier das Bild seit der Krise 1974/75 gewandelt. Die Frauenarbeitslosigkeit liegt mit einer Arbeitslosenquote von 7,4% erheblich über den 4,4% bei den Männern. Auch die Dauer der Arbeitslosigkeit der Frauen liegt mit 4,5 Monaten über den 3,1 Monaten bei den Männer. Die Arbeitslosenquote für ausländische Arbeiter überschreitet weit die Quote aller Sozialversicherten. Ebenso die der Jugendlichen, wobei hier die Dunkelziffer nicht erfaßter arbeitsloser Jugendlicher deren aussichtslose Lage verdeckt.

Die Vermutung, es bilde sich ein Kreis von Arbeitslosen heraus, die immer wieder arbeitslos werden und so allmählich eine in sich geschlossene, nur gelegentlich in die Produktion hineingezogene Abteilungen der Arbeiterklasse entstehe, läßt sich nach den vorliegenden Daten der Arbeitslosenstatistik anscheinend nicht bestätigen. Die Tabelle der „Mehrfacharbeitslosigkeit" zeigt eher eine abnehmende Tendenz.

aenz.

Arbeitslosenbestand, davon mehrfach arbeitslos im Jahreszeitraum vor Zahltag (%)

1977	911257	22,0
1978	864243	23,2
1979	736690	21,7
1980	822701	21,6
1981	1256396	19,9

Nimmt man einen Zeitraum von 1½ Jahren, so sind 1981 schon 32% mehrfach arbeitslos.

Daß Arbeitslosigkeit sich dennoch auf bestimmte Gruppen von Lohnabhängigen konzentriert, wurde u.a. durch eine seit mehreren Jahren durchgeführte „Längsschnitt-Untersuchung" von *Infratest Sozialforschung* bestätigt. Im Rahmen der Untersuchung werden Personen, die im Herbst 1977 arbeitslos waren, immer wieder nach ihrem Verbleib befragt. Im jüngsten Bericht wird festgehalten, es werde „ein erheblicher Umfang instabiler Beschäftigungsverhältnisse im Umfeld von Arbeitslosigkeit sichtbar". Instabile Erwerbstätigkeit im unmittelbaren Anschluß an Arbeitslosigkeit münde auch längerfristig nur in wenigen Fällen in stabilere Berufsverlaufsmuster.

Allerdings gibt es einen relativ fest umgrenzten Bereich der tendenziell aus der Arbeitsbevölkerung ausgegrenzt wird: die älteren Arbeiter und Angestellten über 50–55 Jahren. Im Mai/Juni 1981 nahmen 59% der 50–55jährigen Arbeitslosen eine neue Tätigkeit auf. Im entsprechenden Zeitraum zwischen 55 und 60 Jahren lag die Wiederbeschäftigungsquote nur noch bei 44%. Für den Bereich 60–65 Jahre liegt er dann bei verschwindenden 13%, d.h. jeder 7. hat nur das Glück, noch eine Arbeit zu finden.

Gründe für die Segmentationen des Arbeitsmarktes

Von den Gewerkschaften wird angesichts dieser Entwicklung immer der Vorwurf gegenüber den Kapitalisten erhoben, sie versuchten so eine „olympiareife" Belegschaft herauszubilden. Das ist natürlich richtig.

Aber geht nicht auch von den Gewerkschaften und insbesondere der von den Betriebsräten verfolgten praktischen Politik eine solche Tendenz aus? Nach welchen Kriterien werden bei den Betriebsräten Kündigungspläne und Einzelkündigungen überprüft und gegebenenfalls Einspruch erhoben? Es ist das Kriterium „soziale Gesichtspunkte", wie sie in den §§95 und 102 des Betriebsverfassungsgesetzes festgehalten sind. „Der ist *jung* und hat *keine Familie*, er kann sich leichter als andere mit Familie eine andere Arbeit – auch außerhalb suchen." „Die Frau ist *Zweitverdiener*, da ist es nicht so tragisch wie bei einem *Alleinernährer*!" „Wie *lange arbeitet* der denn schon hier bei uns?" – „Zuletzt gekommen, zuerst gefeuert." Das sind einige der „sozialen Gesichtspunkte", die natürlich die Arbeitskräfte mit hoher Qualifikation, die in der Regel schon lange an einem Arbeitsplatz arbeiten und meist Facharbeiter sind, begünstigen. Manchmal wird auch offen argumentiert, daß der Facharbeiter-Stamm für einen erhofften erneuten Konjunkturaufschwung erhalten werden soll. Oft kann wenig gegen diese „sozialen" Gesichtspunkte gesagt werden. Im allgemeinen gibt es innerhalb der jeweiligen Belegschaften einen breiten Konsens dafür.

Ob bewußte Politik der Identifikation mit übergeordneten Interessen der Kapitalisten oder Anerkennung von Konventionen – im Resultat führt beides zur Segmentierung des Arbeitsmarktes oder zur Tendenz der Ausgrenzung bestimmter Gruppen aus dem Arbeitsmarkt.

Verschärfung auf dem Arbeitsmarkt läßt diese Politik scheitern

Ironischerweise wird diese Politik der Interessenvertretung der noch Arbeitenden durchkreuzt durch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt selber. Der sogenannte „Kern" der Arbeiterklasse, gemeint sind die Facharbeiter und qualifizierten Angestellten, wird von zwei Seiten her von Arbeitslosigkeit nicht nur tendenziell bedroht sondern zunehmend selbst arbeitslos.

Einmal werden nicht mehr nur „zufällig" und vereinzelt qualifizierte Lohnabhängige entlassen, sondern, wenn ganze Abteilungen und Betriebsteile stillgelegt werden oder gar Betriebe geschlossen werden, ist der früher übliche Ausweg der Übernahme zunehmend verbaut. Im Zuge der Umstrukturierung der gesamten gesellschaftlichen Produktion werden nicht mehr nur zeitweilig „Überkapazitäten" abgebaut, sondern auf Dauer Produktionen verkleinert.

Zum Zweiten zielen die gegenwärtig in der Produktion stattfindenden technologischen Umwälzungen gerade auf den Ersatz von qualifizierter menschlicher Arbeit durch entsprechende Maschinen (NC-Maschinen, Überwachungs- und Optimierungseinrichtungen mit Mikro-Computer).

Nahezu verdoppelt hat sich die Zahl der Arbeitslosen mit Facharbeiterqualifikation: 108885 1980, 182248 1981. Der Anteil der Arbeitslosen mit Facharbeiterqualifikation ist ebenfalls von 16,4% 1980 auf 19,6 im Jahr 1981 angestiegen.

Diese Entwicklung legt nahe, die Veränderungen der gewerkschaftlichen Politik gegenüber den Arbeitslosen aus der Betroffenheit der Facharbeiters dieser für die gewerkschaftliche Meinungsbildung und Handlungsfähigkeit entscheidenden Gruppe, zu erklären. Dann von Teilen der Gewerkschaften ist eine andere Politik eingeleitet.

Der DGB schlug ein „Beschäftigungsprogramm" vor, das u.a. zum Ziel hatte, die Arbeitslosigkeit zu verringern bzw. den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verringern. Die IG Metall führte 3 Großkundgebungen gegen die Verschärfung der „Zumutbarkeits-Regelung" durch, die gleiche Gewerkschaft bot Arbeitslosen Rechtsschutz gegenüber Maßnahmen der Arbeitslosenversicherung an.

N. Möller-Lücking beschreibt in einem Aufsatz für die vom DGB herausgegebene Zeitschrift „Soziale Sicherheit" als wichtigsten Punkt gewerkschaftlicher Interessenvertretung arbeitsloser Arbeitnehmer: „Gewerkschaftlicher Kampf gegen die Diffamierung von Arbeitslosen, gegen Entsolidarisierung von Arbeitnehmern, gegen Sozialleistungsabbau, für die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung."

Dreh- und Angelpunkt ist die Abwehr der „hemmungslosen pauschalen Diffamierung Arbeitsloser als ‚Drückeberger', ‚Faulenzer', ‚Arbeitsunwillige' ". Damit solle das Versagen der Arbeitsgeber und des Staates vertuscht werden und das Ziel einer Kürzung des Arbeitslosengeldes verfolgt werden. Die Aufgaben der Gewerkschaften werden als Aufklärung der Arbeiter selbst und darüber hinaus des Volkes bestimmt, damit solche Diffamierung nicht greift. Außerdem soll das DGB-Beschäftigungsprogramm propagiert werden. Ansonsten „haben (die Gewerkschaften) klargestellt, daß Staat und Unternehmen mit wirksamen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit nicht auf die Dauer zurückhalten können, ohne damit die Grundlagen der sozialen Sicherheit, des sozialen Rechtsstaates und der Demokratie nachhaltig zu erschüttern".

Ja, aber was ist, wenn die Kapitalisten über den Staat gegenwärtig versuchen, eben die „soziale Sicherheit" nachhaltig abzubauen? Da ist Propaganda der Worte und des Papiers nicht mehr ausreichend. Gezeigt hat sich dies schon bei der Auseinandersetzung um die „Zumutbarkeits-Regelung", wo weitere Schritte bis hin zu Streikaktionen in den Betrieben notwendig gewesen wären, um die Entscheidung des Bundesarbeitsministeriums und des Verwaltungsrates der Bundesanstalt zu kippen.

DGB und Arbeitslosen-Initiativen

An einige Orten gibt es gewerkschaftliche Arbeitskreise, meist vom DGB organisiert, die Arbeitslose unterstützen.

Dagegen sind an vielen Orten sogenannte „Arbeitsloseninitiativen" oder „-treffs" als Selbsthilfeeinrichtungen entstanden. Die sozialgesetzlich verankerten Maßnahmen und Hilfen sind oft kompliziert, in einer Vielzahl von Gesetzen versteckt und bei den verschiedensten Einrichtungen und Behörden zu beantragen und zu erhalten. Deshalb ist eine der wichtigsten Funktionen solcher Initiativen die Beratung und Begleitung der einzelnen Arbeitslosen in diesem Kampf. Hinzu kommt der laufende Informationsaustausch. Nicht selten betreiben die Initiativen auch Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit nach außen. Oft sind diese Initiativen und Treffs für den einzelnen Arbeitslosen die einzige Möglichkeit, seine Isolation zu durchbrechen und neue Lebensperspektiven zu erhalten.

Viele, vermutlich die Mehrzahl der Gruppen und Initiativen werden von der Evangelischen Kirche unterstützt, in einzelnen Fällen ist es auch das Rote Kreuz oder die Kommunen. Die ersten dauerhaften Einrichtungen entstanden, nachdem es während der Krise 1974/75 erste solcher Initiativen gegeben hatte, nach 1977. In vielen Fällen bildeten sich diese Zusammenschlüsse aus Gruppen, die im Kampf gegen die Stillegung von Betrieben gebildet wurden.

Das Verhältnis dieser Arbeitsloseninitiativen und -treffs zum DGB war und ist auch heute noch in vielen Fällen spannungsreich. Das ist leicht erklärlich, mußten sie sich in den Auseinandersetzungen um Stillungen und Massenentlassungen oft gegen gewerkschaftlichen Widerstand durchsetzen. Die Gründung dieser Gruppen war immer mit einer Kritik an den gewerkschaftlichen Organen im Betrieb und / oder am Ort verbunden. Schon allein die Notwendigkeit einer solchen besonderen Gründung war ja praktische Kritik am Versagen der Gewerkschaften. Dies begünstigte in den Initiativen Pläne einer selbständigen bundesweiten Organisierung der Arbeitslosen. Also
Organisierung der Arbeitslosen. Also
schleuderten der DGB und die Einzelgewerkschaften den Bannfluch „Ersatzgewerkschaften für Arbeitslose" gegen die Arbeitsloseninitiativen und ihre Versuche, sich bundesweit zu verständigen.

In den letzten Jahren ist jedoch eine vorsichtige Änderung in der Haltung der Gewerkschaften zu erkennen. Auf der örtlichen Ebene kommt es zur Zusammenarbeit, Referenten werden ausgetauscht, Tagungen gemeinsam mit Gewerkschaften durchgeführt. Zentral hat es Gespräche zwischen DGB und Evangelischer Kirche gegeben, in denen vereinbart wurde, von kirchlicher Seite keine besondere Organisation der Arbeitslosen anzustreben.

Der 12. Bundeskongreß des DGB beschloß die Unterstützung von Arbeitslosen-Arbeitskreisen durch den DGB. Inzwischen ist auch eine Reihe von gewerkschaftlichen Arbeitskreisen eingerichtet worden.

Insgesamt kann man sagen, daß die Gewerkschaften mit ihren vorsichtigen Schritten in Richtung Arbeitskreise von Arbeitslosen und der Zusammenarbeit mit Arbeitsloseninitiativen noch weit davon entfernt sind, ihre Aufgabe der Interessenvertretung aller Lohnabhängigen und damit auch der zeitweilig nicht in Arbeit stehenden wahrzunehmen. Die Korrektur der Politik der Gewerkschaften würde ja eigentlich von „außen" erzwungen – war jedenfalls nicht Resultat einer Kritik der bisherigen Politik gegenüber den Arbeitslosen mit ihren segmentierenden Wirkungen. Infolge wird diese Politik unkritisiert weiterverfolgt. Das Resultat ist um so widersprüchlicher und hebt sich eben teilweise in der Wirkung auf.

Noch überhaupt nicht abzusehen ist, was die „Arbeitsteilung" zwischen Gewerkschaften und Kirchen bei der Organisierung der Arbeitslosen zur Folge hat. Die Kirchen machen diese Arbeit ja nicht, um ihr reichlich vorhandenes Vermögen unter die Leute zu bringen. Kommt aus dieser Ecke vielleicht eine Renaisance irgendwelcher kirchlicher „Soziallehren"?

Jahr	Ausländer Sozialvers. in 1000	Ausländer Arbeitslose in 1000	Ausländer Arb.l.Quote in %	Frauen Sozialvers. in 1000	Frauen Arbeitslose in 1000	Frauen Arb.l.Quote in %	Jugendl. u. 20 J. Arbeitslose in 1000	Jugendl. u. 20 J. Arb.l.Quote in %	Alle Arb.l.Quote in %
1966	1244	4	0,3		45	0,6			0,7
1967	1014	16	1,5		124	1,7			2,1
1968	1019	6	0,6		88	1,2			1,5
1969	1366	3	0,2		54	0,8			0,9
1970	1807	5	0,3		56	0,8			0,7
1971	2128	12	0,6		84	1,1			0,8
1972	2285	17	0,7		106	1,4			1,1
1973		20	0,8		124	1,5			1,2
1974		69	2,9		258	3,1			2,6
1975	2061	151	6,8		452	5,4			4,7
1976	1917	106	5,1	7546	494	5,8			4,6
1977	1872	98	4,9	7553	512	6,0	101	4,7	4,5
1978	1857	104	5,3	7679	504	5,8	89	4,3	4,3
1979	1924	93	4,7	7921	459	5,2	71	3,3	3,8
1980	2018	107	5,0	8138	462	5,2	73	3,2	3,8
1981*	1917	168	8,2	8131	640	7,1	133	5,9	5,4

* Jeweils die Daten aus dem Monat September

Abgänge an Arbeitslosen nach Arbeitslosigkeitsperioden und ausgewählten Merkmalen – Mai/Juni 1981 –

Merkmal	Alle Abgänge	davon v. Arbeitslosigkeit betroffen*: mehr als 1×	davon: 2×	davon: 3×	davon: mehr als 3×
	abs.	%			
Insgesamt	75205	67,8	32,2	21,3	6,8	4,1
Männer	44918	65,1	34,9	22,6	7,6	4,8
Frauen	30287	71,9	28,1	19,4	5,6	3,0
Deutsche	64550	68,3	31,7	21,1	6,6	4,0
Ausländer	10655	65,1	34,9	22,5	7,7	4,6
Berufsausbildung						
ohne Berufsausb.	41574	65,1	34,9	22,3	7,8	4,8
mit Berufsausb.	33631	71,2	28,8	20,1	5,5	3,2
davon						
betr. Ausbildung	28034	69,9	30,1	20,1	5,8	3,4
Berufsf.-/Fach.	3214	74,8	25,2	17,9	4,7	2,6
Fachhochschule	859	80,9	19,1	13,9	2,8	2,4
Hochsch./Uni.	1524	81,5	18,5	13,0	3,4	2,1

* Beendete Arbeitslosigkeitsperioden seit dem 1.1.1980

Zu- und Abgänge an Arbeitslosen nach ausgewählten Strukturmerkmalen – Mai/Juni 1981 –

Merkmale	Zugänge Anz.	Zugänge Ant. Ende Mai 1981	Zugänge Ant. Ende Mai 1980	Abgänge Anz.	Abgänge Ant. Ende Mai 1981	Abgänge Ant. Ende Mai 1980
Alle Arbeitslosen	92597	100	100	75205	100	100
Männer	52238	56,4	54,0	44918	59,7	57,2
Frauen	40359	43,6	46,0	30287	40,3	42,8
Deutsche	79401	85,7	82,4	64550	85,8	82,5
Ausländer	13196	14,3	17,6	10655	14,2	17,5
Angestelltenberufe	21520	23,2	31,2	16445	21,9	29,6
Übr. Berufe (Arb.)	71077	76,8	68,8	58760	78,1	70,4
Berufsausbildung						
ohne Berufsb.	50677	54,7	56,6	41574	55,3	57,1
mit Berufsb.	41920	45,3	43,3	33631	44,7	42,9
betriebl. Ausb.	34069	36,8	35,8	28034	37,3	36,0
Qualifikation / Stellung im Beruf						
Qualifiziert	32994	35,6	35,9	26723	35,5	35,8
Facharbeiter	18162	19,6	16,4	15392	20,5	17,8
Ang. m. geh. Tät.	14832	16,0	19,5	11331	15,1	18,0
Nicht qualif.	59603	64,4	64,1	48482	64,5	64,2

Weniger moralische Appelle, mehr politische Arbeit

Israelische Invasion, Friedensbewegung und westdeutsche Linke

Von Hans-Gerhart Schmierer

Nach vereinzelten und mehr oder weniger mißglückten örtlichen Protestdemonstrationen gegen die israelische Invasion im Libanon wird jetzt zu einer bundesweiten Demonstration in Frankfurt am 21. August aufgerufen. Um von vornherein keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: wir wollen diese Demonstration nach Kräften unterstützen und hoffen, daß sie kein politischer Reinfall wird. Die Gefahr eines solchen politischen Reinfalls besteht aber und man muß darüber offen sprechen.

Die Ursache für diese Gefahr scheint mir darin zu liegen, daß die Linke immer noch keine Bestimmung ihrer politischen Aufgaben gegenüber Inhalten und Formen der heutigen Bewegung, gerade auch der Friedensbewegung vorgenommen hat und immer dann, wenn bestimmte Ereignisse, sei es der Militärputsch in Polen oder die Invasion Israels im Libanon, politische Antworten der Linken verlangen, in moralische Appelle an *die* Friedensbewegung verfällt, die dies oder jenes unternehmen müsse, wenn sie nicht ihre Glaubwürdigkeit verlieren wolle. Da diese moralischen Appelle wenig in Bewegung setzen, sammeln sich dann letztenendes die versprengten Häuflein der Linken zu „zentralen Demonstrationen", die ihrerseits nicht über die Form moralischer Pflichtübungen hinauskommen und ohne politische Wirkung bleiben.

„Wir sind der Auffassung", heißt es am Ende der beiden Appelle, die jetzt zu der Demonstration in Frankfurt aufrufen, „daß die demokratische Öffentlichkeit der Bundesrepublik und insbesondere die Friedensbewegung zu den Vorgängen im Libanon, zu der Katastrophe in Beirut nicht schweigen kann, will sie nicht unglaubwürdig werden". Und: „Wir appellieren ganz besonders an die Friedensbewegung, sich an dieser Demonstration zu beteiligen."

Es ergeben sich gleich mehrere Fragen: Wer ist denn *die* Friedenbewegung, an die die Initiatoren der Frankfurter Demonstration appellieren als sei es ein Ding, das sie durch Druck von außen für die Demonstration in Bewegung setzen könnten und mußten. Wir waren doch fast alle in Bonn dabei, jedes Mal. Ist es denn wahr, daß *die* Friedensbewegung schweigt, wenn
ten. Wir waren doch fast alle in Bonn dabei, jedes Mal. Ist es denn wahr, daß *die* Friedensbewegung schweigt, wenn
sie nicht gerade zu einer Massendemonstration unterwegs ist und an ihr teilnimmt? Und warum soll *die* Friedensbewegung unglaubwürdig werden, wenn die Linke keine Massendemonstration gegen das polnische Kriegsrecht oder die Invasion im Libanon zustande bringt? Es ist doch aller Wahrscheinlichkeit unzulässig, aus dieser Tatsache rückzuschließen, daß das Kriegsrecht in Polen oder die Invasion des Libanon die Masse der Teilnehmer oder Unterstützer der großen Friedensdemonstrationen gleichgültig ließe, daß sie dazu schwiege und ihre Demonstrationen an Glaubwürdigkeit verlieren würden, wenn sie nicht jetzt demonstrieren? Der Ausgangspunkt der Schwierigkeiten und der Misere, wenn man so will, liegt doch gar nicht in einer mangelnden Bereitschaft *der* Friedensbewegung, jetzt an Demonstrationen gegen die israelische Invasion des Libanon teilzunehmen. Der Ausgangspunkt der Misere liegt doch viel mehr darin, daß sich große Teile der Linken an „die" Friedensbewegung und das, was sie dafür halten, so angepaßt haben, daß sie (und damit meinen wir auch uns) praktisch nichts unternahmen und unternehmen konnten, um die Bonner Demonstration aus Anlaß des NATO-Gipfels und des Reagan-Besuches als Plattform und Forum des Protestes gegen die Invasion des Libanon zu nutzen, die ja zu diesem Zeitpunkt bereits in vollem Gange war. Dann bleiben halt nur Verlegenheitslösungen.

Darüber mit moralischen Appellen an die Friedensbewegung hinwegzutäuschen, die dies oder jenes tun müßte, täuscht über die wirklichen Verantwortlichkeiten und Versäumnisse nur hinweg. In der Friedensbewegung den Kult des „Minimalkonsenses" gegen Atomwaffen wenigstens praktisch zu fördern und dann hinterher der Friedensbewegung die Leviten zu lesen, weil sich der Minimalkonsens halt nicht auf die entscheidenden politischen Fragen erstreckt und sie umgekehrt ausklammert, macht die Linke auch nicht gerade glaubwürdig und geht an ihren wirklichen Aufgaben vorbei, innerhalb und gegenüber der Friedensbewegung die politische Bewußtheit zu fördern, statt sich ihr seinerseits bewußtlos anzuhängen.

Etwas zur Geschichte

Die westdeutsche Linke ist ihrer Entstehung und ihrem Charakter nach hauptsächlich durch die politischen Entwicklungen und Kämpfe in den Jahren zwischen 1966/67 und 1974/75 geprägt. Innenpolitisch wie außenpolitisch war dies eine einmalige, so nicht wiederholbare Situation. Innenpolitisch wurde die BRD zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte wirtschaftlich durch die Krise erschüttert, gleichzeitig erschien der wirtschaftliche und politische Bewegungsraum, um relativ rasch einschneidende Änderungen zu erzielen, ziemlich groß und war es auch zunächst.

Außenpolitisch und international traten die antikolonialen Befreiungskämpfe in eine kritische Phase: Was in Wirklichkeit verspätete Kämpfe um die längst fällige nationale Unabhängigkeit waren, erschien als der Beginn einer raschen sozialen Umwälzung, die die Dritte Welt an den Sozialismus heranführte. Das Patt der beiden Supermächte schien diesen sozialen Umwälzungen großen Spielraum zu geben und die hegemonialen Fundamente der Supermächte rasch zu untergraben. Tatsächlich sind die Erfolge der Dritten Welt in dieser Phase auch ziemlich einschneidend gewesen, aber es waren im wesentlichen Erfolge im Kampf um die längst fällige nationale Unabhängigkeit und keine einschneidenden Erfolge im Kampf um die soziale Emanzipation.

In dieser ganz bestimmten Situation bildete sich die westdeutsche Linke aus, und diese Situation erleichterte es auch, daß ein großer Teil dieser Linken
aus, und diese Situation erleichterte es auch, daß ein großer Teil dieser Linken
revolutionäre Positionen entwickelte. Diese erwiesen sich als nicht sonderlich haltbar, als sich die Situation änderte und sich dies auch langsam bemerkbar machte. International hatte die Linke seinerzeit mit der damaligen Friedensbewegung gebrochen und an die Stelle des abstrakten Appells gegen „die Bombe" und die Atombewaffnung die konkrete Solidarität und Unterstützung der kämpfenden Befreiungsbewegungen der Dritten Welt gesetzt und diese konkrete Solidarität mit einer vielleicht nicht weniger abstrakten Berufung auf gemeinsame weltrevolutionäre Interessen verbunden.

Bei allen großen Demonstrationen und Kampagnen stand die ganz konkrete Solidarität mit einem bestimmten Befreiungs- oder Widerstandskampf im Zentrum (Vietnam, Chile, Südliches Afrika), wobei diese konkrete Solidarität durch strategische Überlegungen mit den weltweiten revolutionären Interessen vermittelt und begründet wurde. Bei bestimmten Bewegungen, insbesondere bei der Solidarität mit dem palästinensischen Volk oder dem irischen Volk ist dies übrigens schon damals trotz großer Anstrenungen nie wirklich gelungen, wahrscheinlich weil sie nicht richtig ins Raster paßten, der nationale Aspekt den sozialrevolutionären von vornherein überwog und die nationalen Widersprüche zu kompliziert waren, um sie einfach im weltweiten Kampf der unterdrückten Völker gegen den (US-)Imperialismus unterzubringen.

Jedenfalls ist es schon damals nicht gelungen, die vorhandenen Kräfte auf die Unterstützung des palästinensischen Befreiungskampfes zu konzentrieren, wenn dies aufgrund der Entwicklung der Widersprüche im Nahen Osten notwendig erschien. Auch in den Hochburgen der revolutionären Bewegung konnten für Solidaritätsdemonstrationen mit der PLO immer nur höchstens der revolutionäre Kern der Solidaritätsbewegung mobilisiert werden, zum Beispiel als Hussein daran ging die PLO zu zerschlagen und aus Jordanien zu vertreiben.

Worauf ich jedoch hinaus will, ist: Im Inneren wie im Äußeren haben sich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen so entscheidend geändert, daß an der Änderung dieser Bedingungen die damalige spontane Bewegung zerbrochen ist einschließlich großer Teile ihres revolutionären Flügels, insofern dieser nicht in der Lage war, die geänderten Bedingungen zu analysieren und bewußt zu verarbeiten, um ihnen Strategie und Politik anzupassen. Insofern haben wir diese Veränderungen mehr oder weniger erlitten und haben sie noch immer nicht verarbeitet, wie zum Beispiel die moralischen und mehr oder weniger hilflosen Appelle an *die* Friedensbewegung angesichts des polnischen Militärputsches oder der israelischen Invasion im Libanon zeigen. Die Friedensbewegung ist aber gerade das Produkt dieser veränderten Bedingungen, das Produkt der Tatsache, daß die spontane und spontan revolutionäre Bewegung inzwischen mangels Spielraum im Inneren wie im Äußeren als spontane Bewegung in die Sackgasse geraten ist.

Das zeigt sich gerade auch in der Entwicklung der Arbeiterbewegung, die Ende der 60er Jahre und in der ersten Hälfte der 70er Jahre mit den Septemberstreiks, der Massenstreikbewegung von 1973 und der neuartigen Streikbewegung im öffentlichen Dienst 1974 hervorgetreten ist und deren Fortschritte sich heute weniger in Kämpfen, sondern bestenfalls in der politischen Meinungsbildung zeigen. Als kämpfende Bewegung ist sie vorläufig festgefahren.

Die Besonderheit der heutigen Friedensbewegung scheint mir nun gerade darin zu liegen, daß sie nicht im eigentlichen Sinn eine kämpfende Bewegung ist, sondern eine Bewegung, die sich hauptsächlich im Bereich der Meinungsbildung entwickelt und geradeso wie die Ökologiebewegung ihre größten Erfolge nicht auf der Straße und im außerparlamentarischen Kampf sondern in Parlamentswahlen erringt, auf welche Ebene sich die Bewegung der 60er Jahre trotz aller Erschütterungen der bestehenden politischen Verhältnisse nur indirekt ausgewirkt hat, indem sie der SPD/FDP-Regierung den Weg frei machte.

Die Friedensbewegung ist auch keine Solidaritätsbewegung in dem Sinne, daß sie sich ausgehend von gemeinsamen revolutonären Interessen mit den Zielen der Befreiungsbewegungen und ihren Kämpfen identifizieren würde. Bestenfalls geht sie von einem gemeinsamen Interesse aller Menschen an Frieden aus und fordert deshalb, wo immer es zum Krieg kommt, erst mal einen Waffenstillstand (s. z.B. Presseerklärung der GRÜNEN zur israelischen Invasion im Libanon). Die Friedensbewegung ist sehr breit, aber in all ihrer Breite ist sie doch wieder auf dem politischen Stand der Ostermarschbewegung angelangt. Das muß man zur Kenntnis nehmen und kann darüber nicht moralisieren. D.h. man muß auch die Differenz zwischen der Linken, wie sie in den 60er Jahre entstanden ist als Avantgarde der kämpfenden Bewegung, und den jetzigen Bewegungen verstehen, in denen die Linke bestenfalls ein Ferment unter anderen darstellt, erst recht ihr revolutionärer Flügel. Das verlangt eine weitgehende Änderunge der Arbeitsweise und der politischen Einflußnahme.

Einige Konsequenzen

Wenn die Linke gegenwärtig nicht Sprecher und Avantgarde der Bewegung ist und sich diese Bewegung auch in ihrer Entstehung und ihrem Charakter von der Linken unterscheidet – soviel Linke auch in ihr tätig sein mögen – dann hat es wenig Sinn, als Linke von außen an diese Bewegung zu appellieren, um sie zu diesem oder jenem veranlassen zu wollen.

An die Stelle von Politik tritt sonst moralische Aufrüstung, und eine mehr oder weniger von der Bewegung isolierte Demonstration wird eine isolierte Demonstration von Teilen der Linken bleiben, während die langfristige Auseinandersetzung innerhalb der Friedensbewegung versäumt wird und dort der Minimalkonsens regiert. So wird auch die Demonstration in Frankfurt weitgehend eine moralische Veranstaltung werden und das gerade wird sie mit der Demonstration in Bonn gemeinsam haben, so sehr sie sich nach Zahl und Losungen von dieser unterscheiden wird.

Eine moralische Veranstaltung vorzubereiten bestimmt auch den Charakter der Aufrufe, insbesondere jenen Aufruf, den ein Treffen am Wochenende verabschiedet hat und dem jetzt der Aufruf der „Frankfurter Initiatoren" gegenübersteht (s. Dokument): Der Friedensbewegung soll vorgerechnet werden, was der Krieg dort an Menschenleben kostet. Als ob das nicht die meisten wüßten. Das Problem bleibt, weswegen und wofür gekämpft wird und das erscheint vielen irrational. Gerade dort liegt das Problem. Wir müssen nach und nach klären, daß Widerstand- und Befreiungskriege die Bedingungen für den Frieden erst schaffen.

Ohne den hartnäckigen Widerstandskampf der Palästinenser wird es kein friedliches Zusammenleben von Palästinensern und Juden geben und wird der israelische Staat den Keil zwischen Juden und Palästinensern immer weiter treiben und gleichzeitig die Widersprüche unter den Arabern verschärfen. Der früheren Losung: Der Weg nach Tel Aviv führt über Amman, lag eine gefährliche Logik zugrunde. Er hat nach Beirut geführt. Die Schaffung eines Palästinenserstaates bleibt die erste Bedingung für ein friedliches Zusammenleben zwischen Juden und Palästinensern wie für die Einheit der arabischen Völker. Dafür kämpfen die Palästinenser auch im Libanon und in Beirut. Um darüber aufzuklären, müßte die Demonstration in Frankfurt geeignete Formen finden. Sonst wird sie eine an unsere eigene Adresse gerichtete moralische Veranstaltung. Die Linke läuft ohnehin Gefahr, daß ihr jedes Ereignis nur noch zum Anlaß zu Selbstbeschäftigung wird.

Aufruf zur Demonstration am 21.8. in Frankfurt:

Schluß mit dem Vernichtungskrieg gegen Palästinenser und Libanesen!

Für eine gemeinsame Perspektive von Juden und Arabern

Vor jetzt mehr als acht Wochen brach Israel seinen Angriffskrieg gegen die Palästinensische Befreiungsbewegung, PLO, vom Zaun, der sich immer mehr zum Vernichtungsfeldzug gegen die libanesische und palästinensische Bevölkerung auswächst. Es ist ein Krieg, der mit Wissen und direkter Unterstützung der USA und der stillschweigenden Komplizenschaft aller arabischen Staaten und auch der deutschen Bundesregierung geführt wird.

Eine Million Menschen sind z.T. zum wiederholten Mal vor Israels Militärmaschinerie auf der Flucht, über 40000 Zivilisten getötet. (Zahlen des Palästinensischen Roten Halbmonds). Die Großstädte sind entweder zu 80% zerstört worden wie Tyros, Sidon und Nabatiyeh oder existieren nicht mehr, wie Damur. Neun der größten palästinensischen Flüchtlingslager sind dem Erdboden gleichgemacht worden. Westbeirut, von Flüchtlingen überfüllt, ist seit über vier Wochen eingekesselt und wird vom Meer, aus der Luft und mit Artillerie fast kontinuierlich beschossen. Schulen, Krankenhäuser, Versorgungseinrichtungen, übervölkerte Wohnviertel werden gezielt angegriffen und so die „Auslöschung" der Zivilbevölkerung, wie Begin das wiederholt erklärt hat, bewußt in Kauf genommen. Periodisch verhängt die israelische Kriegsführung eine Hunger- und Wasserblockade, die alle Bereiche der Versorgung umfaßt. Selbst medizinische Hilfsgüter, Spenden aus aller Welt, dürfen den Belagerungsring nicht passieren. Inzwischen ist das Trinkwasser verseucht, was zum Ausbruch von Typhus geführt hat. (Der Spiegel, 9.8.82)

In einer Woche wollte Kriegsminister Scharon den Krieg beendet und die PLO vernichtet haben. Das hat Israel nicht erreicht. Aus dem Südlibanon sickern immer mehr Meldungen über Guerillaoperationen gegen die israelische Besatzungsarmee durch und der Widerstand, den die palästinensischen Befreiungskämpfer in Beirut seit der Belagerung der Stadt leisten, ist ohne Beispiel in der Geschichte der arabisch-israelischen Kriege.

Israels Kriegsziele sind von Anfang an deutlich gewesen: Die Vernichtung der PLO als politischer und militärischer Faktor und die Schaffung einer Marionettenregierung im Libanon als Voraussetzung für die endgültige Annexion der Westbank und des Gazastreifens.

In der PLO kristallisiert sich die palästinensische Identität und der Wille des palästinensischen Volkes, für seine nationale Unabhängigkeit zu kämpfen und in seine Heimat zurückzukehren. Innerhalb der Grenzen Israels von 1948 sind die Palästinenser, die ca. 18% der Bevölkerung ausmachen, unterdrückt, politisch entrechtet und werden als Menschen 2. Klasse behandelt. In den 1967 besetzten Gebieten werden sie direkt von der militärischen Besatzung in Schach gehalten.

Dagegen hat sich das palästinensische Volk schon immer aufgelehnt. Seit Beginn des Krieges finden große Demonstrationen statt, die vom israelischen Militär gewaltsam aufgelöst werden und Tote auf beiden Seiten gekostet haben. Die gewählten Bürgermeister, die sich mehrheitlich zur PLO bekennen, sind abgesetzt worden, Streiks werden zerschlagen und die Universitäten und Schulen geschlossen.

Die Widerstandskraft der palästinensischen Befreiungsbewegung hat diesen Krieg zum längsten und verlustreichsten aller Kriege für Israel gemacht. Dies und das Unbehagen, das vorher schon Teile der jüdisch-israelischen Bevölkerung gegen die Un-

terdrückungspolitik in den besetzten

terdrückungspolitik in den besetzten Gebieten und in Israel selbst gegenüber den Palästinensern bewegt hat, haben starke Proteste innerhalb der israelischen Gesellschaft hervorgerufen. Den Auftakt bildete die Demonstration der 20000 am 19.6., vom „Rat gegen den Krieg" organisiert, in Tel Aviv, gefolgt von der Demonstration der 100000 der Bewegung „Frieden jetzt". In Nazareth demonstrierten in der vergangenen Woche 40000 Juden und Araber gemeinsam. Bis heute reißen die Proteste nicht ab. Beabsichtigte Israel mit diesem Krieg die Vernichtung aller Hoffnungen der Palästinenser auf Rückkehr in ihre Heimat, so zeichnet sich jetzt auch in Israel das genaue Gegenteil ab: eine gemeinsame Bewegung von Juden und Arabern tritt für die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes ein. Das ist der erste Schritt auf dem Weg des friedlichen Zusammenlebens des jüdisch-israelischen und des arabisch-palästinensischen Volkes.

Wir sind der Auffassung, daß die demokratische Öffentlichkeit der Bundesrepublik und insbesondere die Friedensbewegung zu den Vorgängen im Libanon und zu der Katastrophe in Beirut nicht schweigen kann, will sie nicht unglaubwürdig werden. Wir rufen auf zu einem Aktionstag mit dezentralen Aktionen am 14.8. und zu einer bundesweiten Demonstration am 21.8. in Frankfurt.

Wir appellieren ganz besonders an die Friedensbewegung, sich an dieser Demonstration zu beteiligen.

– Sofortiger und bedingungsloser Abzug der israelischen Truppen aus dem Libanon!
– Für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes, sein Recht auf Rückkehr und auf Errichtung eines unabhängigen Staates!
– Anerkennung der PLO durch die Bundesregierung!

Bisher unterzeichnet von GIM, KB, AStA, Palästina/Libanon Solidaritätsplenum, PSV, PAV
Spendenkonto: B. Kretschmann, Frankfurter Sparkasse v. 1822 0375022 384 (Kennwort: Libanon)

Bücherhinweise

Neue Taschenbücher im August

Ausgewählt von Michael Ackermann und Bernd Wagner

»Da kann doch etwas nicht ganz in Ordnung sein«

Sachbücher

Betty Friedan
Das hat mein Leben verändert
rororo 7651, 8,80 DM, 319 Seiten

Das Buch der Autorin des „Weiblichkeitswahns“ (1963) und der „Zweite Schritt“ (1982) enthält Aufsätze, die sie in den Jahren zwischen 1965 und 1976 geschrieben hat. Die Sammlung der Aufsätze und Interviews erschien erstmals 1976 in den USA und wurde 1977 von Rowohlt herausgegeben. Lesenswert, weil die BF, Mitbegründerin von NOW (National Organisation for Women) sich mit der in der amerikanischen Frauenbewegung in den 70er Jahren ihrer Meinung nach vorherrschenden Linie auseinandersetzt, die die Sexualpolitik an die erste Stelle setze und aus sexuellen Neigungen eine politische Strategie mache, statt für die Gleichstellung der Frau in der „Mitte der Gesellschaft“ zu kämpfen. Dies hält sie u.a. für die Grundlage der Gefahr des Scheiterns der Frauenbewegung in den USA im Kampf gegen die Reaktion – eine These, die sie ja auch im „Zweiten Schritt“ weiterentwickelt. Ein Interview mit Simone de Beauvoir arbeitet ebenfalls unterschiedliche strategische Vorstellungen heraus.

Virginia Novarra
Die Geringschätzung der weiblichen Arbeitskraft
rororo 4723, 6,80 DM, 140 Seiten

Leider nur knapp die Hälfte des Buches bringt Material „Zur Debatte um ein Antidiskriminierungsgesetz: Chancengleichheit, Feministische Ökonomie, Frauenförderungspläne, Frauen im Management, Affirmative Aktion“, dem Untertitel des Buches. Die britische Autorin, Vertreterin Großbritanniens vor der UNCTAD, zieht im wesentlichen Erfahrungen aus den USA und Großbritannien mit den dortigen Gesetzen heran. Inhaltlich befaßt sie sich mit der Wirkung von Gleichstellungsbehörden und der Auswirkung „Affirmativer Aktionen“ – bedeutet gezielte Förderung von Frauen in bestimmten Branchen und Berufszweigen. Der andere Teil des Buches enthält mehr allgemeine Ausführungen über die Frauenbewegung und eine Einschätzung der Autorin, die im übrigen davon ausgeht, daß es eine Schwäche der Frauenbewegung ist, daß sie sich bei ihrer Rebellion im wesentlichen auf „weibliche“ Gebiete wie Erziehung, Psychologie, Kultur etc. beschänkt habe und den Bereich der Arbeit im großen und ganzen den Männern überlassen habe – also gerade auch als Frauenbewegung die gesellschaftliche Rollenverteilung eingehalten habe. Auch wenn die Autorin die Frage der Gleichstellung der Frau in der Gesellschaft im wesentlichen als gleichberechtigte Integration in die Hierarchie versteht, bringt das Buch für die Diskussion um ein Antidiskriminierungsgesetz einiges.

Peter Zudeick
Alternative Schulen
Fischer 3318, 8,80 DM, 155 Seiten

125 Seiten Reportagen aus alternativen Schulen verschiedenen Typs, (Waldorfschulen, Petersenschulen, Landerziehungsheimen aus der Tradition deutscher Reformpädagogik, Freie Schulen gegründet in der Folge der Kinderladenbewegung), darin eingeflochten Skizzen der jeweiligen pädagogischen Ideen und Traditionen. Dazu einige kurzgefaßte Überlegungen des Autors über das Verhältnis alternativer Schulkonzeptionen zur Reform des staatlichen Schulwesens – ein Beitrag zu der schon in den 20er Jahren aufkommenden und in den letzten Jahren wieder heftig geführten Auseinandersetzung über den Stellenwert alternativer Schulen (Flucht auf die pädagogische Insel oder Innovationsanreiz und Vorbild für die Schule überhaupt?) will das Buch nicht sein. Eher ein allererster Überblick über bisherige Ansätze; 9 Seiten teilweise kurz kommentierte Literaturhinweise ermöglichen eine intensivere Beschäftigung.

Helmut Erlinghagen
Hiroshima und wir. Augenzeugen und Perspektiven
Fischer 4236, 7,80 DM, 127 Seiten

Eigentlich kann man das, was empfehlenswert ist an diesem Taschenbuch, fast nicht lesen – weil es zu grauenhaft ist. Der Autor war selber beim Abwurf der Atombombe über Hiroshima am 6. August 1945 nur knapp 5 km vom Zentrum der Explosion entfernt und schildert die unbeschreibliche Vernichtung, auch mit den Berichten anderer unmittelbar Betroffener. Zwar anschaulich, aber insgesamt etwas unsystematisch und wohl auch von anderen mit mehr wissenschaftlicher Sorgfalt dargelegt, zeigt Erlinghagen, Mitglied des Jesuiten-Ordens, die Folgen der Atomexplosion. Überdenkenswert sind sicher seine Anregungen zu Fragen der ethischen Schuld, und warum davon eigentlich fast nie gesprochen wird. Aber Perspektiven, wie im Titel versprochen, werden für die hiesige Friedensbewegung eigentlich nicht aufgewiesen.

John Russell Taylor
Die Hitchcock-Biographie. Alfred Hitchcocks Leben und Werk
Fischer 3680, 14,80 DM, 402 Seiten

J.R. Taylor's Biographie über Hitchcock verbindet zum erstenmal die Analyse des Werkes mit der Beschreibung seines Lebens. Taylor, 1972 bis 1979 Filmprofessor an einer amerikanischen Universität und zuvor und danach Filmkritiker bei der „Times“, hat in dem Buch die gesamte Filmgeschichte Hitchcocks erfaßt. Dadurch erschließen sich dem Leser viele Fragen zu den Arbeitsmethoden und der Entstehung der Filme.

Belletristik

Sembène Ousmane
Chala. Roman
Ullstein 20223, 6,80 DM, 124 Seiten

Sembène Ousmane's Roman rechnet ab mit den neo-kolonialistischen Verhältnissen in Senegal. Seine bissige aber realistische Beschreibung der Neureichen und Geschäftemacher entwickelt er über die Parabel der plötzlichen Impotenz seines „Helden“ El Hadj Abdu Kader, der bei der Heirat seiner dritten Frau „versagt“. Das Unvermögen der schwarzen Bourgeoisie verdeutlicht er darüber in frappierender Weise. Sembène Ousmane, der in seinem Leben über 30 Berufe ausübte und somit die senegalesische Wirklichkeit wohl einzuschätzen weiß, hat sich im Verlaufe seiner Entwicklung immer mehr von der Literatur zum Filmemachen hinbewegt. „Was mich aber zum Kino gebracht hat, ist die Tatsache, daß ich mich in meinen Büchern in Französisch ausdrückte. 80% meines Volkes aber sprechen kein Französisch ... Ich habe es deshalb für vernünftiger gehalten, mich dem Filmemachen zuzuwenden.“ Trotzdem hat Ousmane eine Reihe von bedeutenden Romanen geschrieben. Er selbst bezeichnet sich als Marxist-Leninist, war in der französischen KP und in der Gewerkschaftsbewegung aktiv. – Ein Nachwort stellt uns den Schriftsteller und Filmemacher mit seiner Entwicklung und seinen Ansichten vor.

Leonhard Frank
Links wo das Herz ist. Roman
dtv 10028, 7,80 DM, 177 Seiten

In Romanform erzählt Leonhard Frank in der Person des Michael Vierkant sein Leben. Herkunft aus der Würzburger Arbeiterfamilie, Unterdrückung in der Schule, der komplizierte Prozeß der Emanzipation in der Münchner Bohème, erste Erfolge als Autor und die Emigration in die Schweiz während des Ersten Weltkrieges, das Aufleuchten der Revolution in Deutschland sowie Flucht und zweites Exil während des Zweiten Weltkrieges sind die Stationen seines Romans. Leonhard Frank, 1882 geboren, im August 1961 verstorben, war durch und durch von der Zuneigung zu den Menschen und dem Haß auf gesellschaftliche Unterdrückung geprägt. Seine feinfühlige, begeisternde Sprache und die lebendige Schilderung seiner eigenen Entwicklung sind die Kennzeichen dieses Romans. „Links wo das Herz ist“ macht begierig auf seine Romanwerke, die sich durch die Stellung gegen Militarismus und Krieg und die Parteinahme für die Unterdrückten auszeichnen. Noch kurz vor dem Ende des I. Weltkriegs wurde sein Buch „Der Mensch ist gut“ zu tausenden in englischen Kriegsgefangenenlagern verteilt, ging das Buch unter den Schülern von Hand zu Hand, wurden fünfhunderttausend Exemplare auf Zeitungspapier gedruckt und illegal an der Front verteilt. – Weitere Titel von Leonhard Frank: „Die Räuberbande“ (Erstwerk 1914), „Das Ochsenfurter Männerquartett“ (1929), „Karl und Anna“ (1927), und „Deutsche Novelle“ (1954).

Werkkreis Literatur der Arbeitswelt
Jürgen Seidel
Ausgewandert. Erzählungen
Fischer 5277, 7,80 DM, 133 Seiten

Auswandern – ein Gedanke, der jüngst immer häufiger wieder in die Tat umgesetzt wird. Zivilisationsflucht, Hoffnung auf bessere oder überhaupt Arbeit, allgemeine Angst vor Krieg und gesellschaftlicher Erschütterung, manchmal auch Streben nach Besitz, das sind nur ein paar Gründe für eine wieder zunehmende Auswanderungsrate. – Der Autor erzählt von seiner Auswanderung nach Australien. Er, der mehr oder weniger unbewußt vor privaten Problemen und beruflicher Unzufriedenheit flüchtete, findet all das unter etwas abenteuerlicheren Bedingungen wieder. Aus dem Traum von einem anderen Leben wird die Realität – und die ist keineswegs sehr romantisch. Die fünf Episoden über seine Auswanderung und seinen Aufenthalt in Australien machen einen bekannt mit australischen Landschaften und mit einer Gesellschaft, die durch Einwanderung geprägt ist. Seine Erzählungen sind die Widerspiegelungen der Probleme der Einwanderer und sind uns keineswegs fremd.

Geschichte und Zeitgeschichte

– Kurzhinweise –

Egon Friedell
Kulturgeschichte Ägyptens und des alten Orients
dtv 10013, 14,80 DM, 494 Seiten

Taschenbuchausgabe des 2. Teils von Friedells Kulturgeschichte des Altertums von 1936

Miloslav Stingl
Den Maya auf der Spur. Die Geheimnisse der indianischen Pyramiden
Knaur 3691, 14,80 DM, 313 Seiten, 126 Abbildungen

Bericht des tschechoslowakischen Völkerkundlers Stingl über seine Forschungsreisen zur Erkundung der Maya-Kultur und spannendes und lehrreiches Sachbuch über die Mayas.

Salvador de Madariaga
Kolumbus. Entdecker neuer Welten
Knaur 828, 12,80 DM, 526 Seiten

Sachbuch des spanischen Historikers über Christoph Kolumbus und seine Zeit.

Richard van Dülmen
Entstehung des frühneuzeitlichen Europa 1550–1648
Fischer Weltgeschichte Band 24, 16,80 DM, 496 Seiten

Frühkapitalismus und europäische Expansion; Ständegesellschaft und politische Herrschaft; Kultur und Alltag; Der frühmoderne Staat und die Krise des 17. Jahrhunderts.

Samuel Pepys
Das Geheime Tagebuch
Insel Taschenbuch 637, 18,00 DM, 707 Seiten

Pepys arbeitet in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts in der englischen Marineverwaltung. In seinem Tagebuch von 1660 bis 1669 gibt er detailliert Auskunft über die politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Ereignisse Englands in dieser Zeit und Einblick in das private Leben und die Vorstellungen der bürgerlichen Klasse.

Milovan Djilas
Tito
Moewig Biographie 4121, 6,80 DM, 207 Seiten

Tito-Biographie des ehemaligen führenden jugoslawischen Kommunisten und Tito-Vertrauten M. Djilas vor allem über die Zeit des nationalen Befreiungskampfes bis zur Mitte der 50er Jahre.

Hans-Jörg Ruhl (Hrsg.)
Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949
dtv 2932, 19,80 DM

Eine Sammlung von Dokumenten aus verschiedenen Archiven, Zeitungsberichten und Aufzeichnungen und Erinnerungen von Politikern sowie statistischem Material.

Fernsehtip

Ins Familienprogramm am Samstag ist der DDR-Spielfilm **„Und nächstes Jahr im Balaton“** gekommen. Das liegt wohl an dem im Film enthaltenen komödiantischen Effekten. Der 1980 gedrehte Film gibt aber wohl vor allem auch einen Einblick in die Situation von Vorstellungen der DDR-Jugend. *Samstag, 14.8., 15.30 Uhr im ARD.* – Mit Chabrols Spielfilm **„Die Unschuldigen mit den schmutzigen Händen“** kommt auch die jüngst verstorbene Romy Schneider nochmal auf den Bildschirm. Der mit dem Liebhaber geplante Mord scheint zu klappen ... aber dann kommt alles ganz anders. *Samstag, 14.8., 22.05 Uhr im ARD.* – In Konkurrenz dazu Richard Fleischers Variation des Zerbrechens des Western-Helden: **„Vier Vögel am Galgen“**, über den der Filmdienst schrieb: „Mit gutem Grund läßt Richard Fleischer den Film recht konventionell beginnen. Die drei Jungen sind Identifikationsfiguren, die dem Zuschauer das Abenteuer eröffnen. Mit ihnen kommt er in die Klemme. Er spürt, daß der erste Schritt vom Wege unweigerlich weiter bergab führt. Und dann zerbricht der Film das Idol. Der Westernheld, der zu Beginn noch der unbesiegbare Alleskönner war, ist nur noch ein mieser Ganove, der für ein Kopfgeld selbst die Freunde umbringt.“ *Samstag, 14.8., 23.05 Uhr im ZDF.* – Da die Regionalprogramme von NDR, HR, RB und SFB III im Sommerprogramm zusammengefaßt wurden, hier zwei Sendungen: **„Das Beil von Wandsbek“** ist ein Fernsehspiel nach dem Roman von Arnold Zweig, welches anhand der Geschichte eines SS-Mannes nicht nur das Schicksal des deutschen Kleinbürgers behandelt, sondern durch die Gegenüberstellung von Romanhandlung und Dokumentation, von der Konfrontation Henker und Opfer, seine Besonderheit gewinnt. *Montag, 16.8., 20.15 Uhr im III.* – Zum zweiten in der Reihe **Zeitzeugen: Luise Rinser**. Diese Gesprächssendung behandelt vor allem das Leben Lusise Rinsers unter dem Faschismus und im Krieg.